



Plenarprotokoll

2. Sitzung

Donnerstag, 10. November 2011

Inhalt Seite

Nachrufe

ehemaliger Abgeordneter und Senator Horst Grabert

ehemaliger Abgeordneter und Senator Heinz Striek

ehemaliger Abgeordneter Heinz Zeller Mayer

Präsident Ralf Wieland 20, 21

Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches 21

Terminplan für die Plenarsitzungen im Jahr 2012 21

Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde

Thomas Isenberg (SPD) 22

Nicolas Zimmer (CDU) 23

Michael Schäfer (GRÜNE) 24

Udo Wolf (LINKE) 25

Konsensliste

Antrag der Fraktion Die Linke

Drucksache [17/0010](#) 92

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“

Erste Lesung

Inhalt Seite

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Drucksache [17/0006](#) 92

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2010 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Drucksache [17/0007](#) 92

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2010 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Drucksache [17/0014](#) 92

Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2010

Mündliche Anfragen

gemäß § 51 der

Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Seniorenwahlen in Berlin

Ulker Radziwill (SPD) 26, 28

Senatorin Carola Bluhm 27, 28

Erweitertes Führungszeugnis in der Kinder- und Jugendarbeit

Peter Trapp (CDU) 28

Senator Dr. Jürgen Zöllner 28, 29

Benedikt Lux (GRÜNE) 29

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) 29

Wie fit ist die Berliner S-Bahn für den Winter?

Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	30
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	30, 31
Jutta Matuschek (LINKE)	31

„Schultrojaner“ an Berliner Schulen

Regina Kittler (LINKE)	31
Senator Dr. Jürgen Zöllner	31, 32
Özcan Mutlu (GRÜNE)	31
Christopher Lauer (PIRATEN)	32

Schülerdatenbank

Christopher Lauer (PIRATEN)	32, 33
Senator Dr. Jürgen Zöllner	32, 33
Özcan Mutlu (GRÜNE)	33

Neuer Glücksspielstaatsvertrag: Ist 15+1 jetzt nicht mehr 16?

Daniel Buchholz (SPD)	33, 34
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ...	34, 35
Christopher Lauer (PIRATEN)	35

Baufortschritt in der JVA Heidering

Cornelia Seibeld (CDU)	35
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	35, 36
Sven Kohlmeier (SPD)	36
Dirk Behrendt (GRÜNE)	36

Auf wessen Konto gehen die Autobrandstiftungen?

Benedikt Lux (GRÜNE)	36, 37
Senator Dr. Ehrhart Körting	36, 37

Flughafenverfahren in Berlin-Schönefeld

Hakan Tas (LINKE)	37, 38
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	38

Stand der Planung für die Umwandlung der Berliner Schulen in Inklusionsschulen

Alexander Spies (PIRATEN)	38
Senator Dr. Jürgen Zöllner	38, 39
Özcan Mutlu (GRÜNE)	39

Spontane Fragestunde

gemäß § 51 Abs. 7 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Anschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln

Lars Oberg (SPD)	39, 40
Senator Dr. Ehrhart Körting	39, 40

Vereinbarungen am „Runden Tisch Pflege“

Joachim Luchterhand (CDU)	40, 41
Senatorin Carola Bluhm	40, 41

Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung

Ramona Pop (GRÜNE)	41
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ...	41, 42

Bremer Vorstoß zur Einführung bundesweiter Volksentscheide

Dr. Klaus Lederer (LINKE)	42
Senatorin Gisela von der Aue	42

Förderakten der Fläming-Grundschule

Alexander Spies (PIRATEN)	42, 43
Senator Dr. Jürgen Zöllner	43

Leistungen des Bildungspakets

Özcan Mutlu (GRÜNE)	44
Senator Dr. Jürgen Zöllner	44

Kontrolle des Landesamts für Gesundheit und Soziales bei „Alpenland“

Sven Kohlmeier (SPD)	44, 45
Senatorin Carola Bluhm	44, 45

Landeseigene Liegenschaft in der Treskowallee

Jutta Matuschek (LINKE)	45
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ...	45, 46

Anstieg von Masernerkrankungen

Thomas Isenberg (SPD)	46
Senatorin Katrin Lompscher	46

Aktuelle Stunde

gemäß § 52 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Charité und Max-Delbrück-Centrum – Zusammenarbeit für Spitzenergebnisse in Wissenschaft und Forschung

Antrag der Fraktion der SPD

Lars Oberg (SPD)	46
Nicolas Zimmer (CDU)	48
Anja Schillhaneck (GRÜNE)	50
Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	51
Martin Delius (PIRATEN)	53
Senator Dr. Jürgen Zöllner	55

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache [17/0025](#) 57

Langzeiterwerbslose Menschen müssen Chancen auf Arbeit behalten

Sabine Bangert (GRÜNE) 57
Ulker Radziwill (SPD) 58
Dr. Niels Korte (CDU) 59
Elke Breitenbach (LINKE) 61
Alexander Spies (PIRATEN) 62

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0011](#) 63

Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)

Erste Lesung

Uwe Doering (LINKE) 63, 66
Daniel Buchholz (SPD) 64
Mario Czaja (CDU) 65, 66
Andreas Otto (GRÜNE) 66
Alexander Spies (PIRATEN) 68

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0015](#) 68

Elftes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Erste Lesung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0024](#) 69

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering

Erste Lesung

Dirk Behrendt (GRÜNE) 69
Sven Kohlmeier (SPD) 70
Sven Rissmann (CDU) 71
Dr. Klaus Lederer (LINKE) 71
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 72, 73
Lars Oberg (SPD) 73

Große Anfrage

Große Anfrage der Piratenfraktion
Drucksache [17/0023](#) 73

Überwachungssoftware an Berliner Schulen

Christopher Lauer (PIRATEN) 73, 75
Senator Dr. Jürgen Zöllner 74
Sven Kohlmeier (SPD) 77, 83, 84
Andreas Statzkowski (CDU) 78
Stefan Gelbhaar (GRÜNE) 80, 84
Regina Kittler (LINKE) 81, 83
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 83
Alexander Morlang (PIRATEN) 83
Özcan Mutlu (GRÜNE) 85

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [17/0016](#) 86

Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen

Entschließungsantrag

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer
Entschließung
Drucksache [17/0009](#) 86

Berlin lehnt das Schwarzgeldabkommen mit der Schweiz ab

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) 86
Kirsten Flesch (SPD) 87
Dr. Florian Graf (CDU) 88
Joachim Esser (GRÜNE) 89
Fabio Reinhardt (PIRATEN) 90

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 13.02 Uhr.

Präsident Ralf Wieland:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sowie die Medienvertreter sehr herzlich.

Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen und bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Am 10. Oktober dieses Jahres ist der Berliner Horst Grabert im Alter von 83 Jahren verstorben. Er war ein Politiker, dessen bedeutender Anteil an der Entspannungspolitik Willy Brandts sich auch aus seinen Erfahrungen in der geteilten Stadt Berlin erklärt. Mit seinem Wirken als Politiker und Diplomat hat sich Horst Grabert um seine Stadt und um sein Land verdient gemacht.

1927 in Berlin geboren, wurde er von den Nationalsozialisten verfolgt und musste 1942 die Oberschule verlassen. Nach dem Krieg absolvierte er ein Studium an der Technischen Universität Berlin und legte zwei Examen ab, eines als Diplom-Ingenieur und ein weiteres als Bau-Assessor. Danach arbeitete er bei der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen und stieg vom Baurat bis zum Baudirektor seiner Behörde auf.

Die Erfahrung von Verfolgung und Krieg bewog Horst Grabert, 1946 in seinem Heimatbezirk Steglitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beizutreten. Von 1952 bis 1963 brachte er sein Wissen und sein Engagement zunächst als Bürgerdeputierter und später als Bezirksverordneter in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz ein. Von 1958 bis 1963 stand er als Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz vor. 1962 wählten ihn die Steglitzer Sozialdemokraten zu ihrem Vorsitzenden. 1963 wurde er zum Senatsbaudirektor berufen, bis er 1967 die Leitung der Senatskanzlei unter dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz übernahm. 1969 wurde der Sozialdemokrat Senator für Bundesangelegenheiten und war zeitweilig Unterhändler für Passierscheinfragen – ein Thema, das die Berlinerinnen und Berliner ganz besonders bewegte. Von April 1971 bis Januar 1973 gehörte Horst Grabert dem Berliner Abgeordnetenhaus an.

Nach der Bundestagswahl 1972 holte Willy Brandt ihn als Chef des Bundeskanzleramtes nach Bonn. Damit war er während der schwierigsten Phase der Kanzlerschaft Brandts im Zentrum der Macht und musste unter großem Druck schwierige Entscheidungen mittragen und durchsetzen.

Nach dem Rücktritt Willy Brandts verließ auch Horst Grabert die damalige Bundeshauptstadt und wurde deutscher Botschafter in Wien. Der Höhepunkt seiner Tätigkeit dort war sicherlich der gelungene Besuch des Bundespräsidenten Scheel im Februar 1979 in Österreich. Im Frühjahr desselben Jahres wurde Horst Grabert Botschafter in Jugoslawien. Hier konnte er an einer deutlichen Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen mitwirken. Von 1984 bis 1987 vertrat er die Bundesrepublik im irischen Dublin.

Sein Leben hat den Steglitzer Bezirksverordneten Horst Grabert weit geführt: bis zum Kanzleramtschef in Bonn und zum Botschafter der Bundesrepublik in europäischen Hauptstädten. Als enger Vertrauter von Willy Brandt und Egon Bahr hat Horst Grabert seinen Anteil zur deutschen Ostpolitik beigetragen. Der Botschafter Grabert hat die Konzeption der Ostpolitik im diplomatischen Tagesgeschäft umgesetzt.

Unser Respekt gilt seinen Verdiensten für Berlin und für Deutschland. Wir trauern um unseren ehemaligen Kollegen Horst Grabert und gedenken seiner mit Hochachtung.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin trauert um den früheren Abgeordneten, Bürgermeister, Senator und Städtältesten Heinz Striek. Er starb am 29. Oktober 2011 im Alter von 93 Jahren in Berlin.

1918 in Berlin geboren, absolvierte Heinz Striek nach der Mittleren Reife eine Banklehre und war bis zum Kriegsausbruch als Angestellter tätig. 1939 wurde er eingezogen und kam gegen Kriegsende zuerst in amerikanische und dann in englische Kriegsgefangenschaft. 1946 kehrte Heinz Striek nach Berlin zurück, arbeitete bei der Berliner Steuerverwaltung und nach dem Besuch der Finanzschule als Steueroberinspektor. Später wurde er Beamtensekretär beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Nach seiner politischen Karriere arbeitete er als Steuerberater.

1946 trat Heinz Striek in die SPD ein und wurde 1954 zum ersten Mal in das Berliner Landesparlament gewählt. Dem Abgeordnetenhaus gehörte Heinz Striek mit einer Unterbrechung insgesamt 21 Jahre an. 1962 wurde er Senatsdirektor für Finanzen und fünf Jahre später Finanzsenator unter den Regierenden Bürgermeistern Heinrich Albertz und Klaus Schütz. Der Sozialdemokrat setzte sich für ausgeglichene Haushalte, aber auch für konjunkturelle Impulse für die Westberliner Insel ein. Unvergessen ist, dass Senator Striek in seiner Verwaltung als erster im öffentlichen Dienst des Landes Berlin die elektronische Datenverarbeitung einführte.

Heinz Striek war nicht nur ein leidenschaftlicher Politiker, sondern auch ein begeisterter Fußballfunktionär. Um „seinen“ Verein Hertha BSC und den Berliner Fußball hat er sich außerordentlich verdient gemacht. Sein erstes

(Präsident Ralf Wieland)

Spiel sah er bereits 1928 im Alter von zehn Jahren. Er war langjähriger Vizepräsident und Schatzmeister der Hertha und verpasste fast kein Spiel. Als moralische Instanz im Verein hat er alle Veränderungen, Krisen und Siege des Vereins begleitet.

Über 20 Jahre lang, von 1976 bis 1998, setzte sich Heinz Striek als Landesvorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für Aussöhnung und für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ein. Seine Heimatstadt ehrte ihn 1985 für seine große Lebensleistung mit der Verleihung der Würde eines Stadtältesten von Berlin.

Heinz Striek war bekannt für seine Aufrichtigkeit und Bescheidenheit. Hinter seiner sachlichen Art verbargen sich große Emotionen und die unverbrüchliche Treue zu seiner Stadt und seinem Fußballverein. Seine Leidenschaftlichkeit für zukunftsweisende Politik bleibt für uns Verpflichtung und Ansporn zugleich. Unsere Gedanken sind in dieser Stunde bei seiner Familie.

Berlin nimmt Abschied vom langjährigen Abgeordneten und Christdemokraten Heinz Zeller Mayer. Er gehörte dem Landesparlament von 1959 bis 1979 über fünf Legislaturperioden hinweg an. Heinz Zeller Mayer starb am 31. Oktober 2011 im Alter von 96 Jahren.

1915 in Berlin geboren, absolvierte Heinz Zeller Mayer nach dem Besuch des Realgymnasiums eine Ausbildung zum Hotelkaufmann. 1936 wurde er zum Arbeitsdienst herangezogen. Ein Jahr später erhielt er den Einberufungsbescheid zum Wehrdienst. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm Heinz Zeller Mayer als Inhaber das von seinem Vater gegründete „Hotel am Steinplatz“. Er wurde Obermeister der Hotel- und Gaststätteninnung Berlin und war Mitbegründer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. In den 50er-Jahren eröffnete er das Parkhotel Zeller Mayer an der Meinekestraße. Heinz Zeller Mayer gelang es in den folgenden Jahrzehnten, wirtschaftlich erfolgreich zu bleiben, zahlreiche Ehrenämter im Bereich der Hotellerie und der Gastronomie auszuüben und dabei politisch engagiert zu sein.

Von 1959 bis 1979 gehörte der Christdemokrat Zeller Mayer zwei Jahrzehnte lang unserem Parlament an und engagierte sich im Wirtschaftsausschuss. Er verkörperte den Prototyp des erfolgreichen Berliner Unternehmers. Er bereicherte die Debatten des Abgeordnetenhauses mit seinen von wirtschaftlichem Optimismus und hoher Sachkenntnis geprägten Reden.

1948 gelang Heinz Zeller Mayer ein Bravourstück der unternehmerischen Interessenvertretung. Er setzte sich bei den Alliierten der Westsektoren für eine Aufhebung der Sperrstunde ein. „Die Franzosen und Engländer setzten mich gleich wieder vor die Tür“, erzählte Zeller Mayer

später einmal. Aber General Howley, der erste Kommandant der US-Besatzungstruppen, stimmte der Aufhebung der Sperrstunde für eine Probezeit von 14 Tagen zu. Dabei ist es bis heute geblieben – zum Glück für die heutige Weltstadt Berlin.

Im gesellschaftlichen Leben Westberlins war Heinz Zeller Mayer eine angesehene und beliebte Persönlichkeit, wirtschaftlich und sozial engagiert, eine Institution weit über seine Branche hinaus. Bis ins hohe Alter wirkte er aktiv im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband mit und hatte das Amt des Ehrenobermeisters in Berlin inne. 1985 wurde Heinz Zeller Mayer für seine Verdienste um Hotellerie und Tourismus das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Berlin verliert mit Heinz Zeller Mayer eine prägende Unternehmerpersönlichkeit und einen engagierten Christdemokraten. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

[Gedenkminute]

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Zunächst habe ich wieder Geschäftliches mitzuteilen. Ich weise Sie auf die Ihnen vorliegenden Sitzungstermine für das Jahr 2012 hin. Für das restliche Jahr 2011 empfiehlt der Ältestenrat die beiden Sitzungen am 24. November sowie am 8. Dezember 2011. – Ich höre dazu keinen Widerspruch, dann sind diese beiden Termine so beschlossen. Wer nun dem vorliegenden Terminplan für die Plenarsitzungen im Jahr 2012 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön! – Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

In Richtung Presstribüne weise ich darauf hin, dass auch in dieser Wahlperiode darum gebeten wird, dass keine Kameras auf die Unterlagen der Abgeordneten gerichtet werden. Wir werden das auch konsequent durchsetzen – vielen Dank!

Am Montag sind folgende vier Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

1. Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Charité und Max-Delbrück-Centrum – Zusammenarbeit für Spitzenenergie in Wissenschaft und Forschung“,
2. Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Charité und Max-Delbrück-Centrum – Zusammenarbeit für Spitzenenergie in Wissenschaft und Forschung“,
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: „Klimakrise verschärft sich – und SPD und CDU verweigern sich, Berlins klimapolitische Verantwortung anzunehmen“,

(Präsident Ralf Wieland)

4. Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema: „Erhöhung des Mindestlohns auf 8,50 Euro bei öffentlicher Auftragsvergabe in Berlin jetzt umsetzen“.

Zur Begründung der Aktualität erteile ich zunächst einem Mitglied der Fraktion der SPD das Wort. – Herr Kollege Isenberg – bitte schön!

Thomas Isenberg (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erinnern wir uns – noch heute ist die deutsche Forschungsgemeinschaft begeistert: Am Donnerstag, 23. Juni 2005, kurz nach 17 Uhr, kam die erlösende Nachricht über den Nachrichtenticker. Die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler sowie die SPD-Bundesministerin Edelgard Bulmahn hatten den Weg für die sogenannte Exzellenzinitiative freigemacht. Mit dieser Initiative ist es gelungen, zusätzliche Milliarden Euro – auch in Berlin – für die deutschen Hochschulen bereitzustellen. Aufbruch und Erneuerung in Bildung und Forschung, Exzellenz in Wissenschaft, aber auch hervorragende universitäre Forschung, Lehre, universitäre Krankenversorgung auf maximalem Niveau – diesen Weg der Exzellenzinitiative neu zu justieren und auszugestalten, dafür lohnt es sich, politisch zu schaffen, das ist es, was wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben.

Der frische Wind von damals weht noch heute. Rund 50 Tage nach Beginn der Sondierungsgespräche, nur rund sechs Wochen nach Aufnahme der Koalitionsverhandlungen zeigt sich, die SPD und ihr zukünftiger Koalitionspartner – herzlichen Glückwunsch, vermutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Union! – sind dabei, zukünftig zuzupacken und mit Klaus Wowereit einen neuen, leistungsfähigen Senat zu bilden, der diesen Weg weiter ausgestaltet. Berlin ist gut, die SPD und die Union in einer möglichen Koalition sind stark für Berlin!

[Zurufe von den GRÜNEN]

Was sich aus den bisherigen Erkenntnissen der Zustimmung des Bundes zur Exzellenzinitiative abzeichnet, ist ein Erfolg für Berlin.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zuruf von Wolfgang Brauer (LINKE)]

Gut für Berlin, nicht langweilig und auch nicht verstaubt, sondern erneuter Aufbruch zu neuen Stärken, Dynamik und Mut, und – das ist mir wichtig – mit viel Spaß am politischen Gestalten, das ist es, was sich für die nächsten Jahre in Berlin abzeichnet.

[Uwe Doering (LINKE): Das glauben Sie doch selbst nicht!]

Die jüngsten Erfolge bei den Verhandlungen mit dem Bund zur Kooperation der Charité mit dem MDC sind ein Vorgeschmack auf diesen frischen Wind, der durch die Stadt wehen wird.

[Gelächter bei der LINKEN]

Berlin und Deutschland brauchen Spitzenuniversitäten und Universitätskliniken mit internationaler Ausstrahlung – neben der Breitenförderung für jeden, der ein Studium aufnimmt oder aufnehmen möchte. Berlin ist schon heute Spitze in vielen Forschungsgebieten. Die universitäre Medizin mit der Charité und auch die außeruniversitären Einrichtungen wie dem MDC sind Weltklasse. Über 1 400 qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim MDC, 17 Charité-Centren mit über 103 Kliniken und Instituten, 230 Professorinnen und Professoren, 16 Sonderforschungsgebiete und Exzellenzcluster – das ist der Bereich der Life Sciences, das ist der Bereich, mit dem wir in Berlin heute schon wuchern können.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Darauf ruhen wir uns nicht aus, vielmehr packen wir mutig an, wenn es darum geht, künftig in Deutschland – aber auch in Europa – Spitzenklasse und Weltklasse zu sein.

Um es mit den Worten des zu Beginn des Jahres amtierenden Vorsitzenden des Wissenschaftsrats zu sagen: In Zeiten, in denen Wissenschaft immer spezialisierter wird, wird die zunehmende Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen immer wichtiger. In besonderer Weise gilt es für die Universitätsmedizin mit ihren vielen außeruniversitären Einrichtungen und zahlreichen Teilfächern, sich gut aufzustellen. Exzellenzbildung nicht nur in den nächsten Jahren, sondern auch darüber hinaus, ist eben auch und gerade eine nationale Aufgabe. Die politischen Hausaufgaben haben wir in Berlin gemacht, jetzt ist der Bund an der Reihe.

Lassen Sie mich auch als Gesundheitspolitiker sagen: Es ist gut, wenn die Spitzenleistungen der Grundlagenforschung des MDC beispielsweise bei Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen schnell in den Versorgungsalltag der schwerstkranken Patientinnen und Patienten der Universitätskliniken übergehen. Es macht genauso viel Sinn, die Praxiserfahrungen exzellenter Ärztinnen und Ärzte, exzellenter universitärer Klinikerinnen und Kliniker bei der Ausgestaltung der Hochleistungsforschungsprogrammatis intensiv einzubeziehen.

Das schon heute erfolgreiche Zukunftskluster Gesundheit wird auf diesem Weg nachhaltig und mit großen Chancen für sowohl Patientinnen und Patienten wie auch der Berliner Forschung, Lehre und Gesundheitswirtschaft gestärkt. Die neue Charité-, MDC- und Bundeskooperation wird Maßstäbe setzen. Das hilft auch der Charité, sich in den nächsten Jahren intensiv auf ihre wissenschaftliche Exzellenz zu konzentrieren.

Die jetzt eingeleitete Neuaufstellung der Charité ist ein großer Erfolg. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Legislaturperiode. Wir freuen uns gemeinsam mit unserem neuen Koalitionspartner auf eine florierende Wis-

(Thomas Isenberg)

senschaft und Universitätsmedizin in Berlin für die Gesundheit der Menschen in Berlin und darüber hinaus. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Als Nächster hat der Kollege Zimmer von der CDU-Fraktion das Wort.

Nicolas Zimmer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An dieses Doppelpack werden Sie sich jetzt gewöhnen müssen – SPD und CDU.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Ja, leider!]

Ich freue mich natürlich auch auf die Koalition, gar keine Frage!

Meine Damen und Herren! CDU und SPD schlagen Ihnen heute als Thema für die Aktuelle Stunde „Charité und Max-Delbrück-Centrum, Zusammenarbeit für Spitzenenergieergebnisse in Wissenschaft und Forschung“ vor. Dahinter verbirgt sich aus meiner Sicht nichts weniger als eine wissenschaftspolitische Sensation, die wir hier in Berlin erreichen werden. Es ist eine einmalige Chance, die sich uns durch die Kooperation von Charité und MDC bietet. Der Kollege Isenberg hat schon darauf hingewiesen: Zum einen geht es um die Beteiligung des Bundes in finanzieller Hinsicht. Darüber freut man sich selbstverständlich, darüber freut sich der Finanzsenator. Er wiegt zwar bedächtig seinen Kopf, denn man kriegt nichts im Leben umsonst.

[Uwe Doering (LINKE): Hat er aber schnell gelernt!]

Das stimmt. Alles hat seinen Preis. Aber ich glaube, dass der Gewinn, den wir dabei erzielen werden, ein sehr lohnender ist.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Zimmer! Kleinen Moment mal! – Darf ich die Kollegin von der Presse bitten – ich hatte eben etwas angesagt und bitte Sie, sich daran zu halten. Es wird hier nicht auf die Tische der Abgeordneten fotografiert! Vielen Dank!

Nicolas Zimmer (CDU):

Herr Präsident! Dann setze ich fort.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist nicht nur das finanzielle Engagement des Bundes, sondern er übernimmt damit auch Verantwortung für Spitzenmedizin in Berlin. Auch das ist ein wesentlicher Fortschritt. Nicht weniger als das wird in Berlin entstehen, ein international sichtbarer Leuchtturm für exzellente Lebenswissenschaften.

Eine weitere Folge wird diese Kooperation haben, nämlich die Sicherung der Exzellenz in der Berliner Wissenschaft auch über das Ende der Exzellenzinitiative im Jahr 2017 hinaus. Was hier in Berlin beginnt, ist der Modellversuch für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Forschung. Dies hat eine Bedeutung weit über die Landesgrenzen Berlins hinaus.

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Da müsst ihr aber noch üben!]

Deswegen wollen wir mit Ihnen heute gemeinsam die Voraussetzungen und Folgen dieses Projekts, das über Jahrzehnte hinweg Auswirkungen haben wird für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin, diskutieren – aus meiner Sicht ein wirklich aktuelles und wichtiges Thema.

Was wollen nun die anderen Fraktionen mit uns diskutieren? – Aktualität macht sich auch immer fest im Vergleich zu den Themenvorschlägen der anderen Fraktionen. Die Grünen beantragen: „Klimakrise verschärft sich“.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Das ist ein fraktionsinternes Thema!]

Ich nehme an, meine Damen und Herren von den Grünen – ich habe auch gesehen, dass Ihr Mediator Herr Wieland oben auf der Besuchertribüne Platz genommen hat –, das scheint der inhaltliche Minimalkonsens zu sein, zu dem Sie bei den Grünen fähig sind.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Sollte
auch Ihr Konsens sein! –
Özcan Mutlu (GRÜNE): Jetzt mal zur
inhaltlichen Begründung!]

Das ist so ein bisschen „Zurück zu den Wurzeln“, gehört ja zu den Gründungsmythen der Grünen – Anti-Atomkraft ist ja nicht mehr ganz aktuell –, Jasmintee trinken und Klima.

[Alexander Morlang (PIRATEN): So schlecht!]

Wenn ich mir Ihr fraktionsinternes Klima so angucke, dann, glaube ich, ist „Klimakrise“ von Ihnen mit Bedacht gewählt worden.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Aber gut, das tut keinem weh, schließlich sind wir alle für Klimaschutz. Und weil das so ist und weil es ein wichtiges Thema ist, kann ich Ihnen versichern, die Koalition wird sich auch dieses Themas annehmen und zu pragmatischen und effektiven Lösungen kommen. Dazu brauchen wir keinen Coach, dafür brauchen wir keinen Therapeuten und vor allen Dingen keine Nachhilfe von den Grünen.

[Beifall bei der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Aber vielleicht eine Idee, Herr Zimmer!]

(Nicolas Zimmer)

Und da ich die fröhlichen Zwischenrufe von der Linken höre – „Erhöhung des Mindestlohns auf 8,50 Euro“ schlägt uns Die Linke vor –: Wo waren Sie denn eigentlich die letzten zehn Jahre, meine Damen und Herren?

[Zurufe von den GRÜNEN]

Haben Sie nicht im Senat diese Stadt mitregiert? Was haben Sie eigentlich in den letzten zehn Jahren für die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro bei landeseigenen Vergaben getan?

[Udo Wolf (LINKE): Wir haben Vergabegesetze gemacht!]

Die Antwort lautet: Nichts! Sonst müssten Sie heute ja keinen Antrag stellen.

[Beifall bei der CDU]

Herr Albers! Es ist bei Lippenbekenntnissen geblieben wie so häufig bei der Linken, gerne verwendetes Modell, ein Schaufensterantrag, wie er im Lehrbuch steht. Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang empfehlen, sich ein Beispiel an den Piraten zu nehmen. Wenn Ihnen schon nichts Aktuelles einfällt, dann stellen Sie am besten gar keinen Antrag auf eine Aktuelle Stunde.

[Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Aktuell ist das, was unsere Stadt voranbringt. Deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Lassen Sie uns gemeinsam über die Zukunft von Charité und MDC diskutieren! – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD –

Uwe Doering (LINKE): Hochmut kommt vor dem Fall!

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Schäfer! – Bitte schön, Herr Kollege!

[Daniel Buchholz (SPD): Krise Grüne mit erklären!]

Michael Schäfer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr ist der globale CO₂-Ausstoß so stark angestiegen wie nie zuvor. Erst vor einer Woche hat die US-Regierung die erschreckenden Zahlen vorgelegt. Wir erleben den Anstieg des Anstiegs des Anstiegs der Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre. Heute finden Sie Berichte über den World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur in der Zeitung. Dieser befürchtet einen Anstieg der Erderwärmung um sechs Grad. Zwei Grad – zur Erinnerung – gelten als das Ziel, um die größten Klimakatastrophen wie zunehmende Wetterextremereignisse, Abschmelzen der Polkappen, Abschmelzen des Grönlandeisschildes zu verhindern.

Herr Zimmer! Wenn Sie die Aktualität dieses Themas nicht begreifen, sondern da auf Wortspiele mit Jasmintee kommen, dann tut es mir leid.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Am Ende dieses Monats beginnt die 17. Weltklimakonferenz in Durban, und es wieder sehr unwahrscheinlich, dass es zu einem internationalen Klimaabkommen kommt, obwohl Kyoto im nächsten Jahr ausläuft.

[Lars Oberg (SPD): Schuld ist das Abgeordnetenhaus!]

Das Problem ist, dass die meisten Staaten den Klimaschutz noch immer als Last sehen. Demgegenüber stehen aber immer mehr Städte und Metropolen, die Klimaschutz als Chance begreifen, als Chance, unabhängiger zu werden vom Öl und von steigenden Energiepreisen. Das ist gerade für ihre Bürger mit den geringen Einkommen entscheidend, die einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für Energiekosten aufwenden müssen. Das sind Städte wie Boston, Kopenhagen, Osaka, Portland, Yinchuan und Stockholm. Sie begreifen Klimaschutz als Chance, regionale Wertschöpfung zu generieren, weil nämlich erneuerbare Energien auch regional sind, weil Wärmedämmung von lokalen Handwerksbetrieben angebracht wird. Sie wollen Vorreiter werden für die Energiedienstleistungen und Energieprodukte der Zukunft, die immer stärker weltweit nachgefragt werden.

Und Berlin? – Berlin gehört weltweit zu den Städten mit dem höchsten CO₂-Ausstoß pro Kopf.

[Daniel Buchholz (SPD): Totaler Unsinn!]

Berlin braucht eine Reindustrialisierung dringender als viele andere Städte, und Berlins Energieversorgung ist abhängiger von Energierohstoffimporten als die der meisten Städte. Aber spielen diese Fragen in den Koalitionsverhandlungen eine Rolle?

[Daniel Buchholz (SPD): Ja!]

Offenbar nicht! Noch nicht mal die Worte „Stadtwerk“ oder „Green Economy“, die im Wahlkampf bei Ihnen noch eine Rolle gespielt haben, hören wir noch. Sie behandeln den Klimaschutz als ein weiches Thema. Das hat Herr Zimmer eindrucksvoll bestätigt. Dabei ist es die Kernfrage, die sich beim Klimaschutz stellt.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Welche Investitionen, öffentliche wie private, braucht diese Stadt? Welche Infrastrukturen müssen prioritär ausgebaut werden? Da geht es um virtuelle Kraftwerke, um smarte Energienetze, um Informationstechnologien, die klimafreundliche Verkehrsmittel nutzerfreundlich verknüpfen. Diese Infrastrukturen braucht Berlin.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Aber Sie denken bei Infrastruktur immer noch an den Betonmischer. Das ist das Problem.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN]

Bei Ihnen gibt es keinen Konflikt darüber, dass der eine vorwärts will und der andere rückwärts. Sie sind sich nur nicht einig, wie schnell Sie zurückgehen wollen. Sie sind sich nicht einig, ob Sie eine halbe oder eine ganze Mil-

(Michael Schäfer)

liarde Euro fehlinvestieren wollen in die Infrastrukturen der Vergangenheit.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Nur mit einer konsequenten Klimapolitik kann Berlin wieder neue Wirtschaftskraft aufbauen und damit auch die Fähigkeit, soziale Probleme zu lösen, erhöhen. Bessern Sie jetzt nach in den Klimaverhandlungen! Wir können innerhalb dieser Legislaturperiode den Ausstieg aus der Braunkohle schaffen und das größte virtuelle Kraftwerk Europas bauen. Wir können innerhalb einer Legislaturperiode alle klimaschädlichen Subventionen in Berlin abbauen, und wir können ein Stadtwerk bauen, das den Klimaschutz voranbringt. Begreifen Sie doch den Klimaschutz als Chance, Ihrer Koalition, die Sie bilden wollen, endlich eine Richtung zu geben! Was ist denn das Projekt? Was sind überhaupt die großen Ziele? Was ist die Idee, der rote Faden dieser Koalition? – Nichts davon ist zu erkennen. Es ist ein Durchwursteln, ein „Hauptsache, regieren!“ Es ist eine Koalition ohne Ambition, die Sie gründen wollen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Herr Wowereit! Sie stellen sich offensichtlich selbst die Frage: Was bleibt nach 15 Jahren Wowereit in Berlin?

[Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:
Es sind erst einmal zehn Jahre!]

Soll es so bleiben, dass Berlin – auch in fünf Jahre noch – bei den erneuerbaren Energien Schlusslicht aller Bundesländer ist? Soll es so bleiben, dass wir bei der Bildungsqualität Schlusslicht aller Bundesländer sind? Soll es so bleiben, dass Berlin bei der Arbeitslosigkeit den höchsten Wert aller Bundesländer hat? Da wird es Ihrem Nachruhm auch nichts helfen, wenn man eine solch miserable Bilanz in den Büchern einer Wowereit-Gedenkbibliothek nachlesen kann.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Jetzt, Herr Wowereit, kann Ihre Koalition noch umsteuern. Kommen Sie herunter von der Betonpiste und hinein in die smarten Netze! Darüber wollen wir heute sprechen, dafür bitten wir um Ihre Stimme.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Özcan Mutlu (GRÜNE): Er hat gar keine Stimme! –
Joachim Esser (GRÜNE): Die Stimme ist weg!]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Als Nächster spricht für die Fraktion Die Linke Herr Wolf. – Bitte schön!

Udo Wolf (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie uns heute die künftige Zusammenarbeit von Charité und Delbrück-Centrum als den großen Wurf verkaufen wol-

len, wird Ihnen das unser Chirurg, der Kollege Albers, nachher sezieren.

Unser Thema ist aktuell. Es geht um Konkretes, und es geht auch um ein Wahlversprechen der SPD. Selbst die Union, Herr Zimmer,

[Nicolas Zimmer (CDU): Hier!]

im Bund allerdings, fängt an, darüber zu diskutieren. Es geht um das Thema Mindestlohn. Wir wollen, dass sich dieses Haus mit einer zentralen Frage sozialer Gerechtigkeit befasst. Von Erwerbsarbeit muss man leben können.

[Beifall bei der LINKEN]

Es gibt in Deutschland nicht wenige Menschen – Sie wissen das –, die einen Job haben, aber von ihrem Lohn nicht leben können. Sie sind auf ergänzende Leistungen nach Hartz IV angewiesen. Das ist skandalös. Das ist beschämend und demütigend für die Betroffenen. Außerdem ist es volkswirtschaftlicher Unsinn. Wenn wir Schluss machen wollen mit diesem gesellschaftlichen Skandal, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn.

[Beifall bei der LINKEN]

Und ein Mindestlohn muss so gestaltet werden, dass er die Menschen auch vor drohender Altersarmut schützt. Der DGB fordert einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro. Das ist eigentlich noch zu wenig. Im europäischen Vergleich liegt es eher an der unteren Grenze. Aber für die Bundesrepublik Deutschland ist es wenigstens ein erster, wichtiger Schritt.

Jetzt können wir auf Landesebene leider kein allgemeingültiges Mindestlohngesetz beschließen. Aber wir können mit dem Berliner Vergabegesetz zumindest Standards für die öffentliche Hand setzen. Herr Zimmer! Das haben wir in der Vergangenheit getan. Sie kennen das Gesetz offensichtlich nicht, so, wie Sie darüber geredet haben.

[Beifall bei der LINKEN]

Wir können diese Standards so setzen, dass wir damit auch die weitere Diskussion im Bund befördern. Deshalb, meine Damen und Herren: Der Mindestlohn im Berliner Vergabegesetz muss endlich aktualisiert werden! Aus 7,50 Euro bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen mindestens 8,50 Euro werden. Menschen, die im Auftrag des Landes Berlin arbeiten, müssen weiter existenzsichernd bezahlt werden. Deshalb braucht es mindestens 8,50 Euro in der Stunde – und zwar nicht irgendwann, sondern sofort!

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

SPD und CDU befinden sich – das haben wir schon gesehen – in fast schon abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen. Na ja, wenn man genau hinguckt, ist es eher so, dass die CDU das meiste abnickt. Deshalb drängt sich die Frage auf, weshalb es ausgerechnet beim Mindestlohn im Vergabegesetz keine Einigung auf 8,50 Euro gibt. Jetzt

(Udo Wolf)

merkt selbst die Kanzlerin – Herr Zimmer, Mindestlohn-
debatte aktuell –,

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Kanzlerin, Herr Zimmer!]

dass es in Zukunft ohne Mindestlohn nicht mehr geht,
und präsentiert eine Mogelpackung, quasi schon mit einer
Anleitung zum Unterlaufen. An „Arm trotz Arbeit“ soll
sich nichts ändern, aber es soll besser aussehen.

Dann lese ich, die SPD wolle jetzt die Diskussion auf
Bundesebene abwarten. Klaus Wowereit machte mir
bisher in den Verhandlungen nicht einen solch zögerli-
chen Eindruck. Deshalb frage ich Sie: Weshalb gelingt es
der Berliner SPD nicht – was sie angeblich immer woll-
te –, den Mindestlohn im Vergabegesetz auf 8,50 Euro zu
erhöhen?

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die
SPD 8,50 Euro gar nicht mehr will, vermutlich nie ge-
wollt hat; oder nur einige? Die aber haben wohl aufge-
hört, dafür zu kämpfen. 8,50 Euro könnte die SPD näm-
lich sofort umsetzen, das wäre kein Problem. Herr Zim-
mer! Harald Wolf hat dafür schon vor einiger Zeit eine
Verordnung im Senat vorgelegt. Herr Wowereit! Unter-
schreiben Sie sie doch einfach!

[Beifall bei der LINKEN]

Apropos ordentlich bezahlen: Wenn wir hier über Arbeit
zu Mindestlohnbedingungen reden, dann muss man auch
über den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
reden. Dazu sind sich SPD und CDU schon einig, der
ÖBS soll abgewickelt werden. Sie behaupten, durch Bür-
gerarbeit könnten mehr Langzeitarbeitslose beschäftigt
werden, und der ÖBS sei zu teuer. Das ist Quatsch, und
das wissen Sie!

[Beifall bei der LINKEN]

Die Abwicklung des ÖBS ist ein politischer Rückschritt,
der den Niedriglohnsektor fördert. Die Kollegin Breiten-
bach wird Ihnen das nachher im Prioritätenblock alles
zum wiederholten Mal erklären.

Natürlich würde ich mich freuen, wenn die Piraten und
die Grünen unserem Vorschlag zur Aktuellen Stunde
unterstützten. Aber ich verstehe auch, liebe Grüne, dass
Sie derzeit andere Probleme haben. Die Klimakrise ver-
schärft sich – ja, das sieht so aus. Sie betteln ja geradezu
um Spott. Das steht jeden Tag auf den Lokalseiten der
Presse.

Meine Damen und Herren! Reden wir über Politik!
8,50 Euro sind das Mindeste. Verehrte Kolleginnen und
Kollegen von der SPD! Wenn Sie es wirklich wollen,
dann machen Sie es auch! Sie können es noch mit uns in
der nächsten Senatsitzung beschließen. Schieben Sie es
nicht auf Ihren künftigen Koalitionspartner!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Oder – ich komme zum Schluss – haben Sie wenigstens
den Mumm, heute denjenigen, die im Auftrag des Landes
Berlin ihre Arbeit leisten, zu sagen, weshalb sie dafür
trotz steigender Preise und Mieten nach wie vor nur
7,50 Euro in der Stunde erhalten sollen, warum Sie also
ihr Wahlversprechen brechen! – Ich danke für Ihre Auf-
merksamkeit.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht
vor.

Ich lasse nun abstimmen, und zwar zunächst über den
Antrag der Fraktion der SPD. Wer diesem Antrag seine
Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Hand-
zeichen. – Das sind die SPD- und die CDU-Fraktion.
Gegenstimmen? – Das sind die Grünen, Die Linke und
die Piraten. Enthaltungen gibt es keine. Damit hat dieser
Antrag die Mehrheit bekommen. Ich rufe das Thema für
die Aktuelle Stunde unter dem Tagesordnungspunkt 3
auf. Die anderen Anträge haben damit ihre Erledigung
gefunden.

Ich weise auf die Ihnen vorliegende Konsensliste hin.

Entschuldigungen von Senatsmitgliedern für die heutige
Sitzung: Frau Senatorin Lompscher wird ab ca. 18.30 Uhr
abwesend sein. Der Grund ist ein Grußwort anlässlich der
Veranstaltung der Vereinigung Deutscher Wissenschaft-
ler zum Thema „Zukunft der Ernährung“.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Mündliche Anfragen

gemäß § 51 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin

Das Wort zur ersten Mündlichen Anfrage erhält Frau
Abgeordnete Ülker Radziwill von der SPD-Fraktion mit
einer Frage zu dem Thema

Seniorenwahlen in Berlin

– Bitte!

Ülker Radziwill (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich frage
den Senat:

1. Wie verlaufen die in dieser Woche stattfindenden
Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen?

(Ulker Radziwill)

2. Verfügt der Senat über Erkenntnisse zur Wahlbeteiligung, und was hat der Senat im Vorfeld der Wahl unternommen, um für eine rege Beteiligung zu werben?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es antwortet für den Senat Frau Senatorin Bluhm. – Bitte schön!

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Radziwill! Gestatten Sie mir, dass ich Ihre erste Frage und den ersten Teil der zweiten Frage gemeinsam beantworte.

Seit Montag werden in den Berliner Bezirken in öffentlichen Versammlungen die Kandidatinnen und Kandidaten für die Seniorenvertretung aus einer Berufungsvorschlagsliste gewählt. Über die Wahlbeteiligung lässt sich natürlich erst nach Abschluss der Wahlveranstaltungen in dieser Woche eine endgültige Aussage treffen. Erst dann sind die letzten Wahlversammlungen beendet und die Auszählung kann stattfinden.

Als erster Eindruck wurde uns aber von verschiedenen Seiten vermittelt, dass es an den ersten Wahltagen eine Zunahme der Beteiligung gegeben hat. Ich begrüße die Fragestellung in der Woche der stattfindenden Wahl, weil dies die Möglichkeit eröffnet, auf die stattfindenden Wahlen aufmerksam zu machen.

Der zweite Teil der zweiten Frage richtet sich eher in die Vergangenheit: Was wir dafür getan haben, um die Beteiligung und das Interesse an den stattfindenden Wahlen zu erhöhen. Das kann ich sehr viel ausführlicher beantworten, weil es – wie gesagt – ein angeschlossener Vorgang ist. Wir haben im Zusammenhang mit der Neuberufung der bezirklichen Seniorenvertretungen einen zielgruppenorientierten, werbewirksamen und aus mehreren Einzel-elementen bestehenden öffentlichen Auftritt versucht. Unter dem Slogan „Erfahrung in Berlin – Generation Plus bestimmt mit“ ging es uns und allen Beteiligten darum, Berlinerinnen und Berliner, die das sechzigste Lebensjahr erreicht oder überschritten haben, zu motivieren, entweder selbst für die bezirklichen Seniorenvertretungen zu kandidieren und/oder Einfluss auf die Zusammensetzung der bezirklichen Seniorenvertretungen zu nehmen. Wir haben uns dabei von einer professionellen Werbeagentur unterstützen lassen.

Die wesentlichen Elemente, die realisiert worden sind, will ich nennen. Es gab zunächst eine Broschüre mit dem aktuell gültigen Text des Berliner Mitwirkungsgesetzes und einer erläuternden Grafik zum Wahlprozess für die bezirklichen Seniorenvertretungen. 1 000 Exemplare dieser Broschüre sind bereits am 27. August, zum Auftakt

der Berliner Seniorenwoche, auf dem Breitscheidplatz verteilt worden. Sie ist immer sehr gut besucht, sodass das schon mal der Auftakt der öffentlichen Kampagne gewesen ist. Weitere 7 000 Broschüren gingen an die Bezirke und an Interessenvertretungen der Berliner Seniorenpolitik.

Darüber hinaus gab und gibt es 3 000 Flyer mit Angaben zu den öffentlichen Wahlversammlungen. Diese wurden in der Berliner Öffentlichkeit verteilt, ebenfalls beginnend mit dem Auftakt der Berliner Seniorenwoche. Darüber hinaus wurden sie an hoch frequentierten Orten in der Stadt verteilt.

Weiter geht es mit der Kampagne. Es wurden 1 240 Plakate erstellt. Jeder Bezirk erhielt 70 Plakate mit den entsprechenden bezirksspezifischen Angaben zu Orten und Zeiten der bezirklichen Wahlversammlungen. Weitere 400 Plakate waren neutral mit den Angaben der zentralen Behördeneinwahl 115 sowie der Angabe der Web-Adresse „Senioren wirken mit“ versehen. 320 Plakate waren zwei Wochen vor den Wahlen an ausgewählten BVG-Haltestellen ausgehängt worden.

Ein besonderes Element der Kampagne war die Werbung im „Berliner Fenster“. Ein 30-sekündiger Spot wurde in der Woche vor den Wahlen, also in der Woche vom 31. Oktober bis zum 6. November dieses Jahres, in der U-Bahn gesendet.

In der „Berliner Woche“ vom 2. November 2011 war in allen 33 Lokalausgaben eine Anzeige geschaltet, die jeweils die bezirksindividuellen Angaben zu den Wahlorten und -zeiten enthielt. Die Anzeige war durch einen redaktionellen Beitrag über die Arbeit der Seniorenvertretungen in den jeweiligen Bezirken ergänzt.

Von der Senatsverwaltung für Soziales wurde für die Seniorenwahlen die Internetseite „Senioren wirken mit“ eingerichtet und beworben. In Absprache mit den Bezirken wurde als zentrale Rufnummer die Behördeneinwahl 115 verwendet. Von dort erfolgte bei Bedarf eine konkrete Weiterleitung an die Ansprechpartner in den Bezirken.

Selbstverständlich haben wir – mit Pressemitteilung vom 26. September dieses Jahres – auch die Presse über die Öffentlichkeitskampagne und alle relevanten Details zur Wahl zur den Seniorenvertretungen informiert.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Gibt es Zusatzfragen? – Bitte schön, Frau Kollegin Radziwill!

Ülker Radziwill (SPD):

Vielen Dank für diese Darstellung, Frau Bluhm! Können Sie mir noch angeben, wie hoch die Kosten der von Ihnen dargestellten Werbemaßnahmen waren?

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Frau Abgeordnete! Wir haben gemeinsam darum gestritten, dass wir mehr Mittel für die Öffentlichkeitskampagne erwirken, auch durch Einsparungen in anderen Bereichen beziehungsweise eine Bereitschaft zu einer zusätzlichen Finanzierung, weil die Bezirke uns dargestellt haben, dass sie ohne finanzielle Mittel nicht öffentlichkeitswirksam auftreten können. In meiner Erinnerung ist es so, dass allein die Werbekampagne 45 000 Euro gekostet hat. Diese Mittel wurden auch restlos verausgabt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht.

Dann rufe ich die Nr. 2 der Mündlichen Anfragen auf. Sie wird vom Kollegen Peter Trapp von der CDU-Fraktion zu dem Thema

Erweitertes Führungszeugnis in der Kinder- und Jugendarbeit

gestellt. – Bitte schön, Herr Kollege!

Peter Trapp (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Für welchen Personenkreis in der Kinder- und Jugendarbeit – Betreuer, Vorstände, Gründer von Vereinen – hält der Senat es für erforderlich, ein erweitertes Führungszeugnis zu verlangen?
2. Teilt der Senat die Auffassung, dass der Gebührenaufwand bei der Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses im Falle von ehrenamtlich Tätigen vom jeweiligen Träger der Kinder- und Jugendarbeit übernommen werden sollte?

Präsident Ralf Wieland:

Danke schön! – Für den Senat – Herr Prof. Zöllner! Bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Frage 1: Um den Auftrag des Staates im Sinne eines umfassenden Kinder- und Jugendschutzes gerecht zu werden, hat der Gesetzgeber mit dem seit Mai 2010 in Kraft gesetzten § 30a Bundeszentralregistergesetz die Grundlage für

dieses sogenannte erweiterte Führungszeugnis geschaffen. Wer in Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit, die mit jungen Menschen arbeiten, angestellt wird, muss ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis anfordern und vorlegen. Ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30a Abs. 1 Nr. 2 dieses Registergesetzes ist aber allen Personen zu erteilen, die beruflich, ehrenamtlich oder in sonstiger Weise kinder- und jugendnah tätig sind oder tätig werden sollen. Neben dem Fachpersonal der Kinder- und Jugendhilfe ist es daher auch erforderlich, dass andere Beschäftigte, die in der Kinder- und Jugendhilfe regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen und dabei auch selbstständig, das heißt außerhalb einer ständigen Anleitung und Aufsicht, arbeiten, vor Aufnahme der Beschäftigung ein aktuelles Führungszeugnis vorlegen. Dieser Regelung liegt die Intention zugrunde, im Sinne eines wirksamen Kinder- und Jugendschutzes über die Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen einschlägig Vorbestrafte und damit dann sicher ungeeignete Personen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe von der Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen auszuschließen.

Auch das geplante Bundeskinderjugendschutzgesetz sieht in § 72a vor, dass von allen in der Kinder- und Jugendhilfe ehrenamtlich tätigen Personen zukünftig ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen ist, wenn die Kontakte von einer gewissen Intensität, Art und Dauer sind. Das sind solche Kontakte, die grundsätzlich geeignet sind, ein besonderes Vertrauensverhältnis zu Kindern und Jugendlichen aufzubauen.

Das Land Berlin hat mit dem Jugend-Rundschreiben Nr. 2/2010 bereits entsprechende Vorgaben für die Anforderung von erweiterten Führungszeugnissen gemacht und nimmt somit zu diesem Thema eine Vorreiterstellung ein. Das heißt, die kurze Antwort auf Ihre erste Frage ist ein klares Ja. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass nicht die Ehrenamtlichkeit oder die Hauptamtlichkeit darüber entscheidet, sondern die Gefahr der Gefährdung von Kindern.

Diese Vorlagepflicht betrifft dabei auch Honorarkräfte, Zivildienstleistende, Freiwilligendienstleistende, MAE-Kräfte, und andere vergleichbar tätige Personen, die regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt kommen. Auch der Landesjugendring Berlin und die Sportjugend Berlin haben mit dem Senat entsprechende Vereinbarungen geschlossen. Danach muss bisher für alle hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Jugendarbeit vor Aufnahme der Tätigkeit ein solches erweitertes Führungszeugnis eingeholt werden. Diese Regelung soll auch für ehrenamtlich Tätige im Rahmen der Zuwendungsbescheide angewendet werden. Zudem hat die Sportministerkonferenz am 3. April 2011 sich für ein differenziertes Verfahren bei der Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen zur Prävention aus-

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

gesprochen. Damit soll die Vorlagepflicht auch im Sportbereich von der Art, Intensität und Dauer des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen abhängig gemacht werden.

Um auf Ihre Vorfrage zur Vorlagepflicht für Vorstände und Gründer von Vereinen zurückzukommen: In diesen Fällen ist nur dann ein erweiterstes Führungszeugnis zu verlangen, wenn diese Personen direkt mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Zu Ihrer Frage 2: Erweiterte Führungszeugnisse werden in Berlin von den jeweiligen Personen bei den Bürgerämtern beantragt. Die Gebühren in Höhe von 13 Euro werden den Antragstellern grundsätzlich in Rechnung gestellt. Für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe hat meine Verwaltung im bereits vorher zitierten Jugend-Rundschreiben 2/2010 den Bürgerämtern empfohlen, aufgrund von § 12 Justizverwaltungskostenordnung aus Billigkeitsgründen regelmäßig von der Erhebung der Kosten abzusehen. Zusätzlich legt das Rundschreiben fest, dass für die Gebührenfreiheit eine Bescheinigung des Trägers vorzulegen ist, aus der hervorgeht, dass das Führungszeugnis zum Nachweis der Unbedenklichkeit bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen dient. Leider erfährt diese Regelung eine Einschränkung durch das Bundesamt für Justiz. Nach dem aktuellen Merkblatt zur Befreiung von Gebühr für das Führungszeugnis vom 1. Juni 2011 kann nur ausnahmsweise wegen der Mittellosigkeit oder sonst aus Billigkeitsgründen von der Erhebung der Kosten abgesehen werden. Das Bundesamt hat ausdrücklich – übrigens in Abweichung von seiner bisherigen erweiterten Ermessens- und Entscheidungsmöglichkeit – festgelegt, dass nunmehr für die ehrenamtliche Tätigkeit, soweit eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird, eine Gebührenbefreiung nicht mehr in Betracht kommt.

Diese Vorgabe des Bundesamtes erscheint mir angesichts der durchschnittlichen Höhe der für die ehrenamtlich Tätigen geleisteten Aufwandsentschädigungen absolut nicht angemessen zu sein. Es muss vermieden werden, dass durch die geforderte Gebührenerhebung das für die Gesellschaft so wichtige ehrenamtliche Engagement nachlässt. In diesem Sinne hat auch die Sportministerkonferenz, die ich vorhin schon zitiert habe, im November dieses Jahres in einem Beschluss die Bundesministerin gebeten, auf das Bundesamt für Justiz in der Weise hinzuwirken, dass die Ausstellung von erweiterten Führungszeugnissen für alle in Sportvereinen neben- und ehrenamtlich Tätigen unentgeltlich erfolgt. Auch ich werde mich entsprechend für die in der Jugendarbeit in der Parallelität der Ereignisse tätigen Ehrenamtlichen an die Bundesministerin für Justiz wenden, sodass ich hoffe, dass die Situation der Kostenerstattung nicht auftritt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es gibt keine Nachfrage des Kollegen Trapp. Aber der Kollege Lux hatte sich gemeldet. – Bitte schön!

Benedikt Lux (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident! – Herr Senator Zöllner! Ich frage Sie: Was gedenkt der Senat zu tun, wenn – entweder durch ein erweitertes Führungszeugnis, das Sie jetzt erweitert vorlegen wollen, oder wie im Fall der Parkeisenbahn auch durch polizeiliche Hinweise – bekannt wird, dass ein Mitarbeiter wegen sexuellen Missbrauchs vorbelastet ist, aber der Träger gleichwohl seinen Mitarbeiter weiter beschäftigt?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich gehe davon aus, dass die Vorlage des Führungszeugnisses nur dann Sinn macht – und dann muss es auch so umgesetzt werden –, wenn dann eine Beschäftigung eben nicht in Frage kommt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Als nächste Frau Kollegin Dr. Hiller!

Dr. Gabriele Hiller (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Frage schließt sich an das Bekenntnis des Senators an, dass er für eine Kostenfreiheit für Vereine bei der Erstellung des erweiterten Führungszeugnisses plädiert. Deshalb frage ich: Welche Möglichkeiten sehen Sie für das Land Berlin, hier eine eigenständige Lösung zu finden, um nicht diesen langen bürokratischen Weg durch die Instanzen im Bund gehen zu müssen?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Zöllner, bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Dass ich gesagt habe, dass ich diesen Weg gehe, und offensichtlich auch die Sportministerkonferenz diesen Weg eingeschlagen hat, ist der Beleg dafür, dass sowohl diese Konferenz als auch ich persönlich meinen, dass es nicht nötig ist, dass dies ein langer, beschwerlicher Weg durch die Instanzen ist. Der zuständigen Ministerin einen Brief und den Hinweis zu geben, dass dieses wohl einer auch von ihr akzeptierten Intention nicht entspricht, wenn so verfahren wird, sollte, wenn die Möglichkeit besteht,

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

zur Folge haben, dass diese gesetzlich nicht zwingend vorgeschriebene Merkblattänderung sehr unbürokratisch auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt wird.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Ich möchte noch den Hinweis geben: Wenn Sie sich für Nachfragen zu Wort melden, bitte nur ein Mal den Knopf drücken.

Als nächstes kommen wir zur dritten Frage – Herr Stefan Gelbhaar von den Grünen mit dem Thema

Wie fit ist die Berliner S-Bahn für den Winter?

– Bitte schön, Herr Kollege!

[Uwe Doering (LINKE): Die fährt ja selbst im Herbst!]

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Schritte hat der Senat unternommen, damit ein weitestgehend reibungsloser S-Bahnverkehr in diesem Jahr gesichert ist und insbesondere nicht wieder ganze Stadtteile abgeschnitten werden?
2. Seit wann hat der Senat Kenntnis von dem Problem, ausreichend Dienstkräfte für den Betrieb der Berliner S-Bahn zu finden, und wie wird das Problem gelöst?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Zur Beantwortung hat Frau Junge-Reyer das Wort. – Bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Gelbhaar! Bereits im August dieses Jahres hat Sie der Senat von dem Ergebnis der beiden Arbeitskreise unterrichtet, die mit Experten auf Druck des Senats gegründet worden waren, um sich mit der Situation der Fahrzeuge und mit der Infrastruktur auseinanderzusetzen. Es gab damals insgesamt etwa 25 Problemfelder, die von den Experten identifiziert worden sind. In dem weiteren Verfahren ist mit der S-Bahn verabredet worden, wie und in welchem Umfang sie diese Probleme abarbeitet. Dabei kommt es darauf an, dass man sich sowohl mit dem Zustand des Netzes als auch mit der Sanierung der Fahrzeuge auseinandersetzt. In dem Abschlussbericht vom Sommer hatten die Experten bestätigt, dass sich die S-Bahn einerseits auf dem richtigen Weg befindet, wenn sie Investitionen in die Fahrzeuge tätigt und wenn sie technische Probleme abarbeitet und die Lösungen dazu führen, dass im Winter mehr Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Allerdings sagt die Expertenkommission auch – und diese Auffassung teilt der Senat –, dass die Abarbeitung der vorgesehenen Umrüstmaßnahmen, der technischen Probleme zum Teil erst Ende 2012 abgeschlossen sein wird. Dies sagt auch die S-Bahn. Dabei geht es unter anderem darum, dass zum Beispiel für die Baureihe 481 technische Lösungen sehr schwer umzusetzen sind. Der Austausch der Fahrzeugmotoren zum Beispiel kann erst sukzessive stattfinden, und für die Baureihe 480 gibt es noch nicht für jedes technische Problem tatsächlich auch schon eine Lösung, die man umsetzen könnte. Ich könnte Ihnen jetzt die technischen Einzelheiten dezidiert schildern. Ich darf Ihnen versichern, dass es dabei bleibt, dass auf der einen Seite hart an einer Lösung gearbeitet wird, auf der anderen Seite die S-Bahn aber nicht in Aussicht stellen kann, alle Probleme zu Beginn des Winters beheben zu haben, ja dass sie für einige Probleme nach ihrer eigenen Einschätzung bis zum Ende des kommenden Jahres benötigt.

Von dem Fahrermangel hat der Senat im Monat Oktober Kenntnis erhalten. Die S-Bahn hat zuletzt am 7. November mitgeteilt, dass es durch einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand Probleme bei der Besetzung von Fahrdiensten gibt. Sie hat auf Nachfrage dazu gleichzeitig mitgeteilt, dass sie derzeit sehr aktiv an der Ausbildung neuer Triebwagenfahrerinnen und -fahrer arbeitet, dass allerdings je nach Vorqualifikation die Ausbildung vier bis neun Monate dauert. Sie setzt also auf der einen Seite darauf, neue Triebwagenführer auszubilden, und auf der anderen Seite hofft die S-Bahn, dass sich der Krankenstand wieder normalisiert. Neue Mitarbeiter stehen für Ende Februar und Ende April ausgebildet zur Verfügung.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Gelbhaar, bitte schön, zu einer Nachfrage!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Meine Nachfrage: Wir können uns also nicht sicher sein, dass die S-Bahn reibungslos fährt. Und wenn dem so ist: Welche rechtlichen und tatsächlichen Schritte sind denn für den Fall eines S-Bahnausfalls vorbereitet worden?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Für den Fall eines technischen Ausfalls der S-Bahn nützen keine rechtlichen Schritte, sondern da hilft es allerdings nur, dass die S-Bahn unter der Drohung, dass sie gegebenenfalls in erheblichem Umfang wieder Leistungen vom Land Berlin nicht finanziert bekommt, weil sie tatsächlich nicht da sind, sich wegen dieses drohenden Einhalts von finanziellen Ausgleichungen für die Fahrleistungen bemüht und sich anstrengt. Ich gebe zu, dass sich die S-Bahn bemüht, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Mühe allein nicht genügt.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Noch ein Hinweis, auch an die Neuen im Plenum: Wenn Sie das Mikrofon ein bisschen näher heranziehen, dann sind Sie besser zu verstehen. – Für eine weitere Nachfrage hat sich Frau Matuschek gemeldet. Sie hat dann auch das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Jutta Matuschek (LINKE):

Vielen Dank! – Frau Senatorin! Nun waren ja manche Ursachen für die Schlechtleistung der S-Bahn nicht bei der S-Bahn Berlin GmbH zu suchen, sondern beim Konzern DB AG, insbesondere bei Netz-, Signal- oder Sicherungstechnik. Welche Signale haben Sie von diesen Ebenen aus dem DB Konzern, dass im Winter alle Weichen geheizt und gepflegt werden, dass dann auch entsprechendes Personal zur Pflege oder zum Freischaufeln von Weichen und Sicherungstechnik vorhanden ist? Welche Signale gibt es dort von den entsprechenden Ansprechpartnern aus dem DB-Konzern?

[Uwe Doering (LINKE): Vor allen Dingen, dass kein Strom ausfällt!]

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Frau Abgeordnete Matuschek! Zu dem Thema Betrieb, also Infrastruktur, insbesondere zu dem Thema Weichen, das Sie ansprechen, hat uns die Deutsche Bahn informiert, dass sie erstens einen umfangreicheren Personaleinsatz vorsieht und dass sie zweitens vor allen Dingen die Organisation und die Kommunikation bei diesem Personaleinsatz – daran hat es zu Beginn des letzten Dezember ganz erheblich gehapert – verbessern wird. Sie hat drittens zugesichert, dass sie die Weichenheizungen nicht nur instand setzen, sondern deren Technik verbessern will. Das sind drei wesentliche Elemente, die sich auf den Betrieb der Infrastruktur beziehen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Wir kommen zu Frage 4. Regina Kittler von der Fraktion Die Linke hat das Wort zum Thema

„Schultrojaner“ an Berliner Schulen

Regina Kittler (LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Position vertritt der Berliner Senat zum Einsatz von Überwachungssoftware – „Schultrojaner“ bzw. „Plagiatsoftware“ – an Berliner Schulen, und wie hat er diese in den zwischen den Bundesländern einerseits und der Verwertungsgesellschaft WORT,

der Verwertungsgesellschaft Musikedition und dem Verband der Schulbuchverlage Bildungsmedien andererseits im Dezember 2010 abgeschlossenen „Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 UrhG“ eingebracht?

2. Auf welcher rechtlichen Grundlage handeln der Senat bzw. die Schulträger, wenn Überwachungssoftware an Berliner Schulen eingesetzt werden würde?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es antwortet wieder Prof. Zöllner – bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der seit 2004 bestehende Gesamtvertrag zu § 53 Urhebergesetz lief zum 31. Dezember 2010 aus. Das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde gebeten, einen neuen Gesamtvertrag auszuhandeln. Dieser neue Vertrag wurde am 21. Dezember 2010 unterzeichnet, in der Amtschefkonferenz der Kultusministerkonferenz am 10. Februar 2011 einstimmig gebilligt und nach einstimmigem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 31. März 2011 rechtskräftig. In diesem Rahmen hat auch das Land Berlin seine Zustimmung zum Gesamtvertrag gegeben.

Klar ist, dass es beim Einsatz dieser Software nicht um eine Überwachung von Lehrkräften, sondern um den Schutz von Schulen vor Raubkopien geht. Natürlich dürfen Schulen nicht mit einer solchen Software ausspioniert werden. Gleichwohl muss geistiges Eigentum geschützt werden. Und darum geht es im Urheberrecht. Im Land Berlin wird eine „Plagiatsoftware“ erst dann zur Anwendung kommen, wenn vorab sichergestellt ist, dass durch diese Software die Persönlichkeitsrechte der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler nicht berührt werden.

Zur Frage 2: Die rechtliche Grundlage ergibt sich aus der vertraglichen Vereinbarung zwischen der Kultusministerkonferenz und den Verwertungsgesellschaften.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Gibt es eine Nachfrage der Fragestellerin? – Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Mutlu das Wort.

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Herr Senator! Meine Frage, weil Sie von Plagiatsoftware sprechen und nicht das Kind beim Namen nennen, nämlich Schultrojaner: Wie wollen Sie denn als Berliner Verwaltung mit Ihrem Personal sicherstellen, dass der

(Özcan Mutlu)

Missbrauch dieses Schultrojaners unterbleibt und dass Lehrerinnen und Lehrer, genauso Schülerinnen und Schüler, in der Tat nicht ausspioniert werden?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Prof. Zöllner, bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Mutlu! Sie können nicht die Sache von den Füßen auf den Kopf stellen. Die korrekte Bezeichnung ist Plagiatsoftware, weil das andere, wenn es überhaupt einen Sinn macht und wenn man in die Interpretation dessen geht, was man ausspricht, unterstellt, dass ein geheimer, dem Betreffenden nicht bekannter Mechanismus dem zugrunde liegt, um etwas auszuspionieren, von dem der Andere nicht weiß, dass es aufgespürt wird o. Ä. Hier handelt es sich, wenn überhaupt, nur um eine bekannte, jedem der Betroffenen bewusste Situation, dass eine Software, die auch in ihren Möglichkeiten vorher geprüft worden ist, dann z. B. auf dem Schulrechner und nicht auf persönlichen Rechnern der Betroffenen läuft. Deswegen halte ich es, nach dieser langen Vorrede auf den Punkt bringend, für unverantwortlich, dass Politiker, die dieses wissen und genau wissen, dass ein Einsatz erst dann zustande kommen wird, wenn es mit den entsprechenden Datenschutzbeauftragten und Experten gegengecheckt ist, den Eindruck zu erwecken, dieses wäre ein solches Instrumentarium, das diese Möglichkeiten, die Sie durch das Wortspiel mit dem Trojaner suggerieren, ermöglicht.

Und dann brauche ich gar kein Personal, weil eine solche Software, wenn sie erstellt sein wird, zum Einsatz kommt, die alle diese Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet und nicht Einzelentscheidungen von Personen voraussetzt.

[Gelächter bei den Grünen –
Özcan Mutlu (GRÜNE): Das glauben Sie
doch selber nicht! –

Martin Delius (PIRATEN): Eierlegende Wollmilchsau!]

Präsident Ralf Wieland:

Für die zweite Nachfrage bekommt der Kollege Lauer das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Herr Zöllner! Laut § 6 Abs. 6 des Gesamtvertrags zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 Urheberrechtsgesetz benennen die Länder gegenüber den Rechteinhabern bis zum 1. März 2011 einen

zentralen Ansprechpartner, welcher bei Meldungen von Urheberrechtsverletzungen durch die Rechteinhaber im Rahmen der Schulaufsicht be-

rechtigt ist, den Sachverhalt an den Schulen zeitnah aufzuklären, und im Falle von Rechtsverletzungen für Abhilfe sorgt.

Wer ist denn dieser Ansprechpartner beim Land Berlin oder für die Länder?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Senator Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich kenne ihn nicht, und das ist gut so, weil wir ja noch Gelegenheit haben werden, in der Aussprache zur Großen Anfrage diese Gesamtproblematik dann hoffentlich etwas ausführlicher und nicht punktuell aus dem Zusammenhang herausgerissen zu erläutern. Wir werden den Prozess erst dann einleiten, wenn die Software entwickelt ist.

[Gelächter bei den PIRATEN]

Dann werden wir letzten Endes auch entscheiden, wie die Umsetzung mit welchen Personen und Stellen erfolgt. Das muss eins nach dem anderen geschehen, um genau das zu gewährleisten, von dem ich unterstelle, dass es auch Ihre Intention ist: dass kein Missbrauch erfolgen kann.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! Dann ist die Frage beantwortet.

Wir kommen zu Frage 5. Das Wort hat Herr Lauer von den Piraten zur

Schülerdatenbank

– Bitte schön, Herr Kollege!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Vielen lieben Dank! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Wie viele Schüler sind in der Schülerdatenbank –

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Gar keine!]

– Wie bitte? Gar keine? Ich lasse mich leicht irritieren. Es geht schneller, wenn ich die Frage vorlese. – des Landes Berlin gespeichert, und wann hat der Senat vor, diese Datenbank wieder abzuschaffen?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der automatisierten Schülerdatei sind im Schuljahr 2011/2012 die

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

Daten von insgesamt 368 269 Schülerinnen und Schülern gespeichert. Davon entfallen auf die allgemeinbildenden Schulen 290 955 Schülerinnen und Schüler, mit Stand vom 2. September 2011, und auf die beruflichen Schulen 27 314, Stand 17. Oktober 2011. – Eine Abschaffung ist nicht vorgesehen, weil ich davon ausgehe, dass selbst die Piraten an einer optimalen Einrichtung eines Schuljahres Interesse haben.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Und wenn nicht?]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Wünschen Sie eine Nachfrage? – Bitte schön!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Herr Zöllner! Könnten Sie kurz die technischen und organisatorischen Maßnahmen abreißen, die das Land Berlin trifft, damit diese Datensätze nicht abhanden kommen, z. B. auf einem USB-Stick?

[Beifall bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich könnte jetzt sagen, dass ich dazu in der Lage bin, dass ich dazu aber ungefähr wahrscheinlich in der gesamten Komplexität der Situation anderthalb Stunden brauche. Ich bin aber ehrlich genug zu sagen, dass ich dieses nicht auswendig weiß. Ich weiß nur, dass in dem sehr sorgfältigen Prozess der Einrichtung und der Vorgaben für den Betrieb dieser Datenbank mit den entsprechenden Experten, Datenschutzbeauftragten u. Ä. alle Vorkehrungen getroffen worden sind, dass ein Missbrauch nicht möglich ist.

[Zuruf von Dr. Klaus Lederer (LINKE)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Eine weitere Nachfrage hat der Kollege Mutlu.

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Herr Senator! Meine Frage auch hinsichtlich der Schülerdatei, die wurde ja von Rot-Rot mit ganz großem Tamtam angekündigt und im vierten oder fünften Jahr der Verschiebung jetzt scheinbar eingeführt, meine Frage: Ist denn jetzt diese Schülerdatei vollumfänglich im Einsatz? Und wenn ja, was hat diese Schülerdatei überhaupt für die Schulen, was Personalplanung angeht, aber auch alle

anderen organisatorischen Dinge, die damit zusammenhängen, im Positiven gebracht?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Bei einer Situation, wo das Ganze ein Prozess ist, ist die Definition des Vollumfänglichen eine schwierige Frage. Es ist ein Prozess, in dem als Erstes es eben um die Grunddaten zur Einrichtung eines Schuljahres geht. Dieses ist in der Parallelität zu der normalen Einrichtung eines Schuljahres jetzt schon mit den Daten aus der Schülerdatenbank gegengecheckt worden, weil man ja sehen muss, wo möglicherweise Abweichungen und Fehler auftreten. Die weitere Implementierung zum Nutzen der Schulen, dass die letzten Endes keine Doppelarbeit machen, erfolgt jetzt schrittweise für die verschiedenen Anwendungsgebiete, sowohl in Bezug auf Schülerinnen und Schüler als auch in Richtung dessen, dass ja erweitert werden soll, in Bezug auf das vorhandene Lehrpersonal an den Schulen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zur Mündlichen Anfrage Nr. 6, der Frage des Kollegen Daniel Buchholz von der SPD-Fraktion über

**Neuer Glücksspielstaatsvertrag:
Ist 15+1 jetzt nicht mehr 16?**

– Herr Buchholz, bitte schön!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Ergebnisse gab es bei der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten zu einem neuen Glücksspielstaatsvertrag, und welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Senat?
2. Wie bewertet der Senat den Vertragsentwurf bezüglich seiner EU-Konformität und der Eindämmung der Glücksspielsucht?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben das Wort!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Buchholz! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Frage 1: 15 Regierungschefinnen und -chefs haben auf ihrer Jahreskonferenz Ende Oktober in Lübeck weiter den Weg beschritten, einen neuen Glücksspielstaatsvertrag – in Klammern: Glücksspieländerungsstaatsvertrag – unter Dach und Fach zu bringen. Es wurde in Aussicht genommen, den Vertrag auf der Ministerpräsidentenkonferenz Mitte Dezember zu unterzeichnen, sodass er dann zum 1. Juli 2012 in Kraft treten könnte. Schleswig-Holstein hat sich vor dem Hintergrund eines eigenen Landesgesetzes, das am 1. Januar 2012 in Kraft treten wird, zum Beschluss enthalten.

Bei der Behandlung der noch offenen politischen Fragen kam es auf der Jahresministerpräsidentenkonferenz dann zu folgender Verständigung: 1. Festlegung der Konzessionsabgabe für Sportwetten auf 5 Prozent des Wetteinsatzes, 2. Begrenzung der Anzahl der Sportwettenkonzessionen auf 20, 3. Abschluss des Staatsvertrags auch ohne Schleswig-Holstein, aber Aufnahme einer Klausel, um dem Land den Beitritt zu ermöglichen.

Bei Sportwetten soll im Rahmen einer Experimentierphase eine teilweise Marktöffnung erprobt werden. Bereits auf der Sonder-MPK im April hatten sich die 15 Länder darauf verständigt, im Rahmen einer auf sieben Jahre angelegten Experimentierklausel den Sportwettenmarkt für Private zu öffnen, das staatliche Lotteriemonopol aber aufrechtzuerhalten.

Die Ministerpräsidenten von Hessen und Niedersachsen haben ihre Zustimmung zum oben skizzierten MPK-Beschluss unter den Vorbehalt gestellt, dass die Aufnahme einer Öffnungsklausel in den Vertrag geprüft wird, die an der Aufrechterhaltung des Verbots von Kasinospielen im Internet rüttelt. Mittels einer solchen Klausel soll den Ländern, die dies wollen, zugestanden werden, staatlich konzessionierten Spielbanken die Übertragung realer Kasinospiele im Online-Verfahren zu ermöglichen. Diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Auf die 5-prozentige Höhe der Konzessionsabgabe soll auch der Steuersatz für Sport- und Pferdewetten, der derzeit bei 16⅓ Prozent liegt, abgesenkt werden. Wesentliche Steuerausfälle für Berlin sind hierdurch jedoch nicht zu erwarten, da während der Experimentierphase durch die Zulassung privater Sportwettenanbieter mit zusätzlichen Steuereinnahmen zu rechnen ist.

Zur Frage 2: Bei der Erarbeitung des Staatsvertragsentwurfs hat man sich intensiv auch mit den Anforderungen auseinandergesetzt, die das europäische Recht an die Regelungsinhalte stellt. Berücksichtigt worden sind insofern nicht nur die einschlägige Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und deutscher Gerichte, sondern auch die Stellungnahme, die die Europäische

Kommission im Juli zu dem notifizierten Staatsvertragsentwurf abgegeben hat.

Bestandteil der vom Senat geplanten Vorlage – zur Kenntnisnahme – an das Abgeordnetenhaus werden neben dem Entwurf des Staatsvertrags auch die Erläuterungen zu diesem sein, denen Einzelheiten zur Erfüllung der europarechtlichen Anforderungen zu entnehmen sind. Der Senat hat derzeit keinen Anlass, an der EU-Konformität der beabsichtigten Regelungen zu zweifeln.

Der Gerichtshof der Europäischen Union und die obersten deutschen Gerichte fordern übereinstimmend ein kohärentes System im Bereich des Glücksspiels unabhängig davon, ob als Monopol oder über Konzessionszulassung. Dementsprechend ist nun vor allem die Bundesregierung gefordert, Rechtsänderungen auf den Weg zu bringen. Einer dringenden Überarbeitung bedarf insbesondere die Spielverordnung, um negative Auswirkungen der 2006 in Kraft getretenen Novelle wieder einzufangen.

Die Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht ist ein Kernziel des Staatsvertrags. Die Regelungen, wie sie im vorliegenden Staatsvertragsentwurf vorgesehen sind, sind geeignet, einen essenziellen Beitrag zur Eindämmung der Spielsucht zu leisten. Es wäre zu begrüßen, wenn dies auch in Schleswig-Holstein erkannt und der dortige Alleingang beendet werden würde.

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Regierender Bürgermeister! – Gibt es eine Nachfrage des Fragestellers? – Ja, bitte schön, Herr Buchholz, dann haben Sie das Wort!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Herr Regierender Bürgermeister! Sie haben eben das Bundesland Schleswig-Holstein angesprochen. Sind Sie denn mit mir der Meinung, dass das eigentlich ein hochskandalöses Verhalten ist, dass ein deutsches Bundesland sich weigert, einen Staatsvertrag zu unterschreiben, und offensichtlich zwischen Nord- und Ostsee ein Spielerparadies à la Las Vegas schaffen will und damit auch sämtliche Gesetzgebung und sämtliche Maßnahmen zur Eindämmung von Glücksspiel und von Glücksspielsucht unterminiert?

[Beifall]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Das Verhalten von Schleswig-Holstein hat nicht nur bei mir, sondern auch bei anderen Kollegen mehrmals erhebliches Kopfschütteln verursacht. Auf der anderen Seite müssen wir zur Kenntnis nehmen: In einem föderalen Staat hat dann wiederum ein einzelnes Land diese Möglichkeit und diese Rechte. Die Konsequenzen müssen dann alle tragen.

Ich muss auch ehrlich zugestehen, dass die Inflation von Konzessionen im Laufe des Prozesses – jetzt mittlerweile bei 20 – aus meiner Sicht keine gute Lösung darstellt. Es war aber bis zum Schluss unsere Position eben nicht mehr zu halten. Wir hatten eine deutlich geringere Zahl unter zehn uns vorstellen können, hatten auch Unterstützung bei anderen Ländern, aber zum Schluss, wie das bei solchen Staatsverträgen dann immer so ist, waren wir dann ziemlich allein auf weiter Flur. Insofern ist jetzt die Zahl 20 dort reingekommen. 20 ist natürlich anfällig für Klageverfahren, wenn es dann nachher zur konkreten Konzessionsvergabe kommt.

Wir wissen alle, dass die gesamte Materie durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die europäische Rechtslage hochkomplex ist. Die Frage steht, wie lange dieses Monopol gehalten werden kann. Da sind Handlungsspielräumen enge Grenzen gesetzt. Insofern haben wir jetzt mit den Regelungen, die getroffen worden sind, einen Kompromiss gefunden, der hoffentlich dann auch trägt und das Ziel erreicht, das wir haben, einerseits die Bekämpfung der Spielsucht und andererseits auch das Monopol zu erhalten.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für eine zweite Nachfrage bekommt der Kollege Lauer das Wort. – Bitte schön!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Vielen Dank! – Vielleicht, Herr Wowereit, könnten Sie erklären, inwieweit dieses Vertragswerk im Moment das Sperren von Glücksspielwebseiten oder Webseiten generell vorsieht.

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Die beabsichtigte Regelung diesbezüglich ist nicht in den Staatsvertragsentwurf aufgenommen worden.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zur Mündlichen Anfrage Nr. 7 und Frau Cornelia Seibeld von der CDU-Fraktion mit der Frage zum

Baufortschritt in der JVA Heidering

– Bitte schön, Frau Kollegin!

Cornelia Seibeld (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie weit ist der Bau der JVA Heidering in Großbeeren vorangeschritten?
2. Rechnet der Senat noch mit Verzögerungen, oder wird die JVA Heidering nach derzeitigem Stand Ende 2012 ihren Betrieb aufnehmen können?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Frau Senatorin Junge-Reyer – bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer

(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Seibeld! Die Rohbauarbeiten der Justizvollzugsanstalt Heidering sind weitestgehend abgeschlossen. Im Augenblick wird mit dem Innenausbau begonnen. Es hatte zwischenzeitlich Verzögerungen gegeben, und zwar deshalb, weil einem Auftragnehmer wegen einer Schlechtleistung oder Nichtleistung gekündigt werden musste. Und es hat einen erheblichen Trockenlegungsaufwand nach den überdurchschnittlich starken Regenfällen gegeben. Diese zeitlichen Verzögerungen in einer Größenordnung von sechs Wochen werden aber voraussichtlich vollständig wieder aufgeholt. Dies geschieht dadurch, dass im Winter Trockenlegungsarbeiten und Beheizungen auf der Baustelle vorgenommen werden und somit im Rahmen einer Winterbaustelle durch den höheren Aufwand, der betrieben wird, die Aufholarbeit ermöglicht wird.

Wir gehen nach dem derzeitigen Planungs- und Erkenntnisstand davon aus, dass die Baumaßnahme bis Ende 2012 fertiggestellt ist. Danach wird ein dreimonatiger Probetrieb stattfinden, und dann wird mit dem normalen Betrieb begonnen werden können.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Eine Nachfrage, Frau Kollegin? – Das ist nicht der Fall. Dann ist als nächstes der Kollege Kohlmeier an der Reihe. – Bitte schön!

Sven Kohlmeier (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Senatorin! Können Sie mir mitteilen, ob die Bauarbeiten derzeit im Kostenplan liegen?

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Wir werden wegen des zusätzlichen Aufwands nicht auf die Mittel für das Unvorhergesehene zurückgreifen müssen und liegen durch diese Verzögerungen, die ich Ihnen gerade geschildert habe, nicht bei einem höheren Kostenaufwand. Gegebenenfalls entsteht für die zusätzliche Beheizung ein geringer zusätzlicher Aufwand, der jedoch die Gesamtkosten nicht tatsächlich erhöht.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Die nächste Nachfrage kommt von dem Kollegen Behrendt von Bündnis 90/Die Grünen.

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident! – Ich war gestern auf der Baustelle. Das war interessant. Meine Frage: Frau Senatorin! Wäre es zum jetzigen Zeitpunkt und bei dem jetzigen Baustand noch möglich, die Anstalt kleiner zu bauen? – Es sind 650 Plätze vorgesehen, die wir nicht brauchen. Könnte man noch umplanen auf beispielsweise 350 Plätze?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer
(Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Rohbau ist fertig. Wir beginnen mit dem Innenausbau. Ich warne Sie vor zusätzlichen Kosten für den Fall, dass Sie hier noch mal etwas verändern sollten. Das ist nach meiner Einschätzung nicht möglich.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zur Mündlichen Frage des Kollegen Lux:

Auf wessen Konto gehen die Autobrandstiftungen?

– Bitte schön, Herr Kollege!

Benedikt Lux (GRÜNE):

Danke schön, Herr Präsident! – Ich frage den Senat – und wenn es das letzte Mal ist, dass Herr Dr. Körting eine Anfrage von mir beantworten darf, verbinde ich dies mit meiner persönlichen Anerkennung seiner Leistungen:

1. Wie viele brennende Autos konnten bislang wie vielen Tatverdächtigen zugeordnet werden, und wie viele dieser Tatverdächtigen konnten bestimmten Gruppierungen zugerechnet werden?
2. Wie viel kostet der Einsatz der Bundespolizei im Rahmen der Brandstreifen das Land Berlin?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Senator Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lux! Bei den Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen haben wir in diesem Jahr insgesamt 32 Tatverdächtige festgestellt. Nicht bei allen Tatverdächtigen hat sich der Tatverdacht bestätigt. Bei etlichen hat sich ergeben, dass der Tatverdacht nicht zu halten war. Bei einigen hat es keine näheren Erkenntnisse zur Erhärtung des Tatverdachts gegeben, und bei einigen hat es dann eine Bestätigung des Tatverdachts gegeben. Wir haben inzwischen zwei Verurteilungen in diesem Jahr – einmal zu 20 Monaten und einmal zu 22 Monaten. Wir haben einen Tatverdächtigen, der die Beschädigung von über 100 Fahrzeugen zugegeben hat.

Wir haben bei den Tatverdächtigen keine stringenten Hinweise auf politische Gruppierungen, die hinter den Tatverdächtigen stehen. Wir haben für dieses Jahr immer gesagt, dass sich die Motivation bei den Brandstiftungen offensichtlich verändert hat. Während wir im Jahr 2009 noch davon ausgegangen sind, dass in erheblichem Umfang linksextremistische Aufrufe oder Täter mit dazu beigetragen haben, dass es derartige Brandstiftungen gegeben hat, haben wir für dieses Jahr von Anfang an darauf hingewiesen, dass wir das nicht mehr in dem Umfang sehen, sondern wir haben anfangs ungefähr eine Gleichgewichtigkeit zwischen politisch motivierten Taten und nicht politisch motivierten Taten gesehen.

Wir haben nach der Festnahme des einen Täters mit über 100 beschädigten Fahrzeugen, die ich Ihnen genannt habe, diese Einschätzung sogar noch einmal korrigiert, weil von den Fahrzeugen, die von diesem Täter beschädigt wurden, nach Einschätzung des Landeskriminalamts – das ist immer nur eine grobe Einschätzung: Solange der Täter nicht bekannt ist und es kein Bekennen zu der Tat gibt, können sie nur anhand des Fahrzeugs und bestimmter Umstände folgern, ob es eine politische Motivation

(Senator Dr. Ehrhart Körting)

gibt oder nicht – zunächst die Hälfte der angezündeten Fahrzeuge als politisch motivierte Taten angenommen worden sind. Das heißt, wir haben inzwischen die Einschätzung hinsichtlich der Zahl der politisch motivierten Autobrandstiftungen noch mal reduziert.

Wir gehen inzwischen davon aus, dass bei 119 direkt angegriffenen Fahrzeugen von einer politisch motivierten und bei 374 nicht von einer politischen Tat auszugehen ist. Das heißt, die Zahl der politisch motivierten Taten wird inzwischen vom Landeskriminalamt nur noch mit ungefähr einem Viertel eingeschätzt. Der Rest geht auf das Konto von Gelegenheitstätern sowie – es ist zwar kein Spaß, ich sage es dennoch so – Späbtätern – in Häkchen – oder aber Mutproben oder aber Versicherungs betrügern.

Die Zahl der Taten hat sich erfreulicherweise in den letzten Wochen deutlich verringert. Befriedigend ist das Ergebnis aber noch lange nicht. Wir haben nach wie vor jeden zweiten Tag derartige Taten.

Wir haben seinerzeit, als wir eine regelrechte Welle von Taten hatten, die Bundespolizei zur Hilfe genommen. Wir haben keine Abrechnung für die Bundespolizei. Deshalb kann ich Ihre Fragestellung nach den Kosten nur mit ungefähren Daten beantworten. Eine Dienstkraft, die zu uns kommt, wird ungefähr 120 Euro pro Tag kosten. Dabei sind die Kosten für die Unterbringung noch nicht enthalten. Wir haben in der Zeit vom 25. August bis 17. Oktober 2011 täglich durchschnittlich etwa 360 Kräfte der Bundespolizei eingesetzt und diese um 120, 140 oder 160 Kräfte aus Berlin ergänzt. Der Einsatz der Bundespolizei wird voraussichtlich mit einer Summe um 280 000 Euro pro Woche zu bezahlen sein. Wenn weniger Kräfte im Einsatz sind – in der Woche bis zum 6. November hatten wir nur noch Fahndungskräfte der Bundespolizei eingesetzt –, reduziert sich der Aufwand erheblich.

Zu den Fahndungskräften: Die Polizei ist sehr schnell dazu übergegangen, außer in bestimmten Bereichen, in denen man den Verdacht hatte, dass es Brandstiftungen geben könnte, nicht zu versuchen, flächendeckend über 10 000 Straßen Berlins zu beobachten – wie jeder leicht nachvollziehen kann, ist das auch mit 500 Kräften nicht möglich –, sondern wir haben uns darauf verständigt, bestimmte Örtlichkeiten, bestimmte Personen im Blick zu haben. Das war bei dem einen gefassten Täter erfolgreich.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Senator! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Lux. – Bitte schön!

Benedikt Lux (GRÜNE):

Herr Senator! Sind Sie optimistisch, dass Ihr Nachfolger im Amt – wer auch immer dies sein wird – sich an Ihre sachliche und nüchterne Analyse halten wird oder aber dann – unter dem Stichwort: Berlin, Hauptstadt des linken Terrors – fast alle Autoinbrandsetzungen einer bestimmten linksextremen Szene zugeschrieben werden?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator – bitte schön!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Kollege Lux! Ich glaube, an der Realität kommt niemand vorbei. Wir haben dieses Thema ja im Wahlkampf gehabt. Ich habe versucht darzustellen, dass es sich um kein besonders geeignetes Wahlkampfthema handelt, weil wir nicht bei jedem Kriminalitätsphänomen einen Wahlkampf machen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass jeder Koalitionspartner der SPD das genauso sehen wird.

[Gelächter bei Benedikt Lux (GRÜNE) und bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zur Frage Nr. 9 vom Kollegen Hakan Tas von der Linken zum Thema

Flughafenverfahren in Berlin-Schönefeld

– Bitte schön!

Hakan Tas (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Wann, von wem und wie ist entschieden worden, am künftigen Großflughafen Berlin-Brandenburg einen Gewahrsam zur Durchführung des Flughafenverfahrens für Asylsuchende zu errichten?
2. Welche Position hat der Senat zu der geplanten Einrichtung, und wie und mit welchem Erfolg hat er diese Position in den Entscheidungsprozess einfließen lassen?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es antwortet der Regierende Bürgermeister. – Bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss vorwegschicken, dass das von der Senatskanzlei angefragte Bundesministerium des Innern in einer Stellungnahme darauf hingewiesen hat, dass die Frage nach dem Flughafenverfahren nicht Teil des parlamentarischen Kontrollrechts eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses ist, da sie nicht in den Verantwortungsbereich der Berliner Landesregierung fällt. Hier liegt die alleinige Zuständigkeit beim Bund und bei Brandenburg. Dementsprechend haben wir uns schweigend, nicht nur auf Ihre, sondern auch auf die Fragen der Kollegin Bayram zufriedenstellende Antworten zu geben.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Das hat mit dem Flughafenchef zu tun!]

– Nein, das hat mit dem Flughafenchef nichts zu tun, sondern geht –

[Benedikt Lux (GRÜNE): Aber klar!]

– Ich will ja nicht nur diese Antwort geben, sondern auch weitere!

[Martin Delius (PIRATEN): Aber politisch!]

– Auch politisch werden wir darüber nicht diskutieren, wenn es in der Zuständigkeit des Bundes und des Landes Brandenburg liegt.

Die Frage nach dem sogenannten Flughafenverfahren für Asylsuchende gemäß § 18a des Asylverfahrensgesetzes am künftigen Flughafen Berlin-Brandenburg betrifft den Zuständigkeitsbereich des Bundes und des Landes Brandenburg. Eine Beteiligung des Landes Berlin am Entscheidungsprozess zur Durchführung dieses Verfahrens hat es nicht gegeben. Bereits in den Antworten zu den Kleinen Anfragen Nr. 16/15761 bis 16/15764 der Abgeordneten Bayram habe ich aber erläutert, dass die im Flughafenbereich vorgesehene Einrichtung zur Unterbringung von Asylsuchenden nach Kenntnis des Senats Teil eines Gesamtkonzepts des Bundes zur Durchführung von Flughafenasylverfahren ist. Die Flughafengesellschaft als Betreiber des Flughafens ist insofern nach § 65 Aufenthaltsgesetz gesetzlich verpflichtet, auf dem Flughafengelände bis zum Vollzug der grenzpolizeilichen Entscheidungen über die Einreise geeignete Unterkünfte bereitzustellen. Anzumerken ist ferner, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Begrenzung des Aufenthalts von Asylsuchenden während des Verfahrens nach § 18a Asylverfahrensgesetz und auch die für ihre Unterbringung vorgesehenen Räumlichkeiten im Transitbereich eines Flughafens keine Freiheitsentziehung oder Freiheitsbeschränkung im Sinn von Artikel 2 Abs. 2 Satz 2 und Artikel 104 Abs. 1 und 2 Grundgesetz darstellen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Eine Nachfrage des Kollegen Tas. – Bitte schön!

Hakan Tas (LINKE):

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Teilt der Senat die Kritik von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, nach der beim Flughafenverfahren Asylgründe nicht ausreichend geprüft werden können und eine angemessene Behandlung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge nicht möglich ist?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Diese Kritik können wir nicht teilen, weil wir davon ausgehen, dass die entsprechenden Verantwortlichen des Bundes und gegebenenfalls auch des Landes Brandenburg nach den Gesetzen handeln und ihre Maßnahmen vollziehen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zu Frage Nr. 10, einer Frage des Abgeordneten Alexander Spies von der Piratenfraktion zum Thema

Stand der Planung für die Umwandlung der Berliner Schulen in Inklusionsschulen

– Bitte schön!

Alexander Spies (PIRATEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage den Senat:

1. Sind ausreichende Mittel im Haushalt eingeplant, um notwendiges Fachpersonal, Schulungen der Lehrkräfte und bauliche Veränderungen zu finanzieren?
2. Wird es bei bereits bestehenden Inklusionsschulen wie der Fläming-Grundschule in Berlin-Friedenau zu Mittelkürzungen kommen? Falls ja, ab wann und in welcher Höhe werden diese Kürzungen wirksam?

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Senator Zöllner, Sie haben das Wort, bitte!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Ihre erste Frage antworte ich wie folgt: Das vorliegende Gesamtkonzept inklusive Schulen, Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behin-

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

derungen Drucksache 16/3822, wurde am 25. Januar 2011 vom Senat beschlossen und ist dem Abgeordnetenhaus zugeleitet worden. Es enthält ausführliche Berechnungen zum Bedarf im Zuge der Umsteuerung hin zur inklusiven Schule, insbesondere zum künftigen Bedarf an Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern einschließlich der Qualifizierung des Personals. Das Gesamtkonzept Inklusive Schule ist mit den beteiligten Verwaltungen abgestimmt worden, sodass eine entsprechende Finanzierung nach einer Entscheidung, ob und wie es im Detail umgesetzt wird, gewährleistet sein wird. Einen gesonderten finanziellen Ansatz für die bauliche Herrichtung und Qualifizierung von Schulstandorten für Belange der Inklusion gibt es nicht. Sofern an Schulgebäuden bzw. Schulstandorten investive Maßnahmen erforderlich sein sollten, werden gemäß der Bauordnung für Berlin alle in die Baumaßnahme einbezogenen Geschosse barrierefrei erschlossen. Darüber hinaus werden Behinderten-WCs in der erforderlichen Anzahl eingebaut.

Zur zweiten Frage: Die Fläming-Grundschule ist ohne Zweifel eine Wegbereiterin des integrativen Unterrichts. Sie gehört aber nicht zu den Schulen, die an dem Schulversuch Inklusive Schulen teilnehmen. Für den Ruf der Schule als Integrationsschule ist vor allem der sogenannte Flämingzug maßgebend. Ich habe bei meinem Besuch am 7. September 2011 bereits erklärt, dass die Ausstattung des Flämingzuges bestehen bleibt. Die Ausstattung der Regelzüge erfolgt – wie an allen Schulen – auch an der Fläming-Schule nach den geltenden Zumessungsrichtlinien für den sonderpädagogischen Förderbedarf. Zu Mittelekürzungen ist es an der Fläming-Schule nicht gekommen. Im Übrigen hat mein Besuch an der Schule zu klaren Absprachen – ich betone: im Konsens mit der Schulleiterin und den Elternvertretern – geführt, auf deren Grundlage die Fortführung der bisherigen guten pädagogischen Arbeit der Fläming-Schule ohne Einschränkungen möglich ist. Diese Arbeit wird auch in der Zukunft unter der Maßgabe der Vergleichbarkeit der personellen Ausstattung mit anderen Schulen unterstützt werden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Spies?

[Alexander Spies (PIRATEN): Nein!]

Präsident Ralf Wieland:

Dann hat Herr Mutlu das Wort! – Bitte!

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Herr Senator! Wie bewerten Sie den Umstand, dass nach den bisherigen, öffentlich gewordenen Verhandlungen zweier Koalitionsparteien, welche die Regierung in Berlin bilden wollen, das Thema Inklusion überhaupt keine Rolle gespielt hat? Sehen Sie darin eine Gefahr bei der

Umsetzung des Konzepts, das in der vergangenen Legislatur in diesem Haus ausführlich diskutiert worden ist?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich bin weder berechtigt, noch habe ich das geringste Interesse, hier zu diesem Zeitpunkt mit Ihnen irgendetwas aus den Koalitionsverhandlungen zu diskutieren.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Sie können das ja bewerten!]

Ich habe zweitens das Gefühl, das alle relevanten Themen, die in der Schule eine Rolle spielen, mit einem großen Maß an Verantwortung debattiert und behandelt worden sind. Das wird zu einem guten Ergebnis führen, der Koalitionsvertrag muss ja erst noch endgültig formuliert und beschlossen werden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Damit ist die Fragestunde beendet. Die heute nicht beantworteten Anfragen werden mit einer von der Geschäftsordnung abweichenden Beantwortungsfrist von bis zu drei Wochen schriftlich beantwortet.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2:

Spontane Fragestunde

gemäß § 51 Abs. 7 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin

Zuerst erfolgen die Wortmeldungen nach der Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Für die SPD-Fraktion beginnt Kollege Oberg. – Bitte schön!

Lars Oberg (SPD):

Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an den Innensenator. – Herr Innensenator Körting! Welche Erkenntnisse über den erneuten Anschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Falken in Neukölln liegen Ihnen vor?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Oberg! Ich glaube, wir alle sind uns einig in der Verurteilung dieses erneuten Brandanschlages auf ein Kinder- und Jugendzentrum.

(Senator Dr. Ehrhart Körting)

[Allgemeiner Beifall]

Wir haben am Mittwoch gegen 7.20 Uhr, und zwar durch Bauarbeiter, die dort auf dem Gelände beschäftigt waren, aber auch durch Arbeiter in der Nähe eines Bauvorhabens bei der BVG, einen Brand festgestellt. Es ist dann sehr schnell zum Einsatz der Feuerwehr und zu einer Löschung des Brandes gekommen. Sie alle wissen, dass dieses Gebäude, das dem Bezirksamt Neukölln gehört und das der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ überlassen wird – für das sogenannte Anton-Schmaus-Haus –, schon im Juni Gegenstand eines Brandanschlages war.

Es hat dann eine Untersuchung gegeben, die vom Landeskriminalamt und von den entsprechenden Verantwortlichen noch nicht abgeschlossen worden ist. Sie hat im Ergebnis gezeigt, dass es zwei Brandherde an Fenstern im Erdgeschoss und zwei Brandherde im Oberbereich am Laubengang gegeben hat. Es gibt zu dem Verursacher oder der Verursacherin oder den Verursachern des Brandes bisher keine Hinweise. Beim ersten Brand im Juni diesen Jahres gab es ein Zusammentreffen mit weiteren vier Brandanschlägen auf sogenannte linke Einrichtungen – offensichtlich als Antwort rechtsextremistischer Kreise auf Auseinandersetzungen mit linksextremistischen Kreisen. Wir haben deshalb damals im Juni gefolgert, dass das einen rechtsextremistischen Hintergrund hat. Der ist aber bis heute auch noch nicht erhärtet. Insofern kann man auch für die jetzige Brandstiftung nur Vermutungen über einen möglichen Hintergrund anstellen. Erkenntnisse liegen dem Landeskriminalamt noch nicht vor.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Eine Nachfrage – bitte schön!

Lars Oberg (SPD):

Vielen Dank! – Herr Senator! Gibt es Überlegungen, gemeinsam mit dem Bezirksamt und gegebenenfalls auch den Falken dafür Sorge zu tragen, dass diese Liegenschaft in Zukunft besser gesichert wird?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Kollege Oberg! Ich werde sowohl mit der Polizei wie auch mit dem Bezirksamt Neukölln als Eigentümerin des Grundstücks und natürlich auch mit den Nutzern sehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, dass zum zweiten Mal ein Brandanschlag auf eine Kinder- und Jugendeinrichtung verübt wurde. Ich meine, dass man über Sicherungsmaßnahmen nachdenken und Sicherungsmaßnahmen ergreifen muss. Welcher Art diese sind – ob es sich um bauliche Maßnahmen – das Gebäude ist

ja jetzt schon teilweise mit Metallplatten abgesichert, wenn ich das richtig sehe – oder ob es sich auch um andere technische Möglichkeiten handeln wird, um zumindest einen Abschreckungseffekt zu haben –, werden die Gespräche ergeben. Ich werde damit die Polizei beauftragen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zur nächsten Spontanen Frage, und Kollege Luchterhand von der CDU-Fraktion hat das Wort.

Joachim Luchterhand (CDU):

Vielen Dank! – Frau Senatorin Bluhm! Ich habe eine Frage an Sie: Welche Vereinbarungen wurden am „Runden Tisch Pflege“ getroffen, um künftig besser Rechnungsbetrug bei ambulanten Pflegeleistungen verhindern zu helfen?

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin – bitte schön, Sie haben das Wort!

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Luchterhand! Sie haben sehr intensiv in der Zeit, die meiner Erinnerung nach noch vor dem Wahltermin lag, verfolgt, wie dieses Thema auch öffentlich nicht immer, wie ich fand, sehr angemessen präsentiert worden ist – auch nicht von der Seite des CDU-Stadtrats aus Neukölln, der dann auch bestimmte Äußerungen, was ein schuldhaftes Versagen des Senats betraf, und die Nennung bestimmter Pflegeinstitutionen zurücknehmen musste. Sie wissen aber sicherlich auch aus der sachlichen Berichterstattung der Medien, dass wir seit längerer Zeit – ich weiß nicht, ob wir es „Runden Tisch“ nennen – eine Zusammenkunft von Bezirken, medizinischem Dienst und allen Beteiligten bei der Pflege realisiert haben, wo es sehr wohl darum ging, gemeinsam auch mit Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden bestimmten Vorgehensweisen nachzugehen und daraus Erkenntnisse für mögliche Gegenmaßnahmen auf der rechtlichen Seite zu gewinnen.

Logischerweise liegt es im Sachverhalt, dass ich jetzt nicht detailliert Auskunft geben kann. Dennoch gibt es auch Anregungen aus unserer Senatsverwaltung, beispielsweise Zentralen zu bilden, also Arbeitsgruppen, die sich mit diesen Themen beschäftigen, sodass für bestimmte Mechanismen, die bei Abrechnungen von Pflege auch problematisch sein können, schon eine bestimmte Qualifikation vorliegt. Im Moment ist es noch so, dass es immer ganz allgemein zu gerichtlichen Auseinander-

(Senatorin Carola Bluhm)

setzungen kommt und sich das richterliche Personal immer erst einarbeiten muss.

Diese Anregung wurde aufgegriffen und wird gerade geprüft. Die Bezirke sind in den vergangenen Monaten sehr intensiv mit diesem Thema befasst gewesen – auf Anregung des Senats. Es hat in allen Bezirksverordnetenversammlungen Hinweise und Auseinandersetzungen mit diesem Thema gegeben, und auch der Medizinische Dienst der Krankenkassen ist noch einmal sehr intensiv auf seine Verantwortung in diesem Zusammenhang hingewiesen worden. Ich gehe auch davon aus, dass er sie künftig intensiver wahrnehmen wird.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Luchterhand! Haben Sie eine Nachfrage? – Bitte schön!

Joachim Luchterhand (CDU):

Eine Nachfrage habe ich schon: Können Sie nach Ihrer Einschätzung dezidiert Probleme benennen, die nicht geklärt werden konnten – auch nicht mit einer Aufgabenteilung?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Herr Abgeordneter Luchterhand! Meine Damen und Herren! Da die Arbeitsgruppen noch nicht zum Abschluss gekommen sind, glaube ich, dass man seit geraumer Zeit sehr genau sagen kann, welche Mechanismen zu Schwierigkeiten bei der Nachprüfbarkeit führen können. Ich würde es für verfrüht und auch für falsch halten, an dieser Stelle zu sagen: Es gibt folgende Probleme, die wir nicht lösen können –, sondern wir stehen als Zivilgesellschaft in dem Zusammenwirken der Akteure in der Verantwortung, sie zu lösen. Ich finde, wir haben mit dem dargestellten Instrumentarium, um diesen Problemen auch auf den Grund zu kommen und sie sinnvoll zu bearbeiten, aber auch zu bekämpfen und darüber wiederum eine sinnvolle Öffentlichkeitsarbeit zu machen, einen guten Weg eingeschlagen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass auch künftige Regierungen diesen Weg weiterverfolgen werden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Die nächste Frage geht an die Grünen. Frau Pop! Sie haben das Wort. – Bitte schön!

Ramona Pop (GRÜNE):

Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Wie bewerten Sie und Ihre sich bildende rot-schwarze Koalition die Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung in ihren Auswirkungen auf das hochverschuldete Land Berlin?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete Pop! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bewerte die Steuerpläne der Bundesregierung als völlig neben der Sache liegend. Wir alle haben riesige Probleme, in den Haushalten sowohl der Kommunen wie der Länder oder auch des Bundes die Kriterien der Schuldenbremse einzuhalten. Wir haben zurzeit noch riesige Nettokreditaufnahmen. Insofern ist überhaupt kein Spielraum für Steuersenkungen da.

Ich glaube auch, dass insgesamt mit diesem vorgelegten Modell versucht wird, den Menschen etwas vorzugaukeln. Hier werden auf der einen Seite Steuerausfälle von mindestens 6 Milliarden Euro provoziert. Diese 6 Milliarden Euro fehlen beispielsweise bei dem Ausbau von Kindertagesstätten und Krippenplätzen, den wir uns bis zum 1. August des Jahres 2013 vorgenommen haben. Also einerseits ist kein Geld da, um die Menschen, die Familien zu entlasten – Steuerausfälle werden dieses Problem noch verschärfen –, und andererseits werden geringste Beträge in Aussicht gestellt, die zu einer Steuererleichterung führen. Es ist die Rede von 30 Euro im Jahr. Das würde wiederum Geringverdiener entlasten. Dies ist eine Politik, die an den Interessen der Menschen vorbeigeht.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Haben Sie eine Nachfrage, Frau Pop? – Bitte schön, Frau Pop!

Ramona Pop (GRÜNE):

Wird das Land Berlin angesichts Ihrer sehr deutlichen ablehnenden Bewertung diese Steuerreform im Bundesrat ablehnen? Werden Sie sich selbst gar als Bundestagsabgeordneter oder als Finanzminister dieser Sache auf Bundesebene annehmen?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Die letzte Anmerkung habe ich nicht verstanden.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Ja, ja, ja!]

Zum Abstimmungsverhalten bezüglich des Bundesrats gibt es in dem Koalitionsabkommen die üblichen Klauseln. Ich gehe davon aus, dass sie bei den Grünen nicht anders ausgefallen wäre, als es jetzt bei Schwarz sein wird.

[Ramona Pop (GRÜNE): Sie hatten es aber gemeinsam abgelehnt!]

Im Streitfall wird es eine Enthaltung geben. Damit ist es auch keine Stimme für eine Steuersenkung. Davon können Sie ausgehen.

Ansonsten gehe ich davon aus, dass eine Regierung in Berlin insgesamt ein Interesse daran hat, Steuerausfälle und Einnahmeverluste für das Land Berlin zu vermeiden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann haben wir jetzt für Die Linke Herrn Dr. Lederer. – Bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an die Justizsenatorin Frau von der Aue. – Trifft es zu, dass das Land Berlin in der Justizministerkonferenz durch ein Nein den Bremer Vorstoß zur Einführung bundesweiter Volksentscheide quasi torpediert hat, weil ein Patt von acht zu acht gegen sämtliche Linke- und SPD-Justizsenatoren/Minister zustande kam? Wenn ja, wie begründet der Senat diese – ich würde fast sagen – reaktionäre Positionierung – die auch nicht mit den Positionen von Herrn Wowereit auf Abgeordnetenwatch und ähnlichem übereinstimmt –, die selbst dem SPD-Parteiprogramm widerspricht?

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin, bitte schön!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Lederer! Es trifft zu, was Sie gerade ausgeführt haben. Es kommt im Übrigen vor, dass unterschiedlich abgestimmt wird, auch wenn man derselben Partei angehörig ist. Meine Bedenken gegen den Vorschlag aus Bremen sind folgendermaßen: Erstens bin ich der Auffassung, dass die Justizminister, die durchweg nicht für die Verfassung zuständig sind – für eine solche Regelung

wäre eine Änderung der Verfassung erforderlich –, dafür nicht zuständig sind. Es wäre also in einer anderen Konferenz zu bearbeiten gewesen.

Im Übrigen war der Vorschlag dermaßen allgemein gefasst, dass ich der Auffassung bin, dass er nicht zustimmungsfähig war. Ich bin der Meinung, dass man wissen muss, für welche Fälle es in Frage kommen soll, wenn man Elemente der Volksdemokratie einführt. Vor allem muss auch festgelegt werden, in welchem Umfang sich das auf den jeweiligen Haushalt auswirken kann. Solange das nicht präzise formuliert ist, kann man dem auch nicht zustimmen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Dr. Lederer hat eine Nachfrage. – Bitte schön!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Haben Sie sich schon mit Ihrem Kollegen Herrn Dr. Körting zusammengesetzt, damit Berlin einen eigenständigen Vorstoß, der die von Ihnen monierten Fehler – ich kann das nicht nachprüfen – vielleicht nicht enthält, zur Einführung bundesweiter Volksentscheide nachschiebt, der quasi die von Ihnen beanstandeten Fehler heilt? Bis wann würde das der Fall sein?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Abgeordneter Dr. Lederer! Wir befinden uns am Anfang einer Wahlperiode, in der es noch keine Koalitionsvereinbarung gibt. Insoweit sehe ich mich auch außerstande, mit dem Kollegen Dr. Körting eine derart weitreichende Frage zu bearbeiten und einen Vorschlag zu unterbreiten.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann hat jetzt der Kollege Spies für die Piraten das Wort. – Bitte schön!

Alexander Spies (PIRATEN):

Herr Prof. Zöllner! Ich habe eine spontane Frage. Sie ergibt sich aufgrund Ihrer Antwort zur Fläming-Grundschule.

Präsident Ralf Wieland:

Das geht nicht, Herr Kollege. Sie dürfen keine Frage zu Vorgängen stellen, die entweder auf der Tagesordnung stehen oder schon einmal behandelt wurden.

Alexander Spies (PIRATEN):

Es geht hier darum, dass die Förderakten aus der Schule abgeholt worden sind – im Auftrag von Herrn Prof. Zöllner. Auf welcher Rechtsgrundlage und von Experten welcher Stelle haben Sie, Herr Prof. Zöllner, die Förderakten der Fläming-Grundschule prüfen lassen? Nach welchen Kriterien wurden die Kinder ausgewählt, die in der nächsten Woche externen Gutachtern vorgestellt werden sollen? Wie wurde die Einhaltung der Datenschutzrichtlinien gewährleistet? Wie rechtfertigen Sie es, dass diese erneute Begutachtung gegen den Willen der Elternvertretung und ohne Beisein der Eltern erfolgen wird?

Präsident Ralf Wieland:

Das war jetzt eine Frage. – Bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich habe sie verstanden.

[Heiterkeit –

Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich wundere mich nicht über Sie. Ich wundere mich über die Schulleiterin. Ich habe vorhin darauf hingewiesen, dass ich persönlich in dieser Schule war, mit der Schulleiterin, mit den Elternvertretern und meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen habe, wir völlig einvernehmlich zu einem Ergebnis gekommen sind und dieses Ergebnis selbstverständlich die Ausstattung betrifft. Wir haben völlig einvernehmlich festgestellt, dass wir uns wegen eines starken Aufwuchses an sonderpädagogischem Förderbedarf in der letzten Zeit die Akten noch einmal ansehen, die letzten Endes diesen sonderpädagogischen Förderbedarf nach sich ziehen. Das hat mit Datenschutz und ähnlichen Dingen überhaupt nichts zu tun.

Wenn festgestellt wird, dass sonderpädagogischer Förderbedarf anfällt, muss es irgendjemand machen. Das muss auch durch irgendjemanden überprüfbar sein. All das ist in völligem Einvernehmen erfolgt. Das hat mit Datenschutz und Ähnlichem nichts zu tun. Es sind die notwendigen Schritte, um letztlich Schülerinnen und Schüler, die einer besonderen Förderung bedürfen, auch die besondere Förderung zuteil werden zu lassen.

Die Förderung ist unterschiedlich, je nachdem, welcher Förderbedarf festgestellt worden ist. Da dieser Förderbedarf in der Vergangenheit einzig und allein von der betreffenden Schule festgestellt worden ist und dieses sicher ein nicht normales Verfahren ist, sondern dies

letztlich von unabhängigen Sonderpädagogen gemacht werden muss, war es völlig einvernehmlich, auch mit der Schule, dass wir diesem noch einmal nachgehen und dieses noch einmal hinterfragen. Nichts anderes als das, was abgesprochen worden ist, ist erfolgt. Wenn sich nun die Schule im Nachhinein davon distanziert, bin ich – vorsichtig formuliert – etwas verwundert.

Präsident Ralf Wieland:

Haben Sie eine Nachfrage? – Bitte schön!

Alexander Spies (PIRATEN):

Die Nachfrage bezieht sich darauf, welche Stelle das geprüft hat. Warum dürfen die Eltern bei den Gutachten nicht dabei sein? Das ist eigentlich die Frage, die gestellt wurde.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Prof. Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs wird auch bei der Überprüfung in der Art und Weise durchgeführt, wie sie auch bei der Erstfeststellung durchgeführt wurde. Der Prozess ist im Gange und ist nicht abgeschlossen. Ich kann ohne Weiteres sagen, dass mir selbst an einem Tag wie heute die Sache so wichtig war, dass ich über das weitere Vorgehen in dieser Sache mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen habe. Ich darf mit absoluter Sicherheit sagen, dass überhaupt keine Entscheidung in diesem Zusammenhang getroffen worden ist und die Begutachtung der einzelnen Fälle, die einvernehmlich mit der Schule durchgeführt werden müssen, auf dem normalen Weg unter Beteiligung wessen auch immer in den verschiedenen Schritten stattfinden wird.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Prof. Zöllner! – Die erste Runde nach Stärke der Fraktionen ist damit beendet. Nun können wir die weiteren Meldungen in freiem Zugriff berücksichtigen. Ich eröffne diese Runde mit einem Gongzeichen. Schon mit dem Ertönen des Gongs haben Sie die Möglichkeit, sich durch die Ruftaste anzumelden. Alle vorher eingegangenen Meldungen werden gelöscht.

[Gongzeichen –

Uwe Doering (LINKE): Das ist aber nicht transparent!]

Der Kollege Mutlu hat das Wort.

[Heiterkeit]

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Meine Frage richtet sich naturgemäß an Herrn Prof. Zöllner als noch amtierenden Bildungssenator.

[Beifall bei den PIRATEN]

Wie bewerten Sie, Herr Senator, Pressemeldungen, wonach Leistungen des Bildungspakets vielerorts bei den Betroffenen nicht ankommen und von den Betroffenen oft bürokratische Hürden als Grund für die Probleme genannt werden?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Das Schöne ist, dass ich mir sicher war, Sie würden mich nicht enttäuschen und mir in der wahrscheinlich letzten Sitzung noch eine Profilierungschance bieten.

[Heiterkeit –
Beifall bei der SPD]

Meine Beurteilung des Bildungspakets ist heute nicht anders als zu Beginn der Einrichtung. Es hätte ganz ohne Zweifel einfachere und unbürokratischere Möglichkeiten gegeben, dem Ziel letzten Endes näher zu kommen. Wir wissen beide, und alle anderen im Parlament hoffentlich auch, dass es das Ergebnis eines sehr mühseligen Kompromisses zwischen Bund und Ländern in diesem Zusammenhang war, bei dem das Ganze sicher nicht unter dem Gesichtspunkt einer optimalen Funktionalität gestaltet worden ist. Etwas anderes war nicht erreichbar. Wir bemühen uns jetzt auf Landesebene – soweit es möglich ist –, dieses noch positiv zu gestalten. Die Klagen, die jetzt auftreten, erfreuen mich nicht, aber sie sind nachvollziehbar – Ähnliches habe ich schon zu Beginn gesagt – und auch nicht überraschend.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Eine Nachfrage vom Kollegen Mutlu. – Bitte!

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Herr Senator! Dann eine Präzisierung der Frage! Da es ja zweifelsfrei Probleme gibt und bürokratische Hürden noch ein Hindernis darstellen – das sieht man auch an dem Missverhältnis zwischen den Anspruchsberechtigtenzahlen und der Zahl derjenigen, die tatsächlich dieses Bildungspaket in Anspruch nehmen –: Was werden Sie unternehmen, um die bürokratischen Hürden – jetzt haben Sie auch einige Monate Erfahrungen mit diesem Instrument gesammelt – auf ein Minimum zu bringen und wenn möglich sogar gänzlich abzuschaffen, damit die Anspruchsberechtigten an die Leistungen, die ihnen rechtlich zustehen, kommen?

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich glaube – ohne jetzt in die Einzelheiten zu gehen –, es gibt zwei größere Blocks in dem Zusammenhang, die Schwierigkeiten bereiten können. Zum einen ist es das, was Sie angesprochen haben, die bürokratischen Hürden, die sich möglicherweise nicht zwingend aus dem Gesetz ergeben. Denen muss man sicher nachgehen, und letzten Endes muss man ein laufendes Controlling durchführen, ob tatsächlich Beschwerden, die auftreten, gerechtfertigt sind. Ich gehe davon aus, dass das ein laufender Prozess sein wird.

Der zweite Block, den man auch nicht unterschätzen sollte, ist die Tatsache der Information von Betroffenen über Möglichkeiten, der dann unter Umständen leichter anzugehen ist. Auch dem muss man sich zuwenden.

Ich glaube aber, dass man schon einige Zeit verstreichen lassen sollte, um Erfahrungen zu sammeln und auch die entsprechende Zuordnung von potenziellen Problemen treffen zu können. Dass ein Hinterfragen in Bezug auf die Leistungen notwendig ist, ist sicherlich auch nachvollziehbar. Gerade dann, wenn wir immer begrenzt vorhandene Mittel optimal einsetzen wollen, müssen letzten Endes nicht alle in demselben Maße von bestimmten Leistungen profitieren.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön!

Dann hat der Kollege Kohlmeier von der SPD das Wort. – Bitte!

Sven Kohlmeier (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident! – Ich frage die für Soziales zuständige Senatorin, ob ihr bekannt ist, wann bei den seit über 80 Tagen bestreikten drei Pflegeeinrichtungen von „Alpenland“ letztmalig eine Kontrolle des Landesamts für Gesundheit und Soziales stattgefunden hat, um die Pflegequalität zu überprüfen.

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Diese konkrete Frage kann ich mit einem konkreten Termin hier und jetzt nicht beantworten. Ich kann allerdings als Information hinzugeben, dass ich mich

(Senatorin Carola Bluhm)

mehrmals – ich glaube in der Tat dreimal – mit den Beschäftigten von „Alpenland“, also der Institution, die schon sehr lange streikt, zusammengesetzt habe und wir die Situation des Streiks sowie die Situation, die zum Streik geführt hat, das Angebot des in Baden-Württemberg oder Bayern beheimateten Trägers dieser Pflegeinstitutionen erörtert und besprochen haben und es zahlreiche Unterstützungen sowohl der Gewerkschaften als auch der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gegeben hat. Zum Zeitpunkt dieser zahlreichen Gespräche hat aber das, was Sie nachgefragt haben, keine Rolle gespielt, sodass ich es auch nicht nachgefragt habe. Selbstverständlich kann ich noch einmal versuchen, diese Information schnellstmöglich zu erlangen, um sie Ihnen mitzuteilen.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Nachfrage? – Bitte, Kollege Kohlmeier!

Sven Kohlmeier (SPD):

Als Eingangsbemerkung: Vielleicht können Sie meine Frage als Anregung für Verwaltungshandeln mitnehmen. – Meine Nachfrage: Stimmen Sie mir zu, dass durch Zeitarbeiter, die von „Alpenland“ in den Pflegeeinrichtungen als Streikbrecher eingesetzt werden, nicht dieselbe Pflegequalität erreicht wird wie durch die derzeit streikenden Mitarbeiter?

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte, Frau Senatorin Bluhm!

Senatorin Carola Bluhm (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieser Hinweis war jetzt nicht notwendig, denn es gibt natürlich eine regelmäßige Kontrolle, die anlassbezogen, wenn es konkrete Anlässe in der Vergangenheit gab, in den Pflegeheimen stattfindet, um die Pflegequalität zu überprüfen bzw. zu sichern.

Darüber hinaus ist es in der Tat so, dass es seit diesem Streik, der schon vor dem 18. September dieses Jahres begonnen hat, so ist, dass der Träger, der nicht in Berlin ansässig ist und deshalb auch für Berliner Akteure schwieriger zu erreichen ist, Leiharbeitskräfte bzw. Kräfte aus anderen Institutionen der Zeitarbeit gewinnen konnte, um Ersatzpersonal für die notwendigerweise aufrecht zu erhaltenden Pflegeleistungen zu beschäftigen. Dieser Sachverhalt spielt eine besondere Rolle. Trotzdem kann man nicht sagen, dass dieser von vornherein dazu führt, dass eine Pflegeleistung nicht mehr gesichert wird. Diese muss natürlich ständig kontrolliert werden – auch vom Landesamt für Gesundheit und Soziales.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön!

Die nächste Fragestellerin ist die Kollegin Matuschek von der Linksfraktion. – Bitte sehr!

Jutta Matuschek (LINKE):

Vielen Dank! – Ich habe eine Frage an den Regierenden Bürgermeister. – Herr Wowereit! Sie hatten das Thema Mietensicherung gerade bei Ein- und Zweiraumwohnungen im Wahlkampf zum Schwerpunkt erklärt. Ich möchte Sie gern darin bestärken und frage Sie deshalb: Warum wird vom Liegenschaftsfonds eine landeseigene Liegenschaft in der Treskowallee, auf der sich Wohngebäude mit vielen Einraumwohnungen befinden, also aus dem gefragten Wohnsegment, für mehrere Millionen Euro an eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft verkauft, anstatt sie zum Beispiel im Zuge einer Kapitalzuführung bei Auflagen zur Mietbegrenzung an diese Gesellschaft zu übertragen?

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Regierender Bürgermeister – bitte!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Diese Aufzählung von Tatbeständen war ziemlich komplex. Hier geht es offensichtlich um ein In-sich-Geschäft. Ich wüsste jetzt gar nicht, wie denn bei den Veräußerungen eines Liegenschaftsfonds an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft jetzt das Risiko entsteht. Das konnte ich in Ihrer Darstellung nicht ganz nachvollziehen, weil die Frage, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften gerade in den von Ihnen beschriebenen Segmenten preisdämpfend agieren sollen, davon unabhängig ist. Und was der Liegenschaftsfonds dauerhaft mit einem Wohngebäude soll, entzieht sich auch meiner Kenntnis.

[Senator Dr. Ulrich Nußbaum: Wir bewirtschaften es!]

– Na ja, wir bewirtschaften, aber wozu? – Ich fühle mich ein bisschen überfordert, jetzt mit Ihnen den konkreten Fall im Rahmen dieser Spontanen Fragestunde zu erörtern.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Eine Nachfrage, Frau Matuschek! – Bitte!

Jutta Matuschek (LINKE):

Der Sachverhalt ist doch einfach: Eine städtische Liegenschaft mit Einraumwohnungen wird verkauft an eine städtische Gesellschaft. Man kann es aber der städtischen Gesellschaft auch einfach übertragen, damit die städtische Gesellschaft mit dieser Liegenschaft das macht, was sie

(Jutta Matuschek)

gut kann, nämlich Wohnungen im Einraumsegment zu vermieten und zu bewirtschaften. Das wäre für das Land Berlin linke Tasche, rechte Tasche, aber für die städtische Gesellschaft besser, um schneller und vor allen Dingen kostengünstiger für das Unternehmen und die Mieterinnen und Mieter schnell diesen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Werden Sie vielleicht in diesem Sinn im Senat dieses Problem noch einmal aufgreifen?

Vizepräsident Andreas Gram:

Bitte, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Ich werde es im Senat nicht aufgreifen, weil es der bisherigen Liegenschaftspolitik nicht entgegensteht. Der Liegenschaftsfonds ist nicht dazu da, die Grundstücke zu verschenken – auch nicht an die Wohnungsbaugesellschaften. Wenn damit ein Wert verbunden ist, dann liegt der Wertzuwachs auch bei der Wohnungsbaugesellschaft. Ich unterstelle mal, dass die Wohnungsbaugesellschaft nicht gezwungen worden ist, diese Liegenschaft zu übernehmen. Das kann ich nicht beurteilen; dazu kenne ich den Fall nicht. Wenn das Interesse nachhaltig ist, dann bitte ich, gegebenenfalls noch einmal beim Ausschuss nachzufragen, um das dann mit der zuständigen Fachverwaltung für Finanzen näher zu erörtern, die das besser beantworten kann.

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön!

Wir haben noch Zeit für eine Frage und zwar vom Kollegen Isenberg. – Bitte!

Thomas Isenberg (SPD):

Vielen Dank! – Meine Frage geht an die Gesundheitssektorin Lompscher. – Frau Lompscher! Vor dem Hintergrund des Anstiegs von Masern in einigen Berliner Bezirken: Wie bewerten Sie den Erfolg der Präventionspolitik? Welche Maßnahmen sollten weiter verstärkt werden?

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Isenberg! Diese Frage gibt mir die Gelegenheit, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir tatsächlich eine Situation haben, in der eine Krankheit, von der wir dachten, sie sei bereits ausgerottet, in die Industrieländer zurückkehrt. Sie kehrt deshalb in die Industrieländer zurück, weil die Impfbereitschaft sich nicht so entwickelt hat, wie man sich das wünscht. Es gibt Unterschiede in Ost und West, Sie wissen das. Ich nutze Ihre Frage für einen Appell an Impfskeptiker, ihre nach 1970 geborenen Kinder impfen zu lassen, wenn sie es noch nicht getan haben.

In Berlin gibt es seit Ende letzten Jahres einen Impfbeirat, der sich insbesondere damit beschäftigt, dass die Impfraten bei solchen Erkrankungen in Berlin erhöht werden. Das ist ein langwieriges Geschäft, insofern vielen Dank für die Frage und ein Appell an die Impfskeptiker!

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön! – Haben Sie eine Nachfrage, Herr Isenberg? – Damit hat die heutige Fragestunde ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 3:

Aktuelle Stunde

gemäß § 52 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin

**Charité und Max-Delbrück-Centrum –
Zusammenarbeit für Spitzenergebnisse in
Wissenschaft und Forschung**

Antrag der Fraktion der SPD

Für die Besprechung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redebeiträge verteilt werden kann. Es beginnt die SPD, Kollege Oberg ist der erste Redner. – Bitte, Herr Kollege!

Lars Oberg (SPD):

Meine Damen, meine Herren! 7 000 Studierende, 13 000 Beschäftigte, 130 000 stationär behandelte Patientinnen und Patienten, mehrere Hunderttausend Patienten insgesamt pro Jahr, 1,2 Milliarden Euro Umsatz und allein 150 Millionen Euro eingeworbene Drittmittel im letzten Jahr – das sind beeindruckende Zahlen, mit denen man die Charité beschreiben kann, ja, beschreiben muss. Diese Zahlen machen auch deutlich, dass die Fragen, wie die Situation der Charité ist, wohin es mit ihr geht, welche Struktur sie in Zukunft haben wird, ganz viele Menschen in Berlin unmittelbar und persönlich betreffen. Die Charité ist – auch wenn man manchmal den Eindruck haben muss – kein wissenschaftspolitisches oder gesundheitspolitisches Orchideenfach oder ein Feinschmeckerthema, sondern ein Thema von ganz grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft Berlins.

An den genannten Zahlen kann man bereits sehen, in welche Richtung das mit der Bedeutung geht. Die Charité ist das Herz der Gesundheitswirtschaft in Berlin und eine tragende Säule der Lebenswissenschaften. Unsere Charité ist nicht nur eine riesige Chance, sondern auch eine sehr, sehr große Herausforderung – gerade für ein vergleichsweise kleines Bundesland wie Berlin, das mit seinen begrenzten Mitteln versuchen muss, diese Institution zukunftsfest zu machen. Die SPD steht seit Jahren dafür

(Lars Oberg)

ein, dass das Land dieser Herausforderung gerecht wird. Über den Masterplan fließen 330 Millionen Euro an die Charité, mit denen die Infrastruktur saniert und Gebäude erhalten werden. Das ist ein erster großer Schritt, weitere werden folgen müssen. Des Weiteren fließen jedes Jahr 180 Millionen Euro für Forschung und Lehre an die Charité. Das ist ein Betrag, der in den letzten Jahren erstmals wieder aufgewachsen ist. Ich bin stolz darauf, feststellen zu können, dass diese steigende Tendenz in den nächsten Jahren fortgeschrieben wird. Sie alle wissen – und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Charité haben es am eigenen Leib schmerzhaft erfahren –, es gab zuvor einen harten Konsolidierungskurs, es gab deutliche Einschnitte. Jetzt ist aber eine Grundlage erreicht, von der es wieder aufwärts geht. Mit den steigenden Zahlungen werden wir der Charité, ihrer Größe und ihrer Bedeutung für Berlin gerecht.

Die Bedeutung der Charité reicht aber weit über Berlin und die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg hinaus. Das gilt insbesondere für ihre Forschungskraft und für die von ihr erbrachten Forschungsleistungen. Ganz Deutschland profitiert von der Charité, es ist unsere Charité, aber es ist eben auch die Charité des ganzen Landes. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass der Bund seine Bereitschaft erklärt hat, sich dauerhaft an der Finanzierung der Charité zu beteiligen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es ist klar, die Beteiligung des Bundes wird sich nicht auf die Krankenversorgung beziehen können. Es geht – und darüber sprechen wir heute und in den kommenden Monaten – um die Beteiligung des Bundes an der exzellenten Forschung an der Charité. Da liegt es auf der Hand, dass eine solche Beteiligung des Bundes über eine verstärkte Kooperation mit dem Max-Delbrück-Centrum erfolgt. Das Max-Delbrück-Centrum befindet sich zu 90 Prozent in der Finanzierung des Bundes und ist eine der weltweit führenden Einrichtungen der lebenswissenschaftlichen Grundlagenforschung. Die beiden Berliner Spitzeneinrichtungen Charité und MDC näher zusammenzubringen, die Aktivitäten abzustimmen, neue Initiativen anzustoßen, allein das wird jenseits aller finanzieller Aspekte ein riesiger Gewinn für Berlin sein. Wenn uns das gelingt, werden wir völlig neue Prozesse in der lebenswissenschaftlichen Forschung anstoßen können, und – auch das ist mir wichtig – wir werden wirtschaftliche Effekte direkt und indirekt erzielen, von denen Berlin heute und in den nächsten Jahrzehnten profitieren wird.

Unser Ziel ist es, die Kooperation dafür zu nutzen, eine neue Qualität zu erreichen. Für Berlin kann und wird die Beteiligung des Bundes keine Sparbüchse sein. Wir wollen die Kooperation, um zusätzliche Mittel zu mobilisieren und nicht, um den Berliner Haushalt zu sanieren. Wir wollen, dass der Einstieg des Bundes eben nicht zum Ausstieg des Landes wird. Wir gehen die Verpflichtung ein, dass wir das, was wir heute für die Charité tun, auch in den kommenden Jahren tun werden, denn sonst – das

kann ich mir gar nicht anders vorstellen – wird der Bund auch nicht bereit sein, hier einzusteigen.

Viele Aspekte sind noch offen. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir, sobald die neue Regierung steht, mit dem Bund besprechen müssen, wie eine solche Konstruktion aussehen kann. Dabei sind aber schon heute zwei Sachen klar. Erstens: Berlin wird seiner Verantwortung auch in den übrigen Bereichen der Exzellenzforschung gerecht werden müssen – und zwar über die Laufzeit der Exzellenzinitiative hinaus. Hier bedarf es eines klaren Commitments des Landes, dass das, was in Berlin in den letzten Jahre gefördert wurde, was im Bereich der Exzellenzwissenschaft entstanden ist, vom Land auch nach Ende der Exzellenzinitiative im Jahr 2017 weiter gefördert und genutzt wird. Zweitens: Es kann nicht um eine Berliner Speziallösung gehen. Wir diskutieren ein Pilotvorhaben, keine Insellösung. Ein Pilotvorhaben, wie künftig das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern in der Exzellenzforschung aussehen kann, wie dort Finanzströme organisiert werden. Es wird neben Berlin weitere Standorte geben müssen, an denen der Bund sich beteiligt. Wir werden den Schulterschluss mit allen anderen Bundesländern suchen müssen, damit diese große Chance, von der wir heute sprechen, Wirklichkeit wird.

Angesichts der offenen Fragen ist heute kein Tag, an dem wir in Triumphgeheul ausbrechen sollten. Es ist sicherlich auch kein Tag, diesen absehbaren Erfolg, dieses vorsichtige Licht am Ende eines noch zu gehenden Weges parteipolitisch zu vereinnahmen. Wir haben im Wahlkampf stets betont, dass die Charité kein Thema für den Wahlkampf, sondern ein Thema für die Stadt ist. Deshalb sollte die Kooperation mit dem Bund kein Thema für eine Partei oder eine Koalition, sondern für das ganze Haus sein. Es kann nämlich nur gelingen, wenn das Haus sich weitgehend einig ist, wenn Berlin sich einig ist, wenn es eine Einigung zwischen Exekutive und Legislative gibt – ansonsten wird das nichts. Es gibt viele Akteure, die wir auf diesen Weg mitnehmen müssen. Neben den anderen Bundesländern denke ich z. B. auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie an die Studierenden.

Dass wir heute so konkret über eine denkbare Kooperation zwischen MDC und Charité sowie einen Einstieg des Bundes in die Charité sprechen können, ist für mich eng mit dem Namen Jürgen Zöllner verbunden. Er hat in den letzten Wochen und Monaten in diskreten Gesprächen daran gearbeitet, mit dem Bund eine gemeinsame Basis zu schaffen. Wie wir heute wissen, ist diese Basis der Ausgangspunkt für die Arbeit der nächsten Wochen. Ich möchte Jürgen Zöllner dafür ausdrücklich danken.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Beifall von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

Das ist so ziemlich die letzte Plenarsitzung des Senators Jürgen Zöllner, und so möchte ich die Gelegenheit nutzen, Jürgen Zöllner im Namen der gesamten SPD-

(Lars Oberg)

Fraktion zu danken, und zwar zu danken für seinen unglaublichen Einsatz in dem Riesenressort als Wissenschafts- und Bildungsminister. Ich möchte ihm danken für seine Hartnäckigkeit und seine Gelassenheit in der oft sehr aufgeregten Betriebsamkeit dieses Politikfeldes und vor allem für seinen kreativen Pragmatismus. Ich glaube, es ist dieser kreative Pragmatismus, der vieles möglich gemacht hat, was wir vor fünf Jahren noch für unmöglich gehalten haben.

Ich möchte mich aber auch ganz persönlich bei dir bedanken, lieber Jürgen, denn die Zusammenarbeit in den letzten Jahren hat mir vieles gebracht – ich habe viel gelernt –, und sie hat sich dadurch ausgezeichnet, dass sie immer fair war. Sie war immer auf Augenhöhe, und sie war immer von der Sache geleitet. So viel habe ich auch als noch recht junger Abgeordneter schon gelernt: Das ist im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative leider nicht immer der Fall. Mir haben die letzten Jahre Spaß gemacht, auch wenn sie manchmal – na ja, eigentlich fast immer – anstrengend waren. Aber ich glaube, die Anstrengungen haben sich gelohnt. Das sieht man auch am heutigen Thema. Ich freue mich sehr, dass du, lieber Jürgen, Berlin verbunden bleiben wirst, und sage noch einmal: vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Özcan Mutlu (GRÜNE)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herzlichen Dank, Herr Kollege! – Als nächste Fraktion ist die CDU-Fraktion an der Reihe. Herr Zimmer hat das Wort. – Bitte schön!

Nicolas Zimmer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es vorhin in der Begründung zur Aktualität schon gesagt, der Kollege Oberg hat versucht, es etwas niedriger zu hängen – womit er recht hat –, denn das, was noch nicht beschlossen und besiegelt worden ist, soll man noch nicht feiern. Aber der aufgezeigte Weg bietet in der Tat eine neue Qualität, mit der wir hier in Berlin Wissenschaftspolitik gestalten können. Ich möchte deswegen damit beginnen, womit Kollege Oberg aufgehört hat. Auch von meiner Seite – auch wenn wir öfter einmal miteinander das Florett gekreuzt haben, Herr Zöllner – ist hervorzuheben, dass es zweifellos mit Ihrem Engagement zu verdanken ist, dass wir heute an diesem Punkt stehen. Sie sind immer ein Kämpfer für die Wissenschaft in Berlin gewesen, auch wenn wir uns bei Mitteln und Zielen nicht immer einig waren. Aber auch von meiner Seite herzlichen Dank für Ihr Engagement zum Wohle der Stadt!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Aber – darauf hat der Kollege Oberg bereits hingewiesen –, das ist nicht nur ein Gemeinschaftsprojekt zwi-

schen Bund und Land, sondern es ist ein Projekt, das viele Väter und Mütter hat – zweifellos auch von Unionsseite. An dieser Stelle möchte ich persönlich Annette Schavan danken, die als Bundesforschungsministerin zu einem Zeitpunkt, zu dem es mit Sicherheit nicht selbstverständlich gewesen ist, bereits im Sommer ein klares Bekenntnis zur Spitzenforschung in Berlin abgelegt hat und auch ein klares Zeichen dafür gesetzt hat, dass über die Exzellenzinitiative hinaus Bund und Länder nur gemeinsam im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein können.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wer sind nun die Partner dieser Kooperation? – Kollege Oberg hat bereits einige Zahlen genannt. Nicht jeder beschäftigt sich jeden Tag mit Hochschulmedizin und wissenschaftlicher Forschung in Berlin. Dass die Charité allein auf Grund ihrer Größe einen unglaublichen Erfahrungsschatz und Potenzial bietet, das wissen wir. Die Fallzahlen sind genannt worden. Die Drittmittel sind ebenfalls benannt worden. Über 1 000 Forschungsprojekte, mehr als 3 000 Wissenschaftler, davon allein mehr als die Hälfte aus Drittmitteln finanziert, das finden wir an der Charité.

Was die Charité allerdings immer auch für diesen Erfolg gebraucht hat und nötiger denn je braucht, ist Planungssicherheit. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt für die kommenden Jahre. Diese Planungssicherheit macht sich an verschiedenen Stellen fest. Das ist sicherlich die Forschungsförderung, aber es ist auch die Absicherung des Investitionsbedarfs. Da sind Schritte in die richtige Richtung gegangen worden. Aber aus meiner Sicht ist eines auch klar: Solange wir nicht für die Zukunft sicherstellen, dass die Charité nicht mehr aus der Substanz leben muss und deshalb Raubbau betreibt, sondern in der Lage ist, ihren Investitionsbedarf abzudecken, nützt uns das beste Potenzial nichts. Es bedarf einer soliden Grundlage. Deshalb muss das eine der wesentlichen Aufgaben der neuen Koalition in Berlin sein.

Das Max-Delbrück-Centrum ist vielleicht nicht jedem bekannt, obwohl es in der internationalen Liga der Molekularbiologie und Genetik ganz weit vorn steht. In internationalen Rankings findet man das MDC übrigens als einziges deutsches Institut. Auch dort arbeiten 1 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Das MDC wird bereits jetzt als Mitglied der Helmholtz-Gesellschaft zu 90 Prozent vom Bund und zu 10 Prozent vom Land finanziert.

Was wurde vereinbart? – Natürlich, wir haben eine räumliche Nähe des MDCs in Buch. Wir haben bereits jetzt schon Kooperationsprojekte mit dem MDC, mit den Universitäten, mit der Charité, aber nun soll es eine neue Qualität geben. Diese neue Qualität – das ist auch mir wichtig – bedeutet vor allen Dingen, dass es auch eine neue Qualität für die Forschung in Berlin im Allgemeinen

(Nicolas Zimmer)

und in den Hochschulen im Besonderen gibt. Denn die Verpflichtung, dass sich das Land dazu bekennt, die klinische Forschung auf dem Niveau des Jahres 2011 weiterzufördern, und die Zuwendungen des Bundes nicht dazu verwendet, seinen eigenen Zuschuss zu kürzen, ist aus meiner Sicht ein elementarer Beitrag. Das Bekenntnis, dass nach dem Auslaufen der Exzellenzinitiative in Berlin Exzellenz aus Landesmitteln gefördert wird, ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Baustein dafür, dass wir dieses Potenzial zum Wohle der ganzen Stadt nutzen können. Diese Landesmittel sollen auch künftig in einem kompetitiven Verfahren vergeben werden. Aus meiner Sicht ist es wenig sinnvoll, diese Mittel mit der Gießkanne im Land zu verteilen, vielmehr brauchen wir auch dafür eine Vergabeeinrichtung. Auch das wird Herr Zöllner sich nicht haben träumen lassen, das einmal von mir zu hören, aber ich glaube, dass an dieser Stelle eine Chance für die Einstein-Stiftung besteht, ihre Existenz langfristig zu rechtfertigen.

Das Ganze ist jedoch keine Landesangelegenheit. Wenn der Bund Geld gibt, soll der Bund auch Verantwortung mittragen können, auch Aufsicht ausüben können. Das wird uns insgesamt auch helfen, bestimmte Diskussionen zu objektivieren. Der Bund ist bereit, ab dem Jahr 2013 – und zwar in steigendem Umfang – einen relevanten Betrag der Landesförderung für die klinische Forschung zu übernehmen. Man kann heute noch keine Zahl nennen, aber es wird ein namhafter Betrag sein. Dieser namhafte Betrag weckt natürlich auch bei dem einen oder anderen Begehrlichkeiten. Es ist selbstverständlich, dass alle anderen Bundesländer nicht sofort in die Hände geklatscht haben, als sie hörten, dass das Land Berlin in eine bevorzugte Position kommt. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass all das, was wir jetzt tun, behutsam geschieht und von objektiven Kriterien geleitet wird. So muss auch die Struktur einer Dachorganisation aussehen, die MDC und Charité für die Zukunft verbindet: auf Augenhöhe und mit einfachen und nachvollziehbaren Strukturen. In dieser Institution können dann auch strategische Vorgaben und Grundsätze entwickelt werden, wie Gelder zu verwenden sind.

Natürlich wird man sich die Frage stellen müssen, wie so eine Institution aussehen soll. Soll es eine Stiftung sein? Soll es eine gGmbH sein? Das ist aus meiner Sicht sekundär. Primär ist für mich tatsächlich die Ausrichtung dieser Organisation, nämlich als ein Instrument, um Partnerschaft zu üben, zu leben und zum Wohle der Charité und des MDCs zu nutzen.

Das funktioniert nur dann – auch darüber müssen wir uns im Klaren sein –, wenn wir uns auf der Ebene der Charité mit deren Governancestrukturen, sprich der Frage: Wie ist sie aufgestellt, und wie wird dort das operative Geschäft abgewickelt? – auseinandersetzen. Da gibt es Schwächen, die sich manifestiert haben. Das habe ich hier in der vergangenen Legislaturperiode oft angemeldet

und zur Sprache gebracht. Ich weiß, dass es an verschiedenen Punkten Dissens gibt, aber es gibt auch an anderen Punkten Konsens. Ich glaube, wir werden in der Lage sein, unter dieser neuen Organisationsform Defizite zu beseitigen, die sich in mehreren Jahren leben mit dem UniMedGesetz gezeigt haben.

Dieses Konzept, über das wir uns heute unterhalten, löst nicht nur ein Finanzierungsproblem, sondern es schafft auch die Voraussetzungen für einen Leuchtturm in Berlin, der weit über Deutschland hinaus internationale Strahlkraft im Bereich der Grundlagen- und klinischen Forschung entfalten wird. Dies ist im Übrigen auch etwas, was auch anderen Institutionen in Berlin nutzen wird. Wir haben mit der Humboldt-Universität, dem Campus Nord, eine Einrichtung im Integrative Research Institute for Life Sciences, in dem Charité, MDC und auch Humboldt-Universität bereits dabei sind, Wege der Kooperation zu ergründen und im Rahmen der Exzellenzinitiative vorstellen und hoffen, damit erfolgreich zu sein – was nur in unserem Interesse sein kann.

Natürlich wird auch die Position der FU geschärft und gestärkt. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass wir diverse Kooperationsprojekte haben. Ich nenne nur den Exzellenzcluster NeuroCure, wo die Berliner Universitäten selbstverständlich auch vertreten sind.

Was muss nun getan werden? – Ja, wir müssen die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen. Das heißt, wir müssen uns darüber im Klaren sein, was wir wollen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es Veränderungsbedarf gibt. Die Voraussetzungen auf Bundesebene müssen geschaffen werden. Wir müssen mit den anderen Bundesländern den Dialog und vor allen Dingen den Konsens suchen, und wir müssen auch strukturelle Fragen der Charité beantworten, denn das eine ist nicht ohne das andere möglich. Und da ist aus meiner Sicht auch eines klar: Mit einem solchen Konzept soll keine neue Standortdiskussion verbunden werden. Ich gehe davon aus, dass wir alle Standorte der Charité in diesem Konzept erhalten werden.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Ich gehe weiter davon aus, dass Diskussionen über die Zusammenarbeit zwischen Charité und Vivantes unter anderen Vorzeichen geführt werden. Überlegungen über die Fusion von Teilbereichen von Charité und Vivantes sind aus meiner Sicht mit dem jetzt zur Diskussion stehenden Modell erledigt und sollten auch erledigt bleiben.

Wir brauchen nach Auslaufen der Exzellenzinitiative in Deutschland insgesamt ein Modell für eine Neuordnung der Forschungsfinanzierung, weg vom Kooperationsverbot, dem aus meiner Sicht unseligen Ergebnis der Föderalismusreform, hin zu einer neuen Kooperationskultur. Die Charité und das MDC und Berlin haben die Chance, mit diesem Pilotprojekt die Weichen für die Zukunft der

(Nicolas Zimmer)

Forschungsförderung in Deutschland insgesamt zu stellen. Wir sollten diese Chance nutzen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Zimmer! – Alle Redner sind bislang im Zeitkontingent geblieben. Für die Fraktion der Grünen spricht jetzt die Kollegin Frau Schillhaneck. – Bitte schön!

Anja Schillhaneck (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Bund macht Charité zum Spitzenstandort“ war eine mich leicht überraschende Schlagzeile am 31. Oktober. Zum einen gehe ich als Berlinerin davon aus, dass die Charité bekanntermaßen schon lange ein Spitzenstandort ist – aber das am Rande. Das andere ist: Wie denn? Wir haben seit Längerem eine Diskussion darüber, dass insbesondere Frau Schavan, die ehemalige Landesministerin, selber formuliert hat, der Bund solle sich stärker gezielt in der Förderung von Forschungsstrukturen in den Bundesländern engagieren. Aus Berliner Perspektive kann man da eigentlich nur sagen: Juchhu! Endlich hat es jemand verstanden. Gerne! Sofort!

Aber – jetzt kommen wir zum großen Aber. Wenn ich Sie höre, Herr Kollege Zimmer – verzeihen Sie mir, wenn ich das so direkt sage, Sie wissen, dass ich Sie schätze –, wenn Sie sagen: Dieses Konzept, über das wir uns heute unterhalten –, dann kommen wir zum ersten Problem: Welches Konzept denn?

Oder, Kollege Oberg, wenn Sie sagen, es freue Sie, dass wir heute so konkret über eine Zusammenarbeit zwischen MDC und Charité, die es ja in vielen Punkten längst gibt, Sie haben das ja alle schon genannt –

[Lars Oberg (SPD): Hab' ich nie gesagt! –
Zurufe von der LINKEN]

– Doch, „so konkret“ kam vor. Gucken Sie nach! Lesen Sie es hinterher nach! Ich habe Ihnen zugehört, Herr Oberg! Das tue ich nämlich immer. – Dann frage ich mich: Worauf beziehen Sie sich an dieser Stelle?

Das Problem, das wir hier haben, ist: Sie wollten offensichtlich eine gute Schlagzeile haben. Ich gönne es auch Frau Schavan, dass sie im Rahmen dieser Koalitionsverhandlungen, wo es um das nicht unwichtige Thema Wissenschaft geht, ihre Ideen noch mal irgendwie platzieren wollte. Das ist aber alles, was wir bis jetzt haben.

Herr Kollege Zimmer! Ich höre dann von Ihnen: „ein relevanter, ein namhafter Beitrag“. – Ich würde vorschlagen, dass wir eine sinnvolle Würdigung der Frage, was für Konsequenzen das für die Berliner Wissenschaftslandschaft hat – Was heißt das für die Charité als Fakultät

zweier Hochschulen? Was heißt das für die betroffenen Hochschulen? Was heißt das konkret für die außeruniversitäre Einrichtung Max-Delbrück-Centrum? –, dann vornehmen, wenn Sie uns tatsächlich irgendetwas Konkretes liefern können.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Und ich bin sehr froh, dass Sie beide in Ihren Reden auf einen wichtigen Punkt hingewiesen haben: Wir müssen uns, so gern wir aus Berliner Perspektive wahrscheinlich jeden Euro zur Finanzierung unserer Wissenschaft nehmen, davor hüten, hier freudestrahlend zu sagen: Juchhu! Gebt uns das Geld! Wir machen eine Insellösung! – Die Auseinandersetzung über die Frage, wie es hier insgesamt in der Bundesrepublik mit der Aufteilung der Finanzierung von Forschung, Lehre und Wissenschaft an und für sich weitergeht, ist eine, die wir mittelfristig gemeinsam in allen Bundesländern und zwischen Bund und Bundesländern führen müssen. Es ist keine, wo irgendeiner sich jetzt freudestrahlend hinstellen und sagen kann: Gebt uns das Geld! Wir nehmen es, denn wir sind Berlin. – oder: Wir sind Charité und juchhu! – Das wird uns mittelfristig nämlich zum Nachteil gereichen. Von daher bin ich sehr glücklich über Ihre vorsichtigen Formulierungen.

Es gibt etwas anderes, worüber ich mich sehr erfreut äußern möchte. Ich weiß, dass der Punkt, den Sie jetzt vielleicht ein bisschen aufgeblasen haben als sehr konkret usw., zurückgeht auf umsichtige, diplomatisch geschickte Verhandlungen gerade unseres Wissenschaftssenators. Dafür vielen Dank! Ich glaube, Sie haben dieser Stadt tatsächlich einen großen Dienst erwiesen, indem Sie das Fenster aufgemacht haben, dass wir mal über andere Modelle reden. Nach allem, was ich weiß, kommen solche Vorstellungen wie Bundesuni nun wahrlich nicht von Ihnen, sondern das war Frau Schavan, die da dachte, sie könnte. Und da ist übrigens die Analogie zum Exzellenzwettbewerb, Herr Isenberg! Sie dachte, man könnte daraus eine Bundesuni machen.

Das Problem, vor dem wir ansonsten stehen, ist, dass wir insgesamt in diesem Haus, aber auch mit den anderen Bundesländern die mittelfristige Perspektive in den Blick nehmen müssen. Was ist denn, wenn der Exzellenzwettbewerb ausläuft? Was ist denn, wenn der Hochschulpakt ausläuft? Was ist denn, wenn wir als Bundesland Berlin – was wir auch die nächsten 20 Jahre bleiben werden – ein hervorragender, sehr gut nachgefragter Standort für Wissenschaft sind, aber, wenn man die Zahlen so fortschreibt, bei allem Bemühen sagen müssen: Wir in Berlin wissen sehr genau, was es heißt, eine hervorragende, leistungsfähige, international konkurrenzfähige Wissenschaftslandschaft zu haben, sie aber leider als Land alleine nicht ausreichend finanzieren zu können. – Das ist die Aufgabe auch für Ihre Koalition, und wir werden Ihnen sehr genau auf die Finger gucken, welche Vorschläge da von Ihnen kommen. Das ist die Diskussion, die man jetzt an-

(Anja Schillhaneck)

schieben muss, damit wir nicht 2014/2015 hier stehen und sagen: Oh! Doppelhaushaltsentwurf! Da wird es irgendwann weniger Geld geben. Was machen wir denn jetzt? – Das ist das, was uns nicht passieren darf.

Deswegen kann ich hier nur den Appell losschicken: Wie auch immer der Vorschlag dann aussieht, prüfen Sie ihn! Machen Sie nicht so komische, fragwürdige Konzepte wie das KIT in Karlsruhe. Es gibt durchaus Gründe, warum das zu nicht unerheblicher Empörung in den einzelnen Bundesländern geführt hat, eben wegen der nicht mehr auseinanderhaltbaren Finanzströme. Und vor allem: Verwenden Sie sich auch bei Ihren Parteifreunden und -freundinnen in den entsprechenden Ministerpräsidentenämtern dafür, dass wir zu einer neuen Auffassung, einer neuen Aufteilung der Gemeinschaftsaufgabe der Förderung von Wissenschaft sowohl in exzellenter Forschung als auch insgesamt, auch in der wissenschaftlichen Ausbildung und im Studium, kommen. Anders werden wir hier mittelfristig nicht weiterkommen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Und wenn Frau Schavan sagt, sie wolle mit einem relevanten Geldbetrag die Forschung an der Charité fördern, dann freut uns das, es löst aber nur einen Teil der Probleme, die wir haben. Sie haben selbst schon solche Problemkomplexe wie Charité/Vivantes usw. angesprochen. Ich verstehe das, was Sie gesagt haben, so, dass offensichtlich im Rahmen der jetzt bevorstehenden SPD-CDU-Koalition das komplette Feld wieder offen ist, denn wenn Sie ablehnen, dass es da zu einer Fortsetzung der Diskussion von Charité und Vivantes unter einem Dach kommt, dann meinen Sie offensichtlich, dass wir die Debatte, was wir mit den einzelnen Standorten machen, wie das mit der Fusion von weiteren Betriebsteilen ist, ob das Modell Laborfusion so maßgeblich modellhaft ist oder nicht, noch mal von vorne anfangen müssen. Ich frage mich, wie viel Zeit Sie dafür eingeplant haben, diese Diskussion noch mal neu zu führen, und ob Ihnen klar ist, dass jede weitere Verzögerung üblicherweise den Einrichtungen und damit dieser Stadt nur zum Nachteil gereicht. Ich bitte Sie inständig, noch mal in sich zu gehen, wie weit Sie das ganze Säckchen noch mal aufschnüren wollen. Wir hatten da einen relativ brauchbaren Diskussionsstand insgesamt erreicht. Es liegt in Ihrer Verantwortung, das nicht wieder alles kaputtzumachen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Als letzter Punkt: Es möge sich bitte keiner darin täuschen, dass sich, nur weil Frau Schavan meint, sie hätte ein paar Millionen für diese Stadt und die exzellente gesundheitswissenschaftliche Forschung gefunden, all unsere Finanzierungsprobleme in der Wissenschaft irgendwie in Luft aufgelöst hätten. Erstens: Das ist nicht die einzige exzellente Einrichtung. Zweitens: Ich bin gespannt, wie Ihre Vorschläge aussehen, wenn es z. B. um die Investitionen auch bei den anderen Universitäten

und Hochschulen geht, beim Ausbau allein der notwendigen Flächen, um die Studierenden unterzubringen, die wir haben, usw. Es ist ein kleiner Baustein, wenn das im besten Fall so klappt, wie sich das jetzt abzeichnet. Wir wissen ja noch nichts Konkretes bis hin zur Rechtsform. Es ist aber auch nur dieser kleine Baustein. Das ist schön für die Stadt, aber machen Sie bitte bei der Implementation keinen Fehler! Wie gesagt, wir werden Ihnen dabei auf die Finger gucken, und ich glaube, der Rest der Stadt auch. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Schillhaneck! – Als nächster Redner hat der Kollege Dr. Albers für die Linksfraktion das Wort. – Bitte schön!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE):

Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Isenberg! Herr Zimmer! Ich konnte es mir vorhin nicht verkneifen, das junge Glück zu betrachten. Das rührt einen richtig!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei den PIRATEN]

Lasst die jungen Leute noch ein bisschen feiern, der Alltag holt sie schon noch ein!

Reden wir nicht lange drum herum, kommen wir gleich zum Dissens! Dass die SPD dieses Thema für die Aktuellen Stunde vorgeschlagen hat, kann ich verstehen. An das Thema Mindestlohn wollen Sie nicht heran, das ist Ihnen zu heiß. Udo Wolf hat es gesagt, das könnten wir schnell noch gemeinsam machen. Bei Ihnen habe ich noch Verständnis für diese Themenauswahl. Sie haben über Ihren Senator Zöllner – den Sie im Übrigen noch schmerzlich vermissen werden – einen erheblichen Anteil an der positiven Entwicklung der Berliner Wissenschaftslandschaft. Dass aber die CDU versucht, sich diesen Erfolg ebenso ans Revers zu heften, hat eher etwas Peinliches.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Nun weiß ich ja, der Erfolg hat immer viele Väter, aber Sie, Herr Henkel, waren ganz sicher nicht darunter! Sie haben doch noch am 23. August im „Tagesspiegel“ zu den Plänen von Frau Schavan erklärt, eine Kooperation oder ein Verbund mit dem MDC sei allenfalls langfristig möglich. Ihre Tagträumereien sahen doch ganz anders aus! Von 1,3 Milliarden Euro war bei Ihnen die Rede, von einer Stiftung, an der sich der Bund zur Finanzierung des Investitionsstaus mit 400 Millionen Euro in 15 Jahren beteiligen sollte. Na prima, das ließ die Herzen höher

(Dr. Wolfgang Albers)

schlagen! Die 600 Millionen Euro, die der alte Senat für die Investitionen der Charité vorgesehen hatte, wollten Sie nur noch verstetigen. Wo bleiben eigentlich die Füllhörner, aus denen Sie in der Opposition immer so reichlich geschöpft haben? Aus imaginären Synergien einer engen Kooperation mit einer auch noch erst einzurichtenden Stiftung Vivantes sollten dann noch einmal 300 Millionen Euro herausgeholt und der Charité zugeschlagen werden, offensichtlich auf Kosten der anderen öffentlichen Krankenhäuser. Wie originell war das denn?

Also raus damit: Was ist denn nun eigentlich Ihr spezifischer, persönlicher Anteil an dieser Option Charité und MDC? Es war der scheidende Wissenschaftssenator der rot-roten Koalition, für den Sie so oft nur Spott und Hämme hatten, der schon vor Monaten die notwendigen Gespräche mit der noch zögerlichen Bundesministerin geführt hat. Da haben Sie wissenschaftspolitisch in dieser Stadt noch auf den Bäumen gehockt. Ihm und seiner konsequenten Haltung in dieser Angelegenheit ist dieser Erfolg in erster Linie zu verdanken. Dass Sie, Herr Henkel, nun ankündigen, die Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum auch in den Koalitionsvertrag aufnehmen zu wollen, das ist ja schön, aber was bringen Sie denn eigentlich außer den Hochgesängen des Herrn Zimmer eigenständig wissenschaftspolitisch in diese Koalition ein?

[Nicolas Zimmer (CDU): Reicht doch!]

Fehlannonce! Sie setzen einzig fort, was andere längst eingeleitet haben, und bestätigen damit gleichsam die Solidität unserer klugen rot-roten Wissenschaftspolitik der letzten Jahre.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Und noch eins: Die Unterfinanzierung der Charité, die Sie jetzt so vehement beklagen, ist paradoxerweise letztlich nichts anderes als das Ergebnis der Politik der großen Koalition von ehemals auf Bundesebene. Alles vergessen, Herr Isenberg, Herr Zimmer? Bei Ihrem Langzeitgedächtnis würde ich mein Auto nur noch im Hausflur parken.

[Beifall bei der LINKEN]

Es waren Ihre beiden Parteien, die sich 2006 mit der Föderalismusreform I bei der Finanzierung der Hochschulmedizin einen schlanken Fuß gemacht und die Länder im Regen stehen gelassen haben. Mit der Hochschulbaufinanzierung, durch die 50 Prozent der Kosten für Investitionen in Bauten und Großgeräte abgedeckt waren, wurde im Rahmen dieser Reform auch noch die letzte Lebensader zwischen Universitätsmedizin und Bund gekappt. Den Ländern wurde die Gesamtverantwortung für die Hochschulmedizin aufgebürdet, ohne dass sie aufgrund ihrer schwachen Finanzlage auch nur annähernd in der Lage gewesen wären, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dass Sie nun so vehement ein stärkeres Engagement des Bundes für die Charité begrüßen, beweist

nur, welchen Murks Sie damals gemeinsam im Hinblick auf die Finanzierung der Hochschulmedizin fabriziert haben.

Überall in dieser Republik haben die Universitätskliniken große Probleme. Es fehlt an Geld, um ihre neuen Klinikgebäude zu bauen, Labore zu errichten oder Forschungseinrichtungen zu finanzieren. Die durchschnittliche Investitionsquote der Universitätskliniken liegt bei nicht einmal 8 Prozent. Notwendig wären mindestens 12 Prozent. Die Charité ist hier kein Einzelfall. In Baden-Württemberg wurde gerade ein Solidarpakt mit den Hochschulen abgeschlossen, der die Erbringung einer globalen Minderausgabe von 7 Millionen Euro jährlich vorsieht. Lars Oberg hat es vorhin gesagt: Da verdient es noch einmal besonderer Erwähnung, dass unter dem rot-roten Senat trotz der prekären Haushaltslage die Mittel der Charité für Forschung und Lehre nach Jahren der Absenkung 2011 erstmals wieder aufgestockt werden konnten.

Aber es sind nicht nur die fehlenden Investitionsmittel, die den Hochschulkliniken bundesweit zu schaffen machen. Dazu kommt noch ein weiteres Problem: Universitätskliniken sind Non-Profit-Unternehmen, die eine besonders anspruchsvolle Aufgabe in Forschung, Lehre und Krankenversorgung zu erfüllen haben. Dort werden vor allem und zunehmend schwere und seltene Krankheiten behandelt. Diese Behandlungen sind aufwendig und kostenintensiv. In unserem Finanzierungssystem wird das aber nirgendwo abgebildet. Dafür sind Sie auf Bundesebene verantwortlich, Herr Zimmer! Weder gibt es der Hochleistungsmedizin entsprechende spezifische Fallpauschalen, noch wird dieses aus der adäquaten Behandlung der Patienten strukturell entstehende Defizit auf andere Weise ausgeglichen. Die üblichen Fallpauschalen, die für derartige Behandlungsfälle von den Kassen vergütet werden, reichen bei Weitem nicht aus, die entstehenden Behandlungskosten abzudecken. Die Kliniken bleiben letztlich auf diesen Kosten, die sie für die Allgemeinheit erbringen, sitzen. Hier wäre eine grundsätzliche Korrektur notwendig, mit der die adäquate Ausfinanzierung der Hochschulmedizin langfristig flächendeckend sichergestellt werden kann.

Konstruktionen wie jetzt zwischen Charité und MDC greifen hier zu kurz. Sie lassen sich allenfalls durch die besondere Bedeutung der Charité begründen. Es fehlt aber weiterhin – es wurde hier schon angemahnt – ein schlüssiges, zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmtes Konzept für die Förderung der Universitätsmedizin, das den Leistungen der Hochschulmedizin gerecht wird und ein dauerhaftes finanzielles Engagement des Bundes sichert. So ist die Reaktion auf diese Berliner Sonderlösung in der Universitätslandschaft auch verhalten bis kritisch. Natürlich weckt das verständlicherweise auch Begehrlichkeiten anderswo. Die Warnung des Vorsitzenden des Wissenschaftsrats, Wolfgang Marquardt,

(Dr. Wolfgang Albers)

man müsse sich davor hüten, eine Spezialkonstruktion nach der anderen zu schaffen, die nur Frustration erzeugt, ist ernst zu nehmen. Das kann kein Ersatz für eine grundsätzliche Neukonzeption der Hochschulmedizinfinanzierung in diesem Land sein. Für die chronische Unterfinanzierung der bundesrepublikanischen Medizin sind solche Regelungen nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Fehler liegt im Finanzierungssystem selbst. Das lässt sich allein durch Zuschüsse in die Forschung – auch das muss noch mal gesagt werden: Es geht um Zuschüsse in die Forschung – nicht kompensieren. Das Problem der Krankenversorgung ist dabei überhaupt noch nicht angesprochen.

Ich habe bereits gesagt, dass auch meine Fraktion ein stärkeres Engagement des Bundes für die Charité begrüßen würde. Das wirft aber auch eine Reihe von Fragen auf, Frau Schillhaneck hat es schon vorgetragen. Welche Voraussetzungen meinen Sie denn, Herr Zimmer, die erfüllt werden müssen? Über welche Summen reden wir hier? Und welche Verantwortung übernimmt denn dann der Bund konkret? Und was bedeutet das für die Universitäten in dieser Stadt? Und vor allen Dingen auch: Welche Bedingungen sind gegebenenfalls an ein solches Engagement geknüpft? Angeblich, so zitiert der „Tagespiegel“ Frau Schavan am 1. November, bekommt Berlin das Geld nur, wenn es sich verpflichtet, die Erfolge aus der Exzellenzinitiative mit eigenem Geld zu verstetigen. Ganz prima, aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? Es hilft auch überhaupt nicht, wenn der Zuschuss des Landes für die Charité nun um die Summe gekürzt würde, die der Bund zuschießt. Es kann nur um eine zusätzliche Förderung gehen, aus der keine weiteren finanziellen Verpflichtungen für das Land entstehen. Die Bedingungen müssten Sie erklären! Dazu haben Sie nichts gesagt. Dazu wissen Sie wahrscheinlich auch noch viel zu wenig Konkretes. Umso mehr wundert einen die Hochzeit, in der Sie das Vorgetragene hier servieren.

Noch etwas! Es sollte auch niemand glauben oder glaubend machen, mit dem Engagement des Bundes seien etwa die Infrastrukturprobleme der Charité gelöst. Das strukturelle Defizit bleibt erhalten. Es entsteht in den maroden Gebäuden, und es entsteht in der Krankenversorgung. Auch die Illusion, der Sanierungsstau ließe sich damit beseitigen, ist durch nichts gerechtfertigt. Die Verfassung erlaubt dem Bund bisher nur, einzelne Forschungsprojekte zu finanzieren, nicht aber, ganze Einrichtungen zu fördern. Wie Sie dieses Problem lösen wollen, ist bisher nicht ausreichend geklärt. Das funktioniert sicher nicht, jedenfalls nicht ohne Weiteres, durch die Zusammenlegung mit dem MDC. Das wissen Sie auch. Insofern bin ich gespannt, wie Sie auf all die Fragen gemeinsam Antworten geben wollen, wenn dann der Honigmond vorbei ist und Sie der Alltag eingeholt hat. – Nun lassen wir die jungen Leute noch ein bisschen weiter feiern, und dann wollen wir mal gucken, was der Alltag bringt. – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Albers! – Für die Fraktion der Piraten – Herr Kollege Delius!

Martin Delius (PIRATEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Anfang möchte ich mich entschuldigen, dass die Piratenfraktion zu dieser Aktuellen Stunde keinen eigenen Vorschlag eingebracht hat. Wir waren uns nicht ganz im Klaren darüber, welche Möglichkeiten, doch sehr lang und ausbreitend über das eigene Verständnis und das Verständnis der Kollegen der anderen Fraktionen zu reden, sich uns hier bieten. Wir werden das nachholen.

[Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Das ist meine erste Aktuelle Stunde. Wir reden hier seit etwas über 40 Minuten über ein Thema, das sich wohlklingend zusammenfassen lässt mit „Zusammenarbeit für Spitzenergebnisse in Wissenschaft und Forschung“. Ich habe mich gefragt, was das eigentlich heißt. Ich bin nicht so erfahren in den Wissenschaftsausschüssen wie die Kollegen, die vor mir geredet haben. Was ich aber weiß, ich kann da auch auf Herrn Zöllner eingehen bzw. auf ihn referenzieren: Auch ich habe Herrn Zöllner zu danken, denn ich bin auch für die Hochschulpolitik und die Wissenschaftspolitik interessiert worden durch Sie, allerdings wahrscheinlich aber auf der anderen Seite des Zauns, nämlich bei den protestierenden Studierenden.

[Heiterkeit und Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

2009 haben Sie schon angekündigt – ich zitiere frei –, da muss man mal etwas machen mit der Charité. Ungefähr den Informationsgehalt haben die Interviews, die ich von Ihnen gelesen habe. Im Gegensatz zu den Kollegen von der CDU muss ich hier attestieren, das Aushängeschild der Medizinforschung in Berlin und bundesweit ist nicht florierend, das ist kaputt. Die Studierenden streiken, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Professoren wissen nicht ein noch aus, die Bettensituation hatten wir gerade. Es mangelt an Infrastruktur, an moderner Infrastruktur. Lehrangebote, Betreuungspersonal sind chronisch unterfinanziert. Gleichzeitig herrscht ein massiver Druck auf die Charité, auf das Universitätsklinikum, auf das ich mich beziehen möchte, differenzierter, stärker, exzellenter zu forschen und das Ganze dann auch noch zu finanzieren.

Seit Jahren sinkt der Strukturanteil an Professuren an Berliner Universitäten, auch am Universitätsklinikum Charité bzw. an der Fakultät der Humboldt-Universität. Vorhandenes Geld muss eingesetzt werden, um Drittmittel einzuwerben, muss freigehalten werden, um Kooperationen, wie wir sie heute hier diskutieren, zu ermöglichen, aus Landesmitteln gegenzufinanzieren. Gleichzeitig

(Martin Delius)

drängt eine immer größere Anzahl an Nachwuchswissenschaftlern, wie es so schön heißt, oder auch an Studierenden in die Bereiche der wissenschaftlichen Ausbildung, muss in kleinen Hörsälen, unter tropfenden Decken, in schlecht ausgestatteten Laboren und von überarbeiteten Wissenschaftlern unterrichtet ihr Studium bestreiten.

[Michael Braun (CDU): Was wollen Sie uns denn nun sagen?]

– Dazu komme ich noch, kleinen Moment! –

[Wolfgang Brauer (LINKE):

Er sagt schon mehr als Herr Zimmer! –

Beifall und Heiterkeit bei den PIRATEN, den GRÜNEN und bei der LINKEN]

– Vielen Dank! Wie gesagt: Ich bitte darum, ich übe das noch. – Wir reden hier über genau eine solche Kooperation, die Lehrangebote schaffen soll, die Forschungsmittel bereitstellen und neue Gebäude auf dem Campus Nord in Mitte schaffen soll, 2011, im Juli, schon angekündigt – ich habe ja von den Diskussionen zwischen SPD und CDU vor der Wahl hier gerade viel erfahren – mit einem Memorandum of Understanding. Das ist auch alles, was ich vor dieser Rede über dieses ganze Projekt erfahren konnte. Ich sehe keine Finanzierung durch den Bund. Ich habe dazu noch kein Papier gesehen.

[Lars Oberg (SPD): Manche Sachen geschehen nicht auf dem Papier!]

Ich habe keine Summe gehört, auch heute nicht. – Herr Oberg, auch von Ihnen habe ich heute keine Summe gehört, es würde mich sehr interessieren.

[Lars Oberg (SPD): Natürlich nicht, nicht zu diesem Zeitpunkt!]

– Dann sagen Sie mir doch noch vielleicht, wie Sie es genau ausgeben wollen! Das wäre nämlich mein nächster Punkt. Wie viele Räume, wie viele Einrichtungen, Laborräume, Hörsäle kommen denn dem Universitätsklinikum durch Ihren Plan zugute, wenn Sie denn einen Plan haben, von dem ich auch noch nicht gehört habe, wie viele neue Labors für Grundlagenveranstaltungen?

[Lars Oberg (SPD): Haben Sie denn einen Plan?]

– Es ist nicht meine Aufgabe, einen Plan zu haben. Sie möchten eine Koalition gründen. – Wir wissen es nicht. Einen Entwurf eines Kooperationsvertrags oder ähnlicher Sachen stehen aus, darüber haben wir noch nichts erfahren. Wie viele Arbeitsgruppen können denn den Forschungsbetrieb, den Bettenbetrieb und die Betreuung in der Charité durch so eine Kooperation entlasten?

Wie viele – und das ist für mich als ehemaliger Studierender interessant – Semesterwochenstunden werden denn gemeinsame Professuren in der Kooperation zu leisten haben, bzw. können diese reduziert werden? Im Durchschnitt werden Professuren, die in solchen Kooperationen entstehen, fast gar nicht bis zwei Semesterwochenstunden pro Jahr zur Lehre herangezogen.

Noch viel wichtiger, und das ist eher das Piratenthema: Was passiert eigentlich mit den exzellenten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Sie uns hier ankündigen? Diese Mittel sollen, wie das Max-Delbrück-Centrum zu 90 Prozent, zu Großteilen aus dem Bund kommen, aus Steuergeldern, staatlich finanziert. Wie wird sichergestellt, dass diese wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht in Forschungseinrichtungen und den zugrundeliegenden Instituten oder ähnlichen Sachen verharren, dort nur gegen Abgabe bzw. weitere finanzielle Mittel verwendet werden können? Wie kommen diese Mittel, wie kommen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse den Berlinerinnen und Berlinern, die aktiv Forschung betreiben und zu diesem Nachwuchs in Forschung und Wissenschaft gehören, den Sie gerne fördern möchten, zugute?

All die Dinge, die ich hier gerade anspreche, sind Fragen, die einem solchen Vorhaben eigentlich vorangestellt werden sollten. Jetzt sitzen wir hier in der Aktuellen Stunde und diskutieren eigentlich über nichts.

[Zuruf von Claudia Hämmerling (GRÜNE)]

Wir haben Herrn Zöllner gelobt.

[Zuruf von den GRÜNEN: Wir nicht!]

Das ist auch durchaus legitim. Wir haben die neu entstandene Koalition – oder neu entstehende Koalition, ich entschuldige mich – gelobt, wir haben aber keine konkreten Vorschläge darüber gehört, wie es denn weitergehen soll mit dieser Idee, die hier im Raum steht. Das Gefühl, das ich habe, und auf mehr kann ich mich nicht berufen, denn Zahlen, wie gesagt, bleiben Sie mir schuldig, ist, dass Sie hier ein Luftschloss bauen, ein schönes Leuchtturmprojekt haben wir heute schon gehört, ein schönes Projekt, wie man sich profilieren kann, auch in der Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden, das aber jeglichen Körper bzw. jegliche Ausgestaltung bisher vermissen lässt.

Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie ein paar Vorschläge von mir in die Arbeit der nächsten Wochen mit einbeziehen. Ich schlage vor, wenn Sie ausdifferenzierte und vielfältige Lehre und Forschung und wissenschaftliche Ausbildung bieten wollen, dann finanzieren Sie Strukturprofessuren und Arbeitsgruppen an den Einrichtungen, die Sie in Berlin haben. Stellen Sie sicher, dass solche Finanzierungen direkt in den universitären Forschungsbetrieb und auch in das Klinikum Charité einfließen und nicht über Kooperationen und Institutionen und Umwege zu denen gelangen, die es wirklich brauchen! Naturwissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern heißt, Praktikumsräume, Laborräume, Betten auf den Campus Nord zu bauen und nicht ein Zentrum für Lebenswissenschaften, das mehr oder weniger abgekapselt ist von dem, was dort normalerweise passiert und Aufgabe der Stadt Berlin ist. Ich schlage vor, die wissenschaftliche Landschaft in Berlin zu fördern und zu bereichern, indem man sich darauf konzentriert, wissenschaftliche Erkenntnisse

(Martin Delius)

allen zur Verfügung zu stellen, das heißt, das Thema Open Access in solche Kooperationen aufzunehmen.

Am Ende – ich hoffe, ich habe Sie nicht allzu sehr gelangweilt – möchte ich Sie bitten, solche Aktuellen Stunden doch mit ein wenig mehr Inhalt zu füllen, mit etwas, worüber man wirklich diskutieren kann. – Danke schön!

[Beifall und Heiterkeit bei den PIRATEN,
den GRÜNEN und bei der LINKEN –
Zuruf von Dr. Gabriele Hiller (LINKE)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Delius! – Wir haben jetzt die Rede des Senats. Für den Senat redet Prof. Dr. Zöllner. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aktuell ist wohl in diesem Zusammenhang die Nachricht, der nicht widersprochen worden ist, dass die Koalition aus CDU und SPD – das in Richtung Ihrer Fraktionen! – beabsichtigt, basierend auf Gesprächen des Senats mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, um in einem Pilotprojekt in Berlin die Forschungsbereiche der Charité mit dem MDC, dem Max-Delbrück-Centrum, institutionell zu verbinden, um weltweit in der Spitze in diesem Forschungsbereich höchste Sichtbarkeit zu erzeugen und in diesem Zusammenhang auch eine Lösung finden zu wollen, die erfolgreichen Strukturen der Exzellenzinitiative – ich betone: in allen Wissenschaftsbereichen – in Berlin nachhaltig zu fördern. Wenn das nicht aktuell ist, dann weiß ich nicht, was Aktualität ist.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Und da kann ich nur das wiederholen, was von einigen gesagt worden ist: Dies ist eine riesige Chance. Es ist eine riesige Chance für die Charité, es ist eine riesige Chance für die Wissenschaft. Aber es ist auch eine riesige Chance für die Stadt Berlin, weil nach meiner festen Überzeugung ein starker Wissenschaftsbereich und da zentral der Gesundheitswissenschaftsbereich die Grundvoraussetzung auch für eine wirtschaftliche Perspektive dieser unserer Stadt ist. Und ich glaube, es ist auch eine Chance für die Wissenschaft insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland, weil es Probleme beispielhaft lösen kann, die gelöst werden müssen, weil wir sonst mit dem Problem der Forschungsförderung nicht zurechtkommen.

Das Ganze aber – das will ich überhaupt nicht verschweigen, und gerade weil es so wichtig ist, dass man es erreicht, muss man es sehen – ist kein Selbstläufer. Ich will es jetzt nicht in allen Einzelheiten aufzählen, aber das erste Problem liegt doch auf der Hand: Ohne dass ich jetzt hier konkrete Zahlen nenne – ich könnte sie nennen, aber Sie können sie sich selbst ausrechnen –, ist dieses

unser Ziel, die gemeinsame Institution Charité und Max-Delbrück-Centrum zu einer echt wettbewerbsfähigen Institution international in der obersten Liga, wie man so schön sagt: Champion's League, zu machen, nur erreichbar, wenn man sie entsprechend finanziert – nur dass es ein Gefühl dafür gibt, was auf diese Stadt oder aber auf denjenigen, der es finanziert, zukommt. Die Bundesinstitutionen haben garantierte jährliche Zuwachsraten von 5 Prozent pro Jahr. Sie können es sich auch in der Fraktion der Piraten ausrechnen, was das in fünf, sechs, sieben oder acht Jahren an Mehrkosten bedeutet, wenn man das leisten will.

[Zuruf von den PIRATEN: Viele, viele Millionen!]

Es gibt Benchmarking, was die Financer so lieben, was man an Investitionen braucht. Sie werden keine Institution der Weltspitze erzeugen oder halten können, wenn Sie nicht mindestens so viel investieren wie die Wettbewerber in Deutschland. Das sind mindestens im Bereich der Charité 90 Millionen. Und ich bin der festen Überzeugung – nur wo es hingehen muss finanziell –, dass unsere Institutionen in Berlin bei der Exzellenzinitiative weiter erfolgreich sind. Das heißt, wir müssen damit rechnen, dass eine Größenordnung von 15 Millionen auf das Land und gegenfinanziert 35 Millionen durch den Bund nach 2017, eben wenn man diese nachhaltig fördern will, aufgebracht werden muss.

Das sind aber noch nicht der Gründe genug, wieso es kein Selbstläufer ist. Wir wissen alle in diesem Zusammenhang, dass der Bund nach dem Grundgesetz nicht berechtigt ist, auf Dauer institutionell Universitäten – und die Charité ist eine Universität – zu finanzieren. Wir wissen weiterhin, dass eine solche Kooperation in Berlin in dieser Dimension sicher politisch von den anderen Bundesländern und von der wissenschaftlichen Community, wie man so schön sagt, akzeptiert werden muss. Trotzdem, das Ziel, eine international wirklich konkurrenzfähige Spitzeninstitution im Bereich der Wissenschaft hier in Berlin zu machen und zweitens nachhaltig auch alle anderen exzellenten Wissenschaftsbereiche in Berlin – in der HU, FU, TU oder außeruniversitär – zu fördern und drittens das Ziel, gleichzeitig die Finanzierbarkeit mit den unterschiedlichen Möglichkeiten von Bund und Land zu realisieren, ist wichtig genug.

Und jetzt sage ich Ihnen, weil ich mich lange genug damit beschäftigt habe; Sie haben ja darauf hingewiesen, dass ich auch mit Frau Schavan über dieses Problem seit Längerem intensiv spreche: Ich bin der festen Überzeugung, es ist erreichbar. Und man kann am Anfang und am Ausgangspunkt eines Prozesses nie sagen, wenn er kein Selbstläufer ist, wie es im Einzelnen aussieht. Aber ich glaube, es gibt einige Punkte, von denen man sagen kann, dass sie Ausgangspunkte von Verhandlungen nicht nur sein müssen, sondern auch können, die eine klarere Richtung weisen: Erstens, man bildet eine gemeinsame Dachinstitution zur Steuerung des Ganzen. Dieses, ohne dass ich das Modell KIT des Karlsruher Institute of Techno-

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

logy hier hochhalte, ist möglich, wie KIT gezeigt hat. Und übrigens für die Skeptiker: Dazu war kein Beschluss der anderen Bundesländer notwendig, sondern es war eine Vereinbarung zwischen Bund und Land. Es geht also eine gemeinsame Dachinstitution. Wir erhalten damit etwas, was die Möglichkeit hat, dass das Ganze mehr ist als die Summe der Einzelteile. Und es ist automatisch in der Top-Liga, in den Rankings usw.

Der zweite Punkt aus meiner Sicht ist, dass das Land sich tatsächlich grundsätzlich verpflichtet, die Charité auf dem Niveau des Jahres 2011 weiter zu finanzieren. Dieses ist für die überregionale Akzeptanz unabdingbar und für unser Ziel. Es ist auch schon gesagt worden, dass das Ziel sein muss, mehr Geld für schwerpunktmäßige Forschungsförderung zu erhalten; das ist auch unabdingbar notwendig.

Der dritte Punkt, von dem man aus meiner Sicht ausgehen muss, ist, dass der Bund zusätzliche Mittel laufend und investiv forschungsbezogen in das System über das Max-Delbrück-Centrum gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Insider! Auch das ist möglich, auch das findet statt. Es ist nichts anderes als das, was zurzeit schon in vielen Bundesländern über die Finanzierung der Gesundheitszentren praktiziert wird. Auch hier den kleinen Schlenker: Dieses geschieht nicht durch einen Gesamtbeschluss, den alle mittragen müssen, sondern durch wechselseitige Vereinbarungen des einzelnen Landes mit der Bundesregierung.

Der vierte Punkt, den ich für wesentlich in diesem Zusammenhang halte, ist, dass das Land sich zur nachhaltigen Förderung der erfolgreichen Strukturen aller Wissenschaftsbereiche in Berlin nach Auslaufen der Exzellenzinitiative verpflichtet. Selbstverständlich muss man diesen Punkt im Zusammenhang mit Umfang und Form, in denen zusätzliche Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, sehen. Und dann wird man sehen, in welcher Form und in welchem Umfang man das realisieren kann. Aber es ist unabdingbar notwendig, dass dieses unabhängig von der neuen Institution – wie Herr Zimmer es gesagt hat – in einem objektiven Peer-Review-Verfahren verläuft. Weiterhin ist dieser Punkt unbedingt notwendig, weil die Spitzenforschung trotz aller Brillanz in den Lebenswissenschaften nicht nur Lebenswissenschaften ist. Es ist auch Topoi, Antikenkolleg, es sind die Physiker. Und wenn wir nicht beides gleichzeitig erledigen, werden wir den Wissenschaftsstandort letzten Endes sogar schwächen, anstatt ihn zu stärken.

Es ist unabdingbar, weil nur dieser Ansatz im Gegensatz zu KIT, im Gegensatz zu Jülich dieses zu einem Modell für andere Standorte in der Bundesrepublik Deutschland macht und wir nur so die Akzeptanz der wissenschaftlichen Community bekommen. Ich sage Ihnen: Max Planck und Leibniz werden kein Interesse an einem stärkeren Engagement des Bundes in den Universitäten ha-

ben, wenn es nicht die Sicherheit oder zumindest die Chance gibt, dass ihre exzellenten Bereiche auch davon profitieren können.

Und der letzte Punkt, den ich für wesentlich halte, ist, dass der Bund in den Aufsichtsratsgremien beteiligt wird. Dann mögen Sie jetzt glauben, das ist ein Zugeständnis. – Nein, im Gegenteil! Ich meine, diese Tatsache ist der Garant dafür, dass eine Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen auf Dauer angelegt wird.

Es gibt selbstverständlich Fragen in diesem Zusammenhang: Warum geht man nicht die einfache Lösung Änderung des Grundgesetzes, die jetzt dauernd gefordert wird und scheinbar konsensfähig ist? – Ich sage Ihnen, meine Antwort ist ganz simpel: Erstens: Ich bin in diesem Geschäft alt und grau geworden. Ich weiß nicht, ob das überhaupt geändert wird. Zweitens: Ich weiß auch nicht, wann es geändert wird. Drittens: Es wird nach meiner Einschätzung, wenn es optimal läuft und überhaupt geändert wird, frühestens in der nächsten Legislaturperiode geändert.

Und dann sage ich Ihnen eines: Dann ist – leger gesprochen – der Markt für ein Pilotprojekt hier in Berlin verlaufen, weil letzten Endes die Punkte 2014/15 geklärt sein müssen, damit sie zum Modell für das Auslaufen nach 2017 werden.

Und ich sage Ihnen auch in der Sache: Ich halte die Änderung des Grundgesetzes für notwendig. Es ist wichtig, dass es in einigen Fällen dadurch Lösungsmöglichkeiten gibt. Aber das löst nicht das Grundproblem, das wir eigentlich haben. Ich will es Ihnen an einem konkreten Beispiel hier aus Berlin benennen: Ich möchte nicht mehr in eine Diskussion verwickelt sein und die Entscheidung treffen, wenn man hier in dieser Stadt entscheiden muss, ob die HU, die FU, die TU oder die Charité Bundesuniversität wird, geschweige denn, wie man dann nachher mit den exzellenten außeruniversitären Einrichtungen reden und handeln will. Also nur eine solche Lösung, wie wir sie jetzt hier in Berlin möglicherweise erreichen können, ist eine Perspektive für Berlin und ist auch eine Perspektive für andere.

Die nächste Frage ist: Warum jetzt und nicht später? – Ich habe es schon angedeutet: weil, wenn sie später kommt, es keinen Piloten mehr geben wird, weil dann in Nachfolge der Exzellenzinitiative Fakten geschaffen werden müssen.

Und es gibt einen zweiten speziellen Grund für Berlin dazu: Die spezielle Situation in Berlin, die in der Reichhaltigkeit, aber auch in der Kompliziertheit der Forschungslandschaft einmalig ist, wird sich nicht mehr berücksichtigen lassen, wenn man nicht die Chance hat, in einem Piloten letzten Endes an der Grundkonstruktion beteiligt zu werden.

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

Die dritte Frage, die sich stellt: Wie werden durch eine solche Maßnahme die sicher vorhandenen wirtschaftlichen Probleme in der Krankenversorgung gelöst? – Da sage ich Ihnen nur schlicht und einfach: Nein, die werden nicht gelöst. Natürlich muss man sich weiter mit Governancestrukturen beschäftigen. Natürlich muss man weiter über die Kooperation – ich betone, Kooperation – mit Vivantes nachdenken. Natürlich muss man weiter über die Bettenzahl reden und nachdenken und entscheiden. Ich bin mir aber absolut sicher, dass keines dieser Probleme dadurch schwerer wird, dass wir das eigentlich große Problem der Finanzierung von Spitzenwissenschaften im Bereich der Charité, in dem wir in der Verantwortung sind, gelöst haben.

Und jetzt kommt am Schluss – und ich weiche der nicht aus – die möglicherweise entscheidende Frage, wie das Ganze finanzierbar ist. Am Anfang eines Prozesses muss man eben darüber verhandeln. Aber ich meine, die Aussichten sind nicht so schlecht. Es sind hier einige Bemerkungen gefallen, dass man erwartet hat, dass sich die Bundesregierung äußert, wie viel Geld sie in dieses System zu geben bereit ist. Das entbehrt jeglicher Realität. Wir haben das Commitment von Frau Schavan. Keiner hat sie dazu getrieben, und keiner von uns hätte sie zwingen können. Dass sie es getan hat, dafür bedanke ich mich jetzt auch noch mal ausdrücklich.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Aber wenn sie es gemacht hat – ich darf Ihnen versichern: Frau Schavan ist intelligent genug, dass sie weiß, dass das Problem da nicht – und ich sage: Übertreibung macht anschaulich – mit der Kofinanzierung einer Exzellenzuni in der Größenordnung von 5 Millionen Euro zu lösen ist. Dieses weiß sie. Und da sie es weiß, ist dieses ein unheimlich guter Ausgangspunkt für Gespräche.

Ich bin also – zusammengefasst – der festen Überzeugung, dass eine Lösung in dem entscheidenden Punkt möglich ist, die ohne Wenn und Aber auch der speziellen Haushaltssituation des Landes Berlin entspricht.

Nach meiner Erinnerung gab es in der aktiven Zeit von Herrn Bundeskanzler Schmidt einen Spruch von ihm, in dem er gesagt hat: Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen. – Ich habe den Eindruck, das ist der einzige oder einzig wesentliche Punkt, in dem ich persönlich anderer Ansicht bin.

[Michael Schäfer (GRÜNE): Das heißt, Sie sind auch für Peer Steinbrück?]

Ich bin der festen Überzeugung: Politik lässt sich nicht ohne Visionen machen. Ich habe versucht, hier fünf Jahre nach einer Vision zu arbeiten, einer Vision von Berlin – dass Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland ist, dass Berlin das Zentrum der Kultur in Deutschland ist und dass Berlin die Hauptstadt der Wissenschaft in Deutschland werden und bleiben muss, weil sie nur dann, wenn sie auf drei Füßen steht und damit auch eine

wirtschaftliche Perspektive hat, eine ideale Zukunft beinhaltet.

Vor diesem Hintergrund ist dieses eine riesige Chance. Es ist keine Selbstverständlichkeit. Und deswegen braucht man in diesem Moment Leute – und das kommt jetzt auf Sie zu –, die nicht in die Hände spucken, um sich unschuldig zu machen, sondern die die Probleme anpacken. Ich greife – und das ist nicht angesprochen – das auf, was Herr Oberg gesagt: Machen Sie dieses zu Ihrem gemeinsamen Projekt! Wir sind alle Berliner.

[Beifall bei der SPD, der CDU
und der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Zöllner, für Ihren Wortbeitrag! – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 4:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin

Für die Ifd. Nrn. 4.1 und 4.2 sind keine Prioritäten benannt worden.

Wir kommen zur Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Tagesordnungspunkt 12:

Ifd. Nr. 4.3:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Annahme einer Entschließung
Drucksache [17/0025](#)

**Langzeiterwerbslose Menschen müssen Chancen
auf Arbeit behalten**

Hierzu gibt es auch einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 17/0025-1. Da wir in den Prioritäten sind, steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und für die Fraktion Frau Kollegin Bangert. – Bitte, Sie haben das Wort!

Sabine Bangert (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Berlin belegt beim Abbau der Erwerbslosigkeit bundesweit den letzten Platz. Gerade mal 1,5 Prozent ist die Erwerbslosenquote in Berlin im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Im Rechtskreis des SGB II, dem in Berlin rund 82 Prozent der Erwerbslosen angehören, ist der Rückgang mit 0,8 Prozent noch geringer. Bei älteren Menschen und

(Sabine Bangert)

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist die Erwerbslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr sogar angestiegen. Dies zeigt, dass es trotz einer besseren Lage am Arbeitsmarkt für bestimmte Gruppen ohne intensive Förderung kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt gibt. Was macht die schwarz-gelbe Bundesregierung in dieser Situation? – Im Rahmen der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente schränkt sie die Beschäftigungsförderung für benachteiligte Zielgruppen stark ein und koppelt dies mit massiven Kürzungen im Arbeitsmarktetat.

[Zuruf von links: Unerhört!]

Das ist sozialpolitisch und beschäftigungspolitisch falsch.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Bis 2015 plant die schwarz-gelbe Bundesregierung Kürzungen von fast 8 Milliarden Euro in der Arbeitsmarktpolitik. Bereits die in diesem Jahr vollzogenen Kürzungen im Eingliederungstitel haben zu einem drastischen Rückgang der Förderung durch die Jobcenter geführt. Setzt die Bundesregierung auch noch die geplanten Kürzungen um, werden wir in Berlin einen Kahlschlag in der Arbeitsförderung erleben. Die Chancen vieler erwerbsloser und hier insbesondere langzeiterwerbsloser Menschen auf Arbeit und Teilhabe werden damit zunichte gemacht. Die Spaltung des Arbeitsmarkts wird sich weiter vertiefen. Wir werden hier eine paradoxe Situation haben: Uns droht ein Fachkräftemangel bei gleichzeitig hoher Erwerbslosigkeit.

Es ist ein Trugschluss, dass weniger Erwerbslose weniger Mittel benötigen. Gerade jetzt brauchen wir flexible und passgenaue Instrumente, mit denen man erwerbslosen Menschen Wege in Arbeit anbietet. Das setzt aber voraus, dass qualifiziertes Personal in den Jobcentern und genügend Mittel für die Förderung zur Verfügung stehen. Die beste Strategie, um bei der Arbeitsförderung Geld zu sparen, ist eine nachhaltige Vermittlung von möglichst vielen Erwerbslosen in Arbeit,

[Beifall bei den GRÜNEN]

und zwar in Arbeit, von der sie leben können und die sie sozial absichert. Die aktuelle Arbeitsmarktlage ist dafür die ideale Basis. Das arbeitsmarktpolitische Gebot der Stunde lautet darum, jetzt in erwerbslose Menschen und ihre Fähigkeiten zu investieren, damit sie vom Aufschwung profitieren können. Genau das Gegenteil plant Schwarz-Gelb im Bund. Die arbeitsmarktpolitische Reform von der Leyens gleicht mehr einer Geisterfahrt denn einem zukunftsfähigen arbeitsmarktpolitischen Konzept.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und CDU! Setzen Sie sich im Vermittlungsverfahren dafür ein, dass diese Irrfahrt beendet wird und die Eingliederungschancen vor allem von Langzeiterwerbslosen verbessert werden.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir brauchen keine Steuererleichterungen, sondern eine Rücknahme der Mittelkürzungen im Arbeitsmarktetat.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Aber auch auf Berliner Ebene ist ein arbeitsmarktpolitisches Umsteuern notwendig, denn wir stellen fest, dass sich allem Anschein nach die soziale Kälte und Konzeptionslosigkeit von Schwarz-Gelb im Bund auf Rot-Schwarz in Berlin überträgt. SPD und CDU ignorieren, dass es in Berlin eine verfestigte Langzeiterwerbslosigkeit gibt, von der fast 70 000 Menschen betroffen sind. Oder wie begründen Sie die geplanten Kürzungen im Landeshaushalt im Bereich der Arbeitsmarktpolitik? Das ist kontraproduktiv und sozial ungerecht, und es ist ein bundesweit einmaliger Vorgang, dass dies von der SPD mitgetragen wird.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Wir alle wissen doch, dass Erwerbslosigkeit das größte gesellschaftliche Armuts- und Ausgrenzungsrisiko ist. Um Teilhabe an Arbeit für alle zu organisieren und neue Chancen auch für Langzeiterwerbslose, insbesondere Ältere, Geringqualifizierte, aber auch für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, zu schaffen, bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Für Menschen, die trotz aller Bemühungen auf absehbare Zeit ohne Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bleiben, muss Arbeitsmarktpolitik Lösungen bereit halten.

Deshalb brauchen wir in Berlin einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt. Dieser muss nachhaltiger sein als der ÖBS der Linken und unabhängig von Bundesprogrammen wie zum Beispiel der Bürgerarbeit finanziert werden. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr längerfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsangebote, damit Langzeiterwerbslose in sinnvoller Beschäftigung qualifiziert werden können. Diese Beschäftigungsangebote müssen selbstverständlich existenzsichernd entlohnt werden. Der Änderungsantrag der Linken nimmt hier eine Präzisierung vor. In diesem Sinne hoffe ich, dass unser Antrag eine breite Zustimmung findet und bedanke mich.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Bangert! Sie haben exakt fünf Minuten gesprochen. Vorbildlich! – Frau Kollegin Radziwill hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

Ulker Radziwill (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Bangert! Ich teile mit Ihnen die Auffassung, dass das von der schwarz-gelben Bundestagsfraktion verab-

(Ulker Radziwill)

schiedete Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt den Interessen arbeitssuchender Menschen und vor allem dem notwendigen Ziel der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in keiner Weise gerecht wird. In der Tat bekommen die Länder mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit mit diesem Gesetz keine sinnvolle Unterstützung. Die Kürzungen der Bundesmittel beim Eingliederungstitel sind unverhältnismäßig hoch und in der Folge verantwortungslos.

Für die SPD-Fraktion gilt: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Für uns ist Arbeitsmarktpolitik ein Bestandteil von Bildungspolitik. Fehlt das Geld bei der Aus- und Weiterbildung, müssen wir es später in Form von Sozialausgaben um ein Vielfaches ausgeben. Die SPD-Fraktion wird deshalb selbstverständlich nicht aufhören, die Kürzungen des Bundes in der Arbeitsmarktpolitik zu kritisieren. Knapp 40 Prozent Kürzungen innerhalb von zwei Jahren stellen die Landespolitik vor kaum lösbare Herausforderungen.

Der Bund finanzierte über die Bundesagentur für Arbeit für Berlin noch im Jahr 2010 für insgesamt 680 Millionen Euro Eingliederungsmaßnahmen. 2012 werden es voraussichtlich gut 420 Millionen Euro sein. Berlin kann diese Kürzungen des Bundes nicht ausgleichen. Der Bund hat früher knapp über 50 Prozent des Budgets als Leistungen für den zweiten Arbeitsmarkt finanziert und dies auf unter ein Drittel zurückgefahren. Bei öffentlich geförderter Beschäftigung hat es dadurch einen besonders starken Rückgang gegeben, der es erforderlich macht, mit den Landesmitteln möglichst viele Plätze zu realisieren.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass diese Reform auf Bundesebene verabschiedet wird, nicht um die Spaltung am Arbeitsmarkt zu überwinden, sondern um die strukturellen Kürzungen, also das Spardiktat von Finanzminister Wolfgang Schäuble, in Gesetzesform zu gießen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Ich stelle auch fest, dass die Kürzungen und die Instrumentenreform im Antrag fast synonym behandelt werden. Aber der größere Teil der Kürzungen wurde bereits von 2010 auf 2011 ohne den Hintergrund der Instrumentenreform durchgezogen. Zu der Instrumentenreform selbst haben die A-Länder bereits in einer gemeinsamen Stellungnahme das Nötige gesagt.

Werte Frau Bangert! Liebe Gesamtfraktion der Grünen! Sie müssen eigentlich zur Kenntnis genommen haben – wenn Sie denn Zeit für Politikgestaltung statt nur für Mediation haben –, dass kürzlich der Senat bereits im Bundesrat entsprechend abgestimmt hat. Deshalb sind in Ihrer Entschließung Ihre Forderung in den Ziffern 1 und 2 aus meiner Sicht abzulehnen. Zu Ziffer 3: Die Kritik an den Kürzungen und der Instrumentenreform werden insoweit von der SPD-Fraktion geteilt. Nur mit den Mitteln

der Bundesagentur sind nennenswerte Wirkungen zu erzielen.

Aber die entscheidende Frage ist nun, was das Land Berlin mit seinen Mitteln unternehmen kann. Das Land Berlin wird die Kürzungen des Bundes betragsmäßig nicht ausgleichen können. Die Kürzung um eine Viertelmilliarde Euro innerhalb von zwei Jahren, ist mit unseren bescheidenden Möglichkeiten nicht auszugleichen. Es wäre leistbar, die Kofinanzierungsmittel Berlins so einzusetzen, dass damit mehr sozialversicherungspflichtige öffentlich geförderte Beschäftigungen als bisher im ÖBS ermöglicht werden können. Die Rahmenbedingungen haben sich insoweit stark verändert. Die Kofinanzierungen sind aus meiner Sicht deshalb nötig, weil Sachkosten der gemeinwohlorientierten Beschäftigungsplätze im Bundesprogramm wie Bürgerarbeit nicht bezuschusst werden und deshalb dieses Programm nur schleppend anläuft.

Ich will noch anmerken: Der ÖBS in der bisher kofinanzierten Form soll nicht deswegen eingestellt werden, weil der Koalitionspartner hier wechselt, sondern weil sich die Bedingungen stark verändert haben.

Zum Schluss noch Folgendes: Letztlich könnten die Bundesagentur für Arbeit und die Bundesregierung auch auf die Idee kommen, dass ein Bundesland, das eigenständig Stellen einrichtet, auf Bundesmittel gänzlich verzichten könnte. Ich glaube nicht, liebe Grüne, dass Sie das wollen. Das wäre mir jedenfalls neu.

Liebe Gesamtgrüne! Die Entschließung hake ich als einen netten, aber erfolglosen Versuch ab, zwischen die künftigen Koalitionspartner einen Keil zu treiben. Das ist Ihnen nicht gelungen. Die Details dazu können wir in den entsprechenden Ausschussberatungen gern vertiefen. Sie können uns dort auch gern darstellen, wie Sie sich die Finanzierung vorstellen. Deshalb plädiere ich für die Ausschussüberweisung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Frau Kollegin Radziwill! Auch an Sie das Lob: Exakt fünf Minuten! – Für die CDU hat jetzt Prof. Dr. Korte das Wort. – Bitte schön!

Dr. Niels Korte (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Grünen macht den Eindruck, dass die Antragsteller sich bei der Formulierung von der aktuellen Pressemitteilung des Bundesrats inspirieren ließen und auch einige besonders provokante Formulierungen von dort übernommen haben.

(Dr. Niels Korte)

[Sabine Bangert (GRÜNE): Was ist schlecht daran?]

Der Antrag zeigt aber vor allem, dass sich die Antragsteller inhaltlich nicht mit dem Bundesgesetz beschäftigt haben und offensichtlich auch nicht die neuen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt kennen.

[Beifall bei der CDU]

Um es ganz deutlich zu sagen: Auch wir wollen – so, wie Sie Ihren Antrag überschreiben – bessere Chancen auf Arbeit für Menschen, die schon lange keiner Beschäftigung mehr nachgehen. Sie vermischen aber in Ihrem Antrag locker und leichthin ganz unterschiedliche Problembereiche.

Erstens schreiben Sie, die Reform der Arbeitsmarktinstrumente diene ausschließlich der Kürzung von Haushaltsmitteln.

[Sabine Bangert (GRÜNE): Das ist auch so!]

Das ist falsch! Richtig ist dagegen: Das eine hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Die Reform der Instrumente für die Arbeitsmarktvermittlung betrifft vor allem den Bereich SGB III, also gerade nicht die langzeitarbeitslosen Menschen. Der Bund ordnet mit dem Gesetz die Instrumente für Arbeitslose, die vom ersten Arbeitsmarkt kommen und dorthin schnell wieder zurückkehren. Dagegen betrifft die Kürzung der Eingliederungsmittel, die Sie beklagen, den Rechtskreis SGB II, also einen ganz anderen Bereich.

[Zuruf von Sabine Bangert (GRÜNE)]

In der Sache ist die Instrumentenreform dringend notwendig, um die Wirksamkeit dieser Arbeitsmarktinstrumente zu erhöhen.

[Beifall bei der CDU]

Der Bundesrepublik geht nicht die Arbeit aus, aber uns droht der Nachwuchs auszugehen, der diese Arbeit leisten kann. Angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ist deshalb eine effektivere Aktivierung von Arbeitssuchenden unser wichtigstes Ziel.

[Beifall bei der CDU]

So ist es beispielsweise richtig, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im SGB III zu streichen, denn das ist ein Instrument des zweiten Arbeitsmarkts, das in der Hochphase der Arbeitslosigkeit auch für den ersten Arbeitsmarkt eingesetzt wurde. Damit wurden marktnahe Arbeitnehmer in Arbeitsmaßnahmen geparkt. Das ist weder sinnvoll, noch ist es auf Dauer zu finanzieren.

Zweitens: Wenn Sie von Haushaltskürzungen in Höhe von 40 Prozent sprechen, dann streuen Sie den Berlinern und Berlinern Sand in die Augen! Sie suggerieren: Der Bund lässt Berlin allein. Ich will das an der Stelle einmal klarstellen: Wir hatten während der Wirtschaftskrise – also seit dem Jahr 2008 – sehr viel zusätzliches Geld im System. Damit sollten die Auswirkungen der

Krise auf den Arbeitsmarkt gering gehalten werden. Die Wirtschaftskrise ist überwunden, bundesweit gibt es jetzt weniger als 2,8 Millionen Arbeitslose. Die aktive Arbeitsmarktpolitik hat in der Krise dazu beigetragen, auch in Berlin die verfestigte Sockelarbeitslosigkeit erkennbar abzubauen. Für die kommenden beiden Jahre gibt es eine gute Prognose: Der Arbeitsmarkt war so aufnahmefähig wie selten zuvor. Da liegt es auf der Hand, dass wir jetzt, wenn es weniger Leistungsberechtigte gibt, die Finanzmittel optimierter einsetzen. Sie werden auf das vor der Wirtschaftskrise im Jahr 2007 bestehende Ausgabenniveau zurückgeführt. Übrigens – das wird Sie vielleicht überraschen – wird im Durchschnitt das Pro-Kopf-Niveau bei den Eingliederungsmitteln sogar über den Ausgaben von 2007, also über dem Stand vor der Krise liegen. Nichtsdestotrotz müssen wir für den sehr speziellen Berliner Arbeitsmarkt eine andere Arbeitsmarktpolitik machen als andere Bundesländer.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Ülker Radziwill (SPD)]

Wir machen es uns hierbei in den Koalitionsverhandlungen nicht einfach. Berlin benötigt ein Konzept, das sich an die langzeitarbeitslosen Menschen in der Stadt richtet und sie in Arbeit bringt. Das hat bisher kein Senat geschafft. Wir brauchen hier überaus flexible Förderansätze für die unterschiedlichen Zielgruppen. Wir wollen eine Abkehr von dauerhaft öffentlich geförderten Beschäftigungsverhältnissen. – Werte Kollegen von der Fraktion der Grünen! Ihre Forderungen nach Jobs im Rahmen eines auf Dauer angelegten gemeinwohlorientierten sozialen Arbeitsmarkts zeigt, dass Sie Ihren Optimismus aufgegeben haben. Ihre Forderung ist nicht modern, sie ist überholt.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Ülker Radziwill (SPD)]

Wir wollen dagegen für langzeitarbeitslose Menschen eine intensive Betreuung, ein Coaching und als Ziel ein konkretes Jobangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt. Der Erfolg dieses Ansatzes ist übrigens schon jetzt bei der Berliner Joboffensive erkennbar. Bei der Integrationsquote haben sich die Jobcenter der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg seit Juni 2011 vom letzten Platz zehn auf den vierten Platz vorgearbeitet.

[Sabine Bangert (GRÜNE): In prekäre Beschäftigungsverhältnisse!]

Die CDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass das vom Bundestag verabschiedete Gesetz geeignet ist, auf die aktuellen Erfordernisse des Arbeitsmarkts eingehen zu können.

Vizepräsident Andreas Gram:

Herr Kollege! Sie müssen zum Ende kommen!

Dr. Niels Korte (CDU):

Wir wollen eine intensive Befassung mit dem Thema. Deshalb unterstützen wir die Überweisung in den Ausschuss. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Herr Kollege Korte! – Für die Fraktion der Linken hat jetzt die Kollegin Breitenbach das Wort. – Bitte!

Elke Breitenbach (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Lieber Herr Korte! Ich empfehle Ihnen gleich zu Anfang, sich vielleicht noch einmal mit dem Lieblingsprojekt Ihrer Arbeitsministerin Frau von der Leyen, der Bürgerarbeit, auseinanderzusetzen. Dann werden Sie feststellen, dass die auf Dauer angelegt ist, allerdings zu Niedriglohnbedingungen.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Ansonsten hat die bisherige Debatte eine große Übereinstimmung zwischen der SPD, den Grünen und uns gezeigt. Auch wir halten das schon genannte Bundesgesetz für falsch. Es folgt die Idee, die Sie eben auch noch einmal dargestellt haben: Wirtschaftlicher Aufschwung führt automatisch dazu, dass Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Deshalb benötigen wir weniger Beschäftigungspolitik und dafür wird weniger Geld erforderlich. Das ist absurd, das ist eine Milchmädchenrechnung, die niemals aufgehen wird. Das werden Sie noch erleben!

[Beifall bei der LINKEN]

Dieses Gesetz wird auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen umgesetzt. Es wird dazu führen, dass sich ihre Situation weiter verschlechtert.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Sabine Bangert (GRÜNE)]

Deshalb sind die Forderungen im Antrag der Grünen folgerichtig. Wir unterstützen sie fast alle, abgesehen von Punkt 3. Man muss uns – das wird hier niemanden verwundern – auch nicht davon überzeugen, dass ein gemeinwohlorientierter sozialer Arbeitsmarkt, in dem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose geschaffen werden, der richtige Weg ist. Wir sind in Berlin mit dem ÖBS eben diesen Weg gegangen. Wenn die Grünen das heute auch fordern, dann freut uns das.

[Beifall bei der LINKEN]

Die Grünen fordern ein entsprechendes Landesprogramm. Wir verschließen uns dieser Idee nicht, aber ich möchte daran erinnern, dass wir – noch gemeinsam mit

der SPD – einen Antrag vorgelegt haben, der eine andere Finanzierungsgrundlage möglich macht und der den ÖBS bundesweit einführen könnte. Wir haben mit dem ÖBS in Berlin gezeigt, dass es möglich ist, Langzeitarbeitslosen eine neue berufliche Perspektive zu eröffnen und auch sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen. Richtig ist – das hat Frau Bangert gesagt –, dass wir stets von dem Bundesprogramm abhängig waren. Aber der schon genannte Antrag, den wir vorgelegt haben, hätte die Unabhängigkeit herbeigeführt.

Allerdings fand der ÖBS in Berlin zu Mindestlohnbedingungen statt. Wir haben gezeigt, dass weite Teile der Stadtgesellschaft von dieser Arbeit profitieren. Ich nenne hier noch einmal die Nachbarschaftslotsen, die Kiezlotsen, die immer wieder – auch in diesem Haus – gelobt werden. Ihre Arbeit hat aber etwas mit dem ÖBS zu tun.

Trotz der positiven Erfahrungen, die wir in Berlin mit dem ÖBS gemacht haben, soll er jetzt abgewickelt werden. Die CDU wollte den ÖBS noch nie, dabei ist sie ja auch geblieben. Bei der SPD war der ÖBS nicht immer unumstritten, aber für den Wahlkampf war er offensichtlich gut genug. Jetzt haben sich die Bedingungen geändert, die SPD geht den Weg vom Mindestlohn zurück zum Niedriglohn. Das finde ich sehr schade und einen ausgesprochen großen Skandal!

[Beifall bei der LINKEN]

Es reicht eben nicht, immer nur vom Mindestlohn zu reden, man muss ihn auch dort, wo man es kann, umsetzen. Genau da fehlt die Klarheit in dem Antrag der Grünen. Ich wiederhole noch einmal: Die Menschen im ÖBS in Berlin hatten nicht nur Mindestlohnbedingungen, sondern sie hatten einen Anspruch auf eine tarifliche Bezahlung. Dort, wo es keinen Tarifvertrag gab, gab es 7,50 Euro wie im Berliner Vergabegesetz. Daran wollen wir festhalten. Das sagt auch unser Änderungsantrag. Ich freue mich – wenn ich das richtig verstanden habe –, dass die Grünen ihn unterstützen.

Die neue Koalition hat die Mehrheit. Sie können den ÖBS abwickeln. Sie werden damit mehr als 5 000 Menschen ihre berufliche Perspektive zerstören. Das sollten Sie wissen! Der ÖBS ist ein sinnvolles Instrument sowohl für die Erwerbslosen als auch für die Stadtgesellschaft. Meine Partei und meine Fraktion werden daran festhalten. Wir werden auch in der Opposition für den Erhalt kämpfen. Wir werden das gemeinsam mit den im ÖBS Beschäftigten tun. Die SPD konnte schon einmal erleben, dass die nicht einfach zusehen, wie der ÖBS abgewickelt wird. Das wird hoffentlich auch in der Zukunft so sein. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin! – Für die Piraten hat jetzt der Kollege Spies das Wort. – Bitte!

Alexander Spies (PIRATEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag hat mir einiges Kopfzerbrechen bereitet. Es ist richtig, dass die Zielrichtung des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die Einsparung von ca. 8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2015 durch Streichung von Mitteln der Arbeitsförderung bei der Bundesagentur für Arbeit ist. Die Streichungen bei den Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche, die praktische Abschaffung des Zuschusses für Existenzgründer und die Kürzung der Förderdauer des Eingliederungszuschusses für ältere Menschen ab 50 Jahren auf bis zu 12 Monate hätten für Berlin fatale Folgen.

Was sind Langzeitarbeitslose? – Das sind Menschen, die mehr als ein Jahr bei der Bundesagentur als arbeitssuchend gemeldet sind. Jene also, die durch die Hartz-IV-Gesetze von Rot-Grün vor allem betroffen wurden! Liebe Grüne! Plagt Sie hier vielleicht Ihr schlechtes Gewissen?

Viele Menschen, die Hilfe und Qualifizierung gebrauchen könnten, schlagen sich mit menschenunwürdigen Billigjobs durch und denken nicht daran, sich durch das Hartz-IV-System stigmatisieren zu lassen. Wie heißt es so schön? Einmal Hartzler, immer Hartzler! Es ist ein perfides System aus Misstrauen, Bespitzelung, Bürokratie und Unfähigkeit entstanden. Das Jobcenter ist bekanntlich da, wo es keine Jobs gibt. Selbst wenn man eigene Ideen z. B. für eine Existenzgründung mitbringt, muss man um jede Unterstützung betteln.

[Zuruf von Andreas Otto (GRÜNE)]

Vizepräsident Andreas Gram:

Entschuldigung, Herr Kollege! – Darf ich darum bitten, dass auf der rechten Seite etwas mehr Ruhe einkehrt und die Aufmerksamkeit dem Redner zukommt. – Bitte, Herr Kollege!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Zurufe von den GRÜNEN]

Alexander Spies (PIRATEN):

Es ist ja genug Arbeit da, aber zu wenig Erwerbsarbeit.

[Martina Michels (LINKE): Die hören nicht auf Sie,
Herr Präsident! Unglaublich!]

Das eigentliche Problem ist ja, dass die gesellschaftliche Anerkennung an die Erwerbsarbeit geknüpft ist. Die Arbeit, die Männer und Frauen in der Familie, bei der Erziehung von Kindern oder bei der Pflege von Alten

leisten, wird gesellschaftlich gar nicht anerkannt. Es ist auch ein erschreckendes Zeichen, dass bürgerschaftliches Engagement bei langjährigem Hartz-IV-Bezug abnimmt. Warum werden die Menschen nicht ermuntert, sich in gemeinnützigen Einrichtungen zu engagieren, und zwar auch dadurch, dass sich jeder einen Ein-Euro-fünfzig-Job selbst suchen kann? – Doch leider ist es so, dass diese klitzekleine Ein-Euro-fünfzig-Anerkennung für gesellschaftlich nützliche Arbeit in Sparorgien geopfert wird.

Der Fokus auf Langzeitarbeitslose ist nicht ausreichend, um die Chancen aller und gerade auch von Neueinsteigern und Wiedereinsteigern in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Darüber hinaus sind Beschäftigungsmaßnahmen, die für den Betroffenen die realistischen Chancen am Arbeitsmarkt nicht verbessern, abzulehnen. Statt Punkt 2 des Antrags sollten besser arbeitsmarktpolitische Instrumente gefordert werden, die sicherstellen, dass jeder für die von ihm ausgeführte Tätigkeit eine vergleichbare Entlohnung für vergleichbare Erwerbsarbeit erhält. Da unterstützen wir auch den Antrag der Linken.

Es gilt, durch Beschäftigungsmaßnahmen die Qualifikation der Erwerbslosen so zu verbessern, dass sie selbst Chancen am Arbeitsmarkt ergreifen können. Dafür sind die Mittel der Aus- und Weiterbildung der Erwerbslosen vom Bund zu gewähren und Bildungsprogramme wieder neu aufzunehmen.

In dem Antrag werden auch Menschen mit Behinderungen, Abhängigkeitskranke und psychisch Kranke überhaupt nicht berücksichtigt. Diese haben fast keine Chancen, in Beschäftigungsmaßnahmen zu gelangen oder gefördert zu werden. Wir brauchen keine stigmatisierenden Lohnkostenzuschüsse, sondern einen anständigen Mindestlohn. Wir brauchen keine sinnlosen Beschäftigungsmaßnahmen, sondern vernünftige Bildungs- und Qualifizierungsangebote. Und schließlich brauchen wir keinen Arbeitszwang, sondern ein Grundeinkommen für alle, das eine selbstbestimmte Arbeit erst ermöglicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den PIRATEN
und bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke schön, Herr Kollege Spies! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Der Antragsteller hat die sofortige Abstimmung beantragt, die Fraktion der CDU beantragt jedoch die Überweisung an den künftig für Arbeit zuständigen Ausschuss, worüber ich zunächst abstimmen lasse. Wer also dem Überweisungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit – bei Ge-

(Vizepräsident Andreas Gram)

genstimmen von Grünen und Linkspartei und Teilen der Piraten, wie ich sehe.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Damit ist der Antrag der Fraktion der Grünen und der Änderungsantrag der Fraktion der Linken in den künftigen Ausschuss überwiesen.

[Frank Henkel (CDU): Enthaltungen,
Herr Präsident?]

Die Enthaltungen? –

[Canan Bayram (GRÜNE): Vielleicht Hammelsprung!]

Habe ich zweimal gefragt. – Vielen Dank!

Ich rufe auf

lfd. Nr. 4.4:

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0011](#)

**Gesetz zur Aufhebung des
Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)**

Erste Lesung

Das ist die Priorität der Linken – der bisherige Tagesordnungspunkt 6. Ich eröffne die erste Lesung. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von fünf Minuten zur Verfügung. – Herr Kollege Doering! Sie haben das Wort. Bitte schön!

Uwe Doering (LINKE):

Danke schön! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute einen Antrag der Fraktion Die Linke, der das Ziel hat, das Straßenausbaubeitragsgesetz aufzuheben. Damit auch die CDU die Chance hat, zuzustimmen, haben wir große Teile der Begründung des CDU-Antrages aus der 16. Wahlperiode übernommen.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ob mit Anträgen, in Plenardebatten oder bei Veranstaltungen und auch im Wahlkampf, die CDU forderte stets nachdrücklich die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes. Mario Czaja versprach sogar während des Wahlkampfes über Großflächenplakate, dass er – er persönlich – das Gesetz abschafft.

[Heiterkeit –
Zurufe von der LINKEN]

Ich bin sehr gespannt, wie sich Herr Czaja auch im Namen der CDU-Fraktion heute zu unserem Antrag äußert, der ja eigentlich sein eigener Antrag ist.

[Mario Czaja (CDU): Also ein Plagiat!]

Wir bleiben dabei: Das Straßenausbaubeitragsgesetz hat nach unserer Auffassung den Stresstest nicht bestanden, und zwar aus verschiedenen Gründen.

[Beifall von Udo Wolf (LINKE)]

So kann z. B. niemand nachvollziehen,

[Mario Czaja (CDU): Wir auch nicht!]

– Na, dann können Sie dem Antrag doch zustimmen! –, dass sich Anlieger am Ausbau einer Straße beteiligen sollen, wenn der Ausbau einer Straße im reinen und abschließlichen öffentlichen Interesse liegt. Die Dorfstraße in Malchow ist z. B. eine reine Durchgangsstraße von der Innenstadt zur Autobahn, zum Berliner Ring. Das ist eine ähnliche Situation wie am Kirchhainer Damm. Der Ausbau dieser Straßen bringt erheblich mehr Belastungen für die Anrainer mit sich. Mehr Straßenverkehr, mehr Lärm, Dreck und Staub! Wo ist der Vorteil für den Anrainer dieser Straße, aus dem sich eine Kostenbeteiligung schlüssig begründen und ableiten lässt?

Wir haben immer die Auffassung vertreten, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich an den Kosten für den Ausbau einer Straße beteiligen sollen, auch an den Planungen für den Ausbau zu beteiligen sind. Ein einfacher Grundsatz: Wer mitbezahlt, der soll auch mitentscheiden. – Wenn Anlieger in Anliegerstraßen über 60 Prozent der Kosten tragen müssen, dann sollte das doch wohl selbstverständlich sein. Sind aber die Anlieger in den bisherigen Verfahren beteiligt worden? – Ich sage: Nein, in den meisten Fällen nicht! Oder die Anlieger waren zwar informiert und wurden angehört, hatten aber nichts zu entscheiden, weil die Straßen nach vorgegebenen Standards gebaut werden mussten. Echte Varianten in den Straßenplanungen gab es meist nicht.

Vielen Maßnahmen zum Straßenausbau werden inzwischen damit begründet, dass die Berliner Wasserbetriebe neue Leitungen verlegen müssen. Auch hier werden die Anrainer zur Kostenbeteiligung herangezogen. Ist das nachvollziehbar? – Ich sage nein. Die Wasserversorgung und auch die -entsorgung sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das finanzieren wir alle über unsere Wassergebühren. In den Gebühren sind in der Regel die Investitionskosten einkalkuliert. Auch hier gilt ein einfacher Grundsatz: Wer die Straße aufreißt, muss sie anschließend auch wieder in benutzbaren Zustand versetzen.

[Beifall bei der LINKEN]

Nicht nur aus diesen Gründen sind wir der Auffassung, dass das Straßenausbaubeitragsgesetz abgeschafft werden muss. Dieser Auffassung war bisher auch die CDU und vor allem der VDBG. Nun hat Herr Ohm, Vorsitzender der Vorfeldorganisation der CDU in Sachen Straßenausbaubeitragsgesetz, schon einmal in der Oktober-Ausgabe des VDBG-Journals signalisiert, dass er mit einer Entschärfung des Gesetzes bei den kostentreibenden Dingen zufrieden wäre. Da Herr Czaja führender Funktionär des VDBG ist, kann wohl festgestellt werden: Die Koalitionsverhandlungen haben noch nicht einmal begonnen, da knickt die CDU schon in Sachen Straßenausbaubeitragsgesetz ein.

(Uwe Doering)

[Beifall bei der LINKEN und bei den
PIRATEN –
Mario Czaja (CDU): Wer sagt denn das?]

Die Wählerinnen und Wähler der CDU werden das mit Interesse zur Kenntnis nehmen. Und Herr Czaja, weil Sie gerade gefragt haben, wer das sagt: Herr Ohm scheint schon eine gewisse Voraussicht gehabt zu haben. In der Fernsehrunde war doch klar: Die SPD möchte das Straßenausbaubeitragsgesetz behalten, und Sie wollen es ablehnen. Sie selbst sprachen eben von Kompromissen. Zwischen Zustimmung und Ablehnung – wie sieht denn da ein Kompromiss aus? – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Ich bedanke mich auch. – Für die SPD hat nun Kollege Buchholz das Wort. – Bitte!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange einmal mit dem Kollegen Doering an. Wir haben viele Jahre gemeinsam Stadtentwicklungspolitik in Berlin gestaltet. Ihre soeben vorgetragene Argumentation, wonach Sie sagen, das Gesetz sei nun komplett überflüssig und hätte sich gar nicht bewährt, finde ich für eine im Moment noch mitregierende Partei zumindest originell – um es sehr vorsichtig zu formulieren.

[Martina Michels (LINKE): Hat den Stresstest
nicht bestanden! –
Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

– Ich habe durchaus vernommen, Kollege Albers, was soeben vorgetragen wurde. Wenn Sie mich ausreden ließen, könnte ich das auch ausführen.

[Zuruf von der LINKEN –
Martina Michels (LINKE): Sie haben vorher
nicht zugehört!]

Vizepräsident Andreas Gram:

Jetzt hat der Kollege Buchholz das Wort – bitte.

Daniel Buchholz (SPD):

Die Kollegin kann Gedanken lesen und kennt die Argumente alle schon. Dann würde ich mich an Ihrer Stelle aber ganz woanders hinsetzen, wenn Sie Gedanken lesen könnten.

Ich komme zu den Inhalten. Wenn man ein Gesetz als rot-rote Koalition hier einbringt, verabschiedet und davon sagt, es gehe darum, sich an dem Standard anderer Bundesländer zu orientieren, dann muss man sich vor Augen

halten, dass 15 von 16 Bundesländern vergleichbare gesetzliche Regelungen haben. Die meisten haben deutlich höhere Beiträge für die Anlieger. Es gibt in keinem anderen Bundesland so weitgehende Beteiligungsrechte für die Anlieger wie in Berlin,

[Dr. Manuel Heide (CDU): Das ist ja das Schlimme!]

und es gibt in keinem anderen Bundesland die Vorschrift, dass zum Schluss die BVV oder sogar das Abgeordnetenhaus zustimmen müssen. Das waren die Grundlagen für dieses Gesetz.

Kollege Czaja sagt immer gleich, bisher sei noch gar nicht so viel eingenommen worden. Das sollte niemanden verwundern. Wenn man eine sehr ausführliche Bürgerbeteiligung in einem Gesetz vorsieht, verlängern sich auch Verfahren. Wir haben das beim letzten Mal ausführlich diskutiert, wie auch CDU-Stadträte in einzelnen Bezirken zeigen, dass sie Gesetze kreativ auslegen können und zunächst mit sehr hohen Kostensätzen an die Sache herangehen. Das haben wir hier sehr ausführlich diskutiert. Das wissen wir also.

[Martina Michels (LINKE): Das war
gar nicht die Frage!]

Wie sieht also die heutige Situation aus? – Die Linke, vor Kurzem noch in einer richtigen Koalition, jetzt in einer Übergangsphase, wiederholt jetzt den CDU-Antrag im Parlament, den die CDU vor Kurzem noch gestellt hat. Das kann man natürlich machen. Man hätte aber auch schon vorher – das haben wir auch getan – Gespräche über das Gesetz führen können.

[Uwe Doering (LINKE): Das haben wir gemacht!]

Wir haben es, Kollege Doering, gemeinsam geändert. Wir haben die Beleuchtung herausgenommen, weil wir gesehen haben, dass das Ungerechtigkeiten gibt, und haben auch eine abschnittsweise Abrechnung ermöglicht. Das waren die Schritte. Die weiteren Schritte werden auch ganz klar erfolgen.

[Martina Michels (LINKE): Eben!]

Ein Gesetz muss sich in der Praxis bewähren. Da müssen wir konstatieren, dass es vielleicht tatsächlich Nachsteuerungsbedarf gibt, was die Verfahren, die Vereinheitlichung und Vereinfachung von Zahlungsströmen, auch von vorherigen Berechnungen in diesem Gesetz angeht, auch wenn es darum geht, das ganze Verfahren sowohl für die Anliegerinnen und Anlieger als auch für die Verwaltung zu vereinfachen. Das ist doch selbstverständlich. Das ist doch, Kollege Doering, aber noch lange kein Grund, ein Gesetz einfach so abzuschaffen. Oder sehen Sie das in Ihrer Fraktion nun anders, nachdem Sie den Status Koalitionspartner verlieren? Mich wundert es etwas, wie man so schnell über die Sache hinweggehen kann, die man noch bis vor Kurzem vertreten hat. Es ist in Summe für Anliegerinnen und Anlieger nie angenehm, für einen Straßenausbau zu bezahlen. Das ist jedem von uns klar. Wir sind in Summe aber immer noch ein Haus-

(Daniel Buchholz)

haltsnotlageland. Da muss man schon einmal die Frage stellen dürfen oder muss Gegenfinanzierungsvorschläge unterbreiten. Vielleicht hat die eine oder andere Fraktion Vorschläge, wie man auf jetzige und zukünftig Einnahmen verzichten will, woher das Geld dann sonst herkommen soll, wenn es einen Vorteilsgewinn für Anwohnerinnen und Anwohner gibt.

Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuss die Sachen anschauen, wo es Zahlungsverpflichtungen gibt und wie viel an Zahlungen zu leisten ist. Ist es bei einer überörtlichen Hauptverkehrsstraße gerechtfertigt, dass 75 Prozent vom Land, aber 25 Prozent die Anliegerinnen und Anlieger zahlen, die sagen, dass sie von dieser neuen Hauptverkehrsstraße nichts haben und sie überhaupt nicht wollen? Das kann und sollte man auch diskutieren. Das ist keine Frage. Aber das ist aus Sicht der SPD-Fraktion kein Grund, ein Gesetz abzuschaffen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank, Herr Kollege Buchholz! – Für die Fraktion der CDU hat Herr Czaja das Wort.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Jetzt bin ich aber mal neugierig!]

Mario Czaja (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Für uns bleibt es dabei: Es gibt keine Abzocke beim Straßenausbau, Herr Doering. Das stand bei mir auf den Plakaten, und so wird es auch bleiben!

[Beifall bei der CDU und der LINKEN]

Die Architekten dieses Gesetzes versuchen nun, den Bußgang hier in diesem Parlament zu beginnen. Nur gehört zur Buße auch die Reue. Sie hätten deutlich sagen müssen, dass Sie die Verantwortlichen dafür sind, dass es dieses Gesetz gibt. Das haben Sie heute nicht getan.

[Beifall bei der CDU –
Uwe Doering (LINKE): Machen wir!]

Die CDU-Fraktion bleibt dabei, dass wir kein Straßenausbaubeitragsgesetz haben wollen. Wir haben dafür auch ernst zu nehmende Argumente. Diese beraten wir auch in der Koalition.

[Ah! von der LINKEN]

Wir werden auch nach den Koalitionsgesprächen sicherlich eine Einigung erzielen.

[Uwe Doering (LINKE): Wie sieht die denn aus? –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Das stand nicht auf dem Plakat!]

Für uns ist es wichtig, dass Anwohner in Straßen nicht bezahlen müssen, wenn sie keinen Vorteil haben. Im

Gegenteil: Der Ausbau führt häufig zu keinem Vorteil, sondern zu einem Nachteil. Das muss man auch miteinander besprechen.

[Zurufe von der LINKEN]

– Nun bleiben Sie doch einmal ganz ruhig, liebe Kollegen von der Linken. Sie dürfen hier doch so oft reden, wie Sie wollen.

Zweitens: Auch wir sind der Auffassung, dass öffentliche Straßen und Plätze deswegen öffentliche Straßen und Plätze heißen, weil sie von der Öffentlichkeit genutzt werden. Deswegen sollte sie auch die Öffentlichkeit bezahlen.

[Ramona Pop (GRÜNE): Wer soll das bezahlen?]

Der Grundsteuerhebesatz ist hoch. Der Hebesatz in Berlin ist so hoch, wie nirgendwo anders. Deswegen muss man Straßenausbauten auch aus Steuern und Abgaben finanzieren.

Das Dritte ist, das haben wir auch in den Koalitionsgesprächen vorgetragen, dass wir bislang mit dem Straßenausbaubeitragsgesetz höhere Ausgaben für das Land als Einnahmen haben. Das ist für uns ein weiterer Punkt. Die Linken beantragen jetzt die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes.

[Beifall bei der LINKEN]

Das ist ein Antrag, der von uns zweimal in dieses Haus eingebracht wurde. Sie hätten mehrfach die Möglichkeit gehabt, diesem hier zuzustimmen, haben es aber nicht getan. Damals, vor wenigen Monaten, als wir den Antrag eingebracht haben, gab es in diesem Parlament noch mehr als 70 Abgeordnete, die gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz waren. Heute sind es knapp 60 Abgeordnete. Sie wissen also, dass es nicht einmal eine Mehrheit geben würde, wenn wir es jetzt täten. Ihre Argumentation ist verlogen. Es gab Momente, in denen wir hätten abstimmen können, da haben Sie es nicht getan. Es gab eine namentliche Abstimmung. Einige, die in Ihren Reihen sitzen, haben es nicht getan. Jetzt halten Sie einmal ein bisschen mit Ihrem vorlauten Oppositionsgehabe zurück.

[Zurufe von der LINKEN]

Sie wissen ganz genau, dass Sie daran schuld sind, dass es dieses Gesetz gibt.

[Beifall bei der CDU –
Dr. Klaus Lederer (LINKE): Die namentliche Abstimmung bekommen Sie noch!]

Wenn Ihr Bußgang jetzt begonnen hat, darf ich Ihnen sagen, bringen Sie auch Anträge ein, dass es kein teures Klimaschutzgesetz geben soll! Bringen Sie Anträge ein, dass wir beim Thema Winterdienst bessere Bedingungen bekommen! Bringen Sie Anträge zur Umweltzone ein! Nein, diese vernünftigen Regelungen werden jetzt mit der SPD und mit der CDU und nicht mehr mit Rot-Rot getroffen werden. Wir müssen die Kastanien aus dem Feuer

(Mario Czaja)

holen, die Sie ins Feuer geworfen haben. Jetzt rufen Sie nicht nach der Feuerwehr, wenn Sie das Haus selbst angezündet haben.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsident Andreas Gram:

Vielen Dank! – Das Wort zur Kurzintervention hat der Kollege Doering. – Bitte schön!

Uwe Doering (LINKE):

Herr Czaja! Ihren Vorschlag für eine namentliche Abstimmung werden wir gern aufgreifen, wenn das Gesetz zur zweiten Lesung vorliegt. Dann haben Sie den Härtestest vor sich. Nur mal zur Erinnerung: Im März dieses Jahres hatten wir einen Wahlparteitag, in dem wir unser Landeswahlprogramm beschlossen haben. In diesem Landeswahlprogramm im März haben wir beschlossen, dass wir das Straßenausbaubeitragsgesetz wieder abschaffen wollen. Es ist also kein neues Ding, das wir als Opposition gerade erfunden haben. Das haben wir schon während der Regierungszeit getan, weil wir schon damals erkannt haben, dass das Gesetz den Stresstest nicht bestanden hat. Dann haben Sie auf der Grundlage unseres Parteitagsbeschlusses einen Antrag eingebracht und gehofft, dass Sie die Koalition, die damals noch regiert hat, auseinanderbringen können. Das haben Sie nicht geschafft.

Was ich Ihnen damals aber in der Debatte gesagt habe – ich kann mich fast noch wörtlich daran erinnern –, war, dass wir einfach einmal feststellen, dass Die Linke gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz ist. Es ist uns in den Verhandlungen nicht gelungen, die SPD davon zu überzeugen. Dazu stehe ich. Wir stehen auch dazu, dass wir das Gesetz gemacht haben, stellen aber trotzdem fest, dass es nichts taugt. Ich habe aber auch gesagt, dass die CDU und die FDP dagegen sind. Ich sagte, wir sollten schauen, wer zukünftig die Koalitionsverhandlungen führen wird und wer sich in den Verhandlungen durchsetzt. Hätten wir die Koalitionsverhandlungen geführt, hätten wir es auf die Tagesordnung gesetzt. Jetzt sind Sie am Ball. Sie wollen regieren. Sie haben persönlich überall verkündet: Ich, Herr Czaja, ich persönlich schaffe das Straßenausbaubeitragsgesetz ab. Aus diesem Ding lasse ich Sie nicht mehr heraus.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wenn Sie jetzt schon leicht andeuten, na ja, es müsse das eine oder andere verbessert werden oder genauer angeschaut werden, laufen Sie jetzt schon auf den Kompromiss hinaus, dass das Straßenausbaubeitragsgesetz weiter existieren wird. Das ist genau der Punkt.

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN]

Vizepräsident Andreas Gram:

Danke auch, Herr Kollege! – Herr Kollege Czaja! Sie haben das Wort zur Erwiderung. Bitte schön!

Mario Czaja (CDU):

Wenn Sie genau zugehört hätten, Herr Doering, dann hätten Sie unsere Position genau verstanden. Unsere Position heißt: Wir wollen kein Straßenausbaubeitragsgesetz. Daran hat sich nichts geändert. Wir haben diese Position vertreten, als wir in der Regierung waren, vor 1999. Da wollte die SPD das umsetzen, und das ist mit uns nicht passiert. Wir haben diese Position vertreten, als wir in der Opposition waren. Da haben Sie nur in der Regierung Ihre Meinung geändert, die Sie vorher hatten, und jetzt vertreten wir diese Auffassung auch. Nur der Unterschied ist, Herr Doering: Wir haben jetzt ein Straßenausbaubeitragsgesetz, das Sie als Architekt dieses Gesetzes hier im Haus eingebracht, erarbeitet und umgesetzt haben. Mit diesen Rahmenbedingungen muss man in einer Koalitionsverhandlung natürlich auch leben.

[Ah! von der LINKEN]

Das Zweite, Herr Doering: Im März haben Sie auf dem Parteitag beschlossen. Unseren Antrag, Herr Doering, haben wir im Juni oder Juli eingebracht. War das jetzt vor oder nach Ihrem Parteitag?

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Das war Wahlkampf!]

Der Antrag auf Ihrem Parteitag war vor der Beschlusslage, die wir hier im Haus getroffen haben. Es ist schon ziemlich verlogen, wenn Sie sagen, Sie haben den Antrag gestellt und hatten dann eine andere Meinung. Nein! Sie haben auf dem Parteitag beschlossen, dass Sie das Straßenausbaubeitragsgesetz abschaffen wollen, und haben wenige Monate später hier im Parlament unserem Antrag keine Zustimmung gegeben, als es eine Mehrheit gegeben hätte. Und dass es die FDP nicht mehr gibt, Herr Doering, haben Sie vielleicht auch bemerkt, wenn Sie in diesem Haus mal ordentlich rundum schauen.

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von der LINKEN –

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Das werden keine schönen Zeiten in Marzahn-Hellersdorf!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Otto. – Bitte!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich gerade mal auf dem Weg nach hier vorne hineinversetzt in jemanden, der diese Debatte am Fernseher anguckt. Da kann ich Ihnen sagen: Ich würde wahrscheinlich den Fernseher abstellen.

(**Andreas Otto**)

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ich würde ihn deshalb abstellen, weil hier ein kleinliches Gezänk herrscht in der Frage: Wer hat vor einem halben Jahr, wer hat vor einem Vierteljahr, und was hast du und was habe ich?

[Uwe Doering (LINKE): Das kennen die Grünen überhaupt nicht!]

Sie haben jetzt einfach mal die Positionen getauscht, Die Linke und die CDU, das gibt es. Vielleicht gibt es auch so etwas wie eine Abwechslung in der Opposition. Vielleicht haben Sie auch von Herrn Czaja das Büro übernommen. Es gab Umzüge im Haus, und Sie haben vielleicht den Antrag noch gefunden. Aber wer jetzt wann und wie was hat, das ist nicht das, was wir hier diskutieren müssen, sondern was wir diskutieren müssen, das ist einmal das Sachthema, und zum Zweiten kann man schon noch mal darüber nachdenken: Was heißt es eigentlich, wenn man im Wahlkampf – Herr Czaja, das geht jetzt an Sie – 100-Prozent-Versprechungen abgibt? Herr Doering hat vorhin gesagt, es gibt nur 100 oder null. Das ist sehr vereinfacht. Es gibt immer den Kompromiss. Ich glaube, das muss man dann auch, Herr Czaja, vor der Wahl den Leuten ehrlich sagen, dass sie nicht 100 Prozent bekommen werden. Was Sie plakatiert haben, glaube ich, war überzogen. Wenn Sie damit in eine Koalition gehen und das aufweichen, dann ist das schwierig, weil Sie nicht das liefern können, was Sie den Leuten versprochen haben. Das wissen Sie ganz genau, und Sie haben jetzt auch schon ein bisschen die Richtung angedeutet.

Die Angelegenheit mit diesem Gesetz ist nicht so platt, wie das diskutiert wird. Es ist nicht die Frage, ob wir so ein Gesetz brauchen oder nicht, sondern die Frage lautet doch: Ist es sinnvoll – auch in Berlin –, dass Leute, die an Straßen wohnen, wo etwas gebaut wird, wo verbessert, erweitert, ausgebaut wird, dass die sich daran beteiligen müssen? Das ist die Frage! Oder sollen alle für alles zahlen? Macht das einfach der Steuerzahler? Dadurch wird – Sie wissen das – alles ein bisschen diffuser. Mich interessiert dann auch nicht mehr, was die vor meiner Haustür bauen. Das wird sicherlich schön und teuer sein.

Das Gesetz und die Praxis haben dazu geführt, dass die Bürgerbeteiligung besser geworden ist. Die Leute organisieren sich. Sie kennen doch alle die Beispiele aus Reinickendorf, Steglitz, Pankow oder Lichtenberg. Da organisieren sich Leute und sorgen dafür, dass Baumaßnahmen zum Beispiel kostengünstiger werden. Die sorgen dafür, dass nicht irgendwelche Beamten in den Tiefbauämtern bauen, was sie wollen oder schon immer gern mal asphaltiert sehen wollten. Das ist ein Erfolg des Gesetzes.

Jetzt kommt die Schwierigkeit – das klang bei einzelnen Redebeiträgen schon an –: Wie viel muss man denn nun bezahlen? Wonach richtet sich das? – Das Gesetz ist da sehr schematisch. Es sagt: Sie haben eine Anliegerstraße, da beträgt der Beitrag soundso viel Prozent der Baukos-

ten. Sie haben eine Hauptverkehrsstraße, eine Haupteinschließungsstraße oder einen Wohnweg, und da beträgt der Beitrag soundso viel. Ich plädiere dafür, dass wir uns nicht nach einer solchen schematischen Klassifizierung richten, sondern zum Beispiel nach dem Verkehrsaufkommen. Machen Sie doch eine Verkehrszählung – vorher/nachher –, und dann wird man sehen: Ist das für die Leute eine deutliche Mehrbelastung – vielleicht muss der Beitrag sogar mal im Einzelfall negativ sein –, oder ist das eine Verbesserung? Darüber muss man diskutieren. Sie müssen endlich mal das Gesetz überprüfen, und das geht an die SPD.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sie haben sich gescheut zu gucken, was in anderen Kommunen und Ländern ist und wie man das modifizieren kann. Es liegt jetzt bei Ihnen, bei der SPD. Mit dem neuen Koalitionspartner – genauso wie offenbar mit dem alten – können Sie da nicht viel anfangen. Sie müssen das jetzt bringen, Herr Buchholz! Sie müssen modifizieren, eine Studie vorlegen, das Gesetz evaluieren, und Sie müssen den Leuten sagen, wie mehr Gerechtigkeit in dieses Gesetz hineinkommt. Das ist Ihre Aufgabe! Das erwarten wir von Ihnen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ein solcher Prozess muss möglichst bald absehbar sein. Sie müssen dafür sorgen, dass überprüft wird: Was gibt es in den anderen Bundesländern? Es gibt Kommunen, die so etwas gerade erst eingeführt haben. Herr Doering! Machen Sie sich doch mal kundig! In anderen Bundesländern – auch in Ostdeutschland – gibt es Kommunen, die das eingeführt haben, weil sie festgestellt haben, dass es richtig ist, die Leute zu beteiligen, und weil sie möglicherweise auch ein Haushaltsproblem haben. – Reden wir nicht drumherum! Das spielt eine Rolle! – Harald Wolf sagte im Frühjahr einer Zeitung: Das hätten sie nur pro forma, wegen Karlsruhe, gemacht. – Das fand ich ein bisschen schwach, was der Senator da gesagt hat. Er hat so getan, als ob das Gesetz zur Beruhigung der anderen Bundesländer gemacht worden wäre.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ich glaube, das haben Sie missverstanden!]

So ist es doch nicht! Ein solches Gesetz ist ernsthaft notwendig, weil es Verantwortung klärt in der Stadt, Verantwortung für die Finanzierung von Infrastruktur in dieser Stadt, und das brauchen wir weiterhin, aber wir wollen es anders, wir wollen es besser und wir wollen es gerechter haben. Das ist Ihre Aufgabe – auch Ihre, Herr Czaja!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die Fraktion der Piraten hat nun der Abgeordnete Spies das Wort.

[Uwe Doering (LINKE): Bist du jetzt für alles zuständig?]

Alexander Spies (PIRATEN):

– Das ist Zufall! – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Otto! Ich hatte gerade den Eindruck, dass Sie noch im Modus der Koalitionsverhandlungen stehengeblieben sind.

[Heiterkeit und Beifall bei den PIRATEN und bei der LINKEN]

Kollegen von der SPD! Überlegen Sie sich mal, ob es dann nicht vielleicht besser wäre, wenn Sie das Straßenausbaubeitragsgesetz behalten wollten. Die CDU hat, wenn Sie im Internet googeln, direkt eine Domain registriert: Straßenausbaubeitragsgesetz, aber da lese ich auch nicht viel. Die letzte Aktualisierung stammt vom 17. Juni.

[Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN]

Das war wohl der Tag, an dem Sie Ihren Antrag eingebracht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken: Es ist gut, wenn man Fehler eingesteht und korrigieren will. Es stellt sich allerdings die Frage, warum dieses Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes erst jetzt von Ihnen eingebracht wurde. Es hat in der letzten Legislaturperiode reichlich Zeit und Gelegenheit dazu gegeben. Offenbar war Ihnen eine harmonische Regierungsbeteiligung wichtiger als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

[Beifall bei den PIRATEN und bei der CDU]

Wenn viele, viele Milliarden Euro durch die Landesbank verzoockt wurden – da waren ja ehemals auch führende Köpfe der CDU sehr kreativ – und die Haushaltskasse leer ist, dann fehlt auch das Geld zur Sanierung maroder Verkehrsstraßen.

[Beifall von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Das ist aber eine öffentliche Aufgabe, für die die Bürgerinnen und Bürger Steuern zahlen. Es ist richtig, dass in anderen Bundesländern seit Jahrzehnten Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen erhoben werden, die den Anliegern einen direkten Vorteil bringen. Das ist eine gelungene Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Juristen. Um nur ein Beispiel aus einer langen Liste zu nennen: Das Verwaltungsgericht Kassel hat 1999 entschieden, dass die Aufstellung neuer Verkehrsschilder nicht beitragspflichtig ist, die Kosten für den Abbau, die Zwischenlagerung und Wiederaufstellung der bereits vorhandenen dagegen schon. Hier ist diese Liste!

[Beifall von Sven Kohlmeier (SPD) und Lars Oberg (SPD) –

Sven Kohlmeier (SPD): Ausgedruckt! Hervorragend!]

– Ausnahmsweise ausgedruckt, ja! – Bereits kurz nach Verabschiedung des Straßenausbaubeitragsgesetzes in Berlin hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg 2006 entschieden, dass Eigentümer im Westteil Berlins auch rückwirkend zur Kasse gebeten werden können. Das liegt an der komplizierten Struktur. Damit war eine entsprechende Schutzregelung – § 15a des Gesetzes – nichtig, und damit wurden völlig unnötig alte Gräben zwischen Ost und West erneut aufgerissen. Für mich ist es grundsätzlich nicht einsehbar, warum für neue Bürgersteige, Fahrradwege, Grünstreifen und Bäume extra zur Kasse gebeten werden soll. Immerhin wurde daran gedacht, die Regelung zur Bürgerbeteiligung in das Gesetz aufzunehmen, die ich ausdrücklich loben würde, käme sie denn zur Anwendung. Die Bezirke haben sich sehr kreativ darin gezeigt, dass das nicht passiert.

[Uwe Doering (LINKE): Genauso ist es!]

Meiner Ansicht nach gehört das Gesetz abgeschafft, da es keine sinnvolle Steuerungswirkung für die Stadtentwicklung hat. Kommunale Beiträge sollten nur dann erhoben werden, wenn dem Beitragszahler daraus ein erkennbarer Nutzen entsteht. Beitragserhebungen zum Abbau der Staatsverschuldung lassen sich meines Erachtens nicht rechtfertigen. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den PIRATEN und bei der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Gesetzesantrags an den künftig für Bauen zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Für die lfd. Nr. 4.5 ist keine Priorität benannt worden. Der Tagesordnungspunkt 5 steht auf der Konsensliste. Tagesordnungspunkt 6 war Priorität der Fraktion Die Linke unter Nr. 4.4.

Ich komme zu

lfd. Nr. 7:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0015](#)

Elftes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung der Gesetzesvorlage federführend an den künftig für Wirtschaft zuständigen Ausschuss und mitberatend an den künftig für Um-

(Vizepräsidentin Anja Schillhaneck)

welt zuständigen Ausschuss empfohlen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Ich komme zu

1fd. Nr. 8:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0024](#)

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering

Erste Lesung

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort hat der Abgeordnete Behrendt. – Bitte schön!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die heutige Vorlage des Gesetzes zum Staatsvertrag zum Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering gibt Anlass, an ein Beispiel grandioser Fehlplanung und sinnloser Geldverschwendung dieses Senats zu erinnern. Für immerhin 118 Millionen Euro baut Berlin gegenwärtig auf der grünen Wiese in Brandenburg eine völlig überflüssige Haftanstalt.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Die aktuellen Gefangenenanzahlen, die herangezogen wurden, um das zu rechtfertigen, rechtfertigen diesen Neubau nicht im Ansatz. In Tegel, einer der größten deutschen Haftanstalten, kommen momentan auf gut 1 500 Haftplätze weniger als 1 250 Gefangene. Im geschlossenen Männervollzug, für den die Anstalt Heidering gedacht ist, sind mit Stand letzter Woche 450 Haftplätze frei. Für welchen Bedarf 650 weitere Haftplätze gebaut werden sollen, erschließt sich niemandem.

Die Entwicklung der Gefangenenanzahlen kommt nicht zufällig – wir haben einen bundesweiten Trend. In Hamburg stehen seit Langem wesentliche Haftkapazitäten leer, in Brandenburg sind auch seit einigen Jahren nur zwei Drittel der Haftanstalten ausgelastet. Dieser Trend wird sich fortsetzen – auch in Berlin. Stichwort: Brandenburg – Frau Senatorin von der Aue hat vor der Sommerpause zur Sicherungsverwahrung zum wiederholten Male gezeigt, dass sie zu einer sinnvollen Kooperation mit ihrem Kollegen Schöneburg nicht in der Lage ist. So stellt sich das auch bei diesem Anstaltsneubau dar. Brandenburg hatte angeboten, Berlin Haftkapazitäten zur Verfügung zu stellen – das wurde abgelehnt. Frau Senatorin von der Aue hat halsstarrig an diesem Neubauprojekt festgehalten, und jetzt haben wir die eigenartige Situation, dass Brandenburg in den nächsten Jahren zwei seiner Anstalten – immerhin alles Neubauten oder frisch sanierte Gebäude – schließen wird und Berlin mehr oder weni-

ger direkt daneben eine neue Anstalt baut. Das ist weder dem Brandenburger noch dem Berliner Steuerzahler zu erklären.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Der Staatsvertrag und die neue Anstalt wird die drängenden Probleme des Berliner Vollzugs kaum lösen. Wir haben weiterhin das Problem mit den Altbauten in Moabit und Tegel, für die weiterhin kein Sanierungsplan vorliegt, wo Strafvollzug in Anstalten aus dem vorletzten Jahrhundert stattfindet. Wir wissen auch nicht, Frau Senatorin, mit welchem Personal sie diese neue Anstalt auf der grünen Wiese betreiben wollen. Den Auszubildenden, die dafür eingestellt wurden, haben Sie in der Sommerpause mitgeteilt, dass sie leider nicht übernommen werden können, sodass wir vermutlich, wenn die Anstalt in Betrieb geht, ein halbgefülltes Haus mit einer minimalen Personalbesetzung haben werden.

Auf zwei Merkwürdigkeiten sei noch hingewiesen. Bisher war geplant, diese Anstalt für den geschlossenen Männervollzug zu nutzen. In der Begründung zum Staatsvertrag ist aber ausdrücklich enthalten, dass Sie dort offensichtlich auch jugendliche Gefangene unterbringen wollen. Das ist nur verwunderlich, denn bisher war das nicht geplant. Die Frage ist, ob hier die Katze aus dem Sack gelassen wird und künftig die Berliner Jugendlichen auf der grünen Wiese Brandenburgs versauern werden. Artikel 4 des Staatsvertrags enthält eine etwas eigenartige Ewigkeitsgarantie. Da ist geregelt, dass das nur gemeinsam geändert werden kann. Es erschließt sich mir überhaupt nicht, warum dieser Vertrag ewig gelten soll und nur einvernehmlich geändert werden kann. Interessant ist, warum hier keine reguläre Kündigungsmöglichkeit vorgesehen ist.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Nun ist der Bau zwar relativ weit fortgeschritten, das haben wir vorhin im Rahmen der Fragestunde bereits erörtert. Es ist aber weiterhin möglich, die Kapazität zu reduzieren, und das wäre auch sinnvoll. Reduzieren Sie schleunigst die Kapazität von 650 auf 350 Haftplätze – damit können wir Geld sparen und verhindern den Leerstand dieses Neubaus. Machen Sie sich dringend Gedanken über den geschlossenen Männervollzug in Berlin, Frau von der Aue, denn ein Konzept für den geschlossenen Männervollzug muss jedenfalls anders aussehen, als überflüssige Haftanstalten zu bauen. Ihr halsstarriges Festhalten an diesem Neubau zeigt deutlich, dass Sie nicht in der Lage sind, die Probleme des Berliner Strafvollzugs wirklich sinnvoll anzugehen. Hier ist ein Umsteuern dringend erforderlich. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Kohlmeier.

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich weiß gar nicht, worüber der Kollege Behrendt gerade gesprochen hat. Nach der mir vorliegenden Tagesordnung soll das Gesetz zum Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg über die Errichtung und den Betrieb der Justizvollzugsanstalt Heidering in erster Lesung beraten werden. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört. Möglicherweise haben Sie heute Morgen die falsche Rede gegriffen.

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD)]

So einfach, wie es heute erscheint, hat sich der lange Prozess in der politischen Diskussion in den vergangenen Jahren leider nicht gestaltet. Mit dem Gesetz, das heute in der ersten Lesung vorliegt, ratifizieren wir den Staatsvertrag und machen den Weg für den Betrieb einer Vollzugsanstalt frei, die einem modernen Strafvollzug gerecht wird und die die Kapazitäten in den anderen Haftanstalten im Land Berlin entlasten wird. Überalterte Haftanstalten aus der Kaiserzeit in Moabit und Tegel mit teilweise verfassungswidrigen Hafträumen werden endlich der Vergangenheit angehören. Wie in der Vergangenheit auch, reagieren die Grünen reflexartig allein auf das Wort JVA Heidering. Was des Ratzmanns A 100 ist, ist des Behrendts JVA Heidering.

[Zuruf von Heiko Thomas (GRÜNE)]

Die starken Männer der Grünen tragen ihre Themen wie ein Phallussymbol vor sich her und sagen: nein!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Heiterkeit bei den PIRATEN]

Das ist rechtspolitischer Irrsinn und macht deutlich, warum Sie dort hinten und nicht hier vorne sitzen.

Der Staatsvertrag ist notwendig, um für die auf Brandenburger Gebiet, auf ehemaligen Berliner Stadtgütern liegende Haftanstalt verbindliche Regelungen zwischen beiden Bundesländern zu schaffen. Mit fünf Artikeln ist der Staatsvertrag auf das notwendige Maß beschränkt und regelt abschließend das anzuwendende Landesrecht, die gerichtlichen Zuständigkeiten und die Kosten der Unterhaltung der Haftanstalt.

An dieser Stelle gilt mein Dank der Justizverwaltung, die in der Abstimmung mit dem Land Brandenburg dafür gesorgt hat, dass es zu keinen inhaltlichen Unstimmigkeiten kam und dass wir als Parlament und als Rechtsausschuss stets über den aktuellen Stand des Abstimmungsprozesses informiert worden sind. Herzlichen Dank dafür, Frau Senatorin!

Es ist richtig, dass wir heute in der ersten Lesung darüber beraten und die Beschlussfassung über diesen Staatsvertrag so schnell wie möglich auf den Weg bringen wollen. Brandenburg hat bereits im September in erster Lesung darüber beraten und beabsichtigt, noch in diesem Jahr den

Gesetzesbeschluss herbeizuführen. Wir haben ein Interesse daran, das Gesetz parallel zu den Beratungen in Brandenburg möglichst schnell zu verabschieden.

Der Bau der JVA Heidering wurde von der übergroßen Mehrheit in diesem Haus stets befürwortet. Lediglich die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, allen voran der Kollege Behrendt – wie eben gezeigt –, waren dagegen und nutzten die Diskussion zur eigenen Profilierung.

[Thomas Birk (GRÜNE): Wir hatten recht!]

– Sie hatten möglicherweise nicht recht. Wie ernst Sie es mit dem Strafvollzug meinen, zeigt ein Blick in Ihr Wahlprogramm. Das Wort Justizvollzugsanstalt kommt darin tatsächlich einmal vor. Wenn das Ihr Ansatz für einen modernen Strafvollzug im Land Berlin ist, dann kann man nicht von einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema sprechen.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Haben Sie denn bei sich nachgeschaut?]

Damit zeigen Sie, dass Sie keine sinnvollen Lösungen anbieten können. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, Ihre alten Reden nachzulesen und Ihre Wahlprüfsteine durchzuschauen.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Da haben Sie etwas gelernt!]

Dort steht:

Wir werden unmittelbar nach der Wahl überprüfen, ob der Neubau in Großbeeren gestoppt werden muss.

Gleiches haben Sie eben gerade wieder erzählt. Wie haushaltsrechtlich inkompetent muss man eigentlich sein, einen so weit fortgeschrittenen Bau, bei dem das Richtfest gefeiert worden und in den bereits erhebliche Steuermittel geflossen sind, einstellen zu wollen?

[Joachim Esser (GRÜNE): Was baut ihr denn dann ab?]

Das hat nichts mit verantwortungsvoller Politik zu tun. Der Kollege Behrendt hat dem Senat regelmäßig Vorhaltungen über den Bau gemacht – das kann man alles in den entsprechenden Protokollen nachlesen –, er macht das Gleiche in dieser Legislaturperiode wieder. Jahrelang dürfen wir uns die gleichen Reden von ihm anhören. Wenn man sich die Berichterstattung der letzten Wochen über den Zustand der Grünen ansieht, scheint auch Ihre eigene Fraktion davon genug zu haben.

Wir haben bewiesen, dass wir durch die JVA Heidering für das Land Berlin verantwortungsvoll für einen modernen und würdigen Strafvollzug handeln. Ich bin froh, dass wir in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU diesbezüglich Einigkeit herstellen konnten, und bitte um Zustimmung zu dieser Vorlage nach deren Beratung im zuständigen Ausschuss. – Vielen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Beifall von Dr. Florian Graf (CDU) –
Heidi Kosche (GRÜNE): Jubel bei der SPD!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Rissmann das Wort.

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kohlmeier! Nur eine Ergänzung: Wir hatten schon Einigkeit in Bezug auf dieses Thema, bevor wir in Koalitionsverhandlungen eingetreten sind.

[Oh! von den GRÜNEN –
Uwe Doering (LINKE): Da hatten Sie schon
eine Meinung? Donnerwetter!]

Sie werden sich daran erinnern, dass die Union Heidering immer konstruktiv unterstützt hat. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, haben wir in der vergangenen Wahlperiode vier Mal an dieser Stelle über Heidering gesprochen. Es werden Dutzende Male im Rechtsausschuss gewesen sein. Die Argumente sind ausgetauscht, die Sache ist entschieden. Insofern nutzt der Kollege Behrendt diese Plenarsitzung und diesen Tagesordnungspunkt – wie leider so oft – zur Fortsetzung von Wahlkampf. Ich habe es vor den Wahlen am 18. September noch verstanden, dass man vielleicht gegenüber der grünen Basis eine bestimmte Haltung formulieren möchte, jetzt wird wahrscheinlich ein anderer Wahlkampf gemacht und dafür ist offenbar das Aufrufen dieses Themas erforderlich.

In der Sache hat der Kollege Kohlmeier all das gesagt, was richtig und zutreffend ist. Ich mache mir das ausdrücklich zu eigen und werbe um Zustimmung. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat der Kollege Dr. Lederer das Wort.

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich mir die Vorlage angesehen und den Redebedarf der Grünen vernommen habe, habe ich kurzzeitig überlegt, weshalb die eigentlich darüber reden wollen. So viel ist es ja wahrscheinlich nicht. Es ist klar, wenn man eine Justizvollzugsanstalt in einem anderen Bundesland errichtet und sie dann auch noch betreiben will, braucht man dafür irgendeine Form von Staatsvertrag. Über alles andere könnte man sich dann im Rechtsausschuss unter-

halten. Zu dem Zeitpunkt hätten die Grünen das am liebsten auch noch in den Bauausschuss überwiesen. Weshalb, ist mir nicht ganz klar.

Ich fühlte mich an eine kleine Geschichte erinnert: Der Schüler bereitet sich auf eine Biologieprüfung vor und lernt auf Lücke. Er lernt alles über den Wurm. Als er in die Prüfung kommt, verlangt der Biologielehrer: Erzählen Sie uns etwas über den Elefanten. Da fängt der Schüler an und sagt: Der Elefant hat einen langen Rüssel, genau wie der Wurm. Dann spult er sein ganzes Thema ab. So ähnlich ist es mit dem Kollegen Behrendt. Es ist tatsächlich so, dass das Thema Fetischcharakter bei ihm hat, das Thema für ihn traumatisch ist und er deshalb gern darüber redet. Hätten wir heute irgendeine andere Vorlage erhalten, in der das Wort „Gefängnis“ oder „Justizvollzugsanstalt“ aufgetaucht wäre, hätte Herr Behrendt sicher auch Redebedarf angemeldet.

Machen wir es doch einfach so: Über die Kündigungsklausel können wir uns im Justizausschuss gern unterhalten, wenn er existiert. Ansonsten gibt es sicher eine Reihe Themen, über die man vernünftig reden muss: Was wird aus der Altbausubstanz der Justizvollzugsanstalten? Wie organisiert man das Rahmenkonzept geschlossener Männervollzug in moderner Weise? Wie sorgt man in der Tat dafür, dass die Justizvollzugsanstalten so ausgestattet werden, dass die Resozialisierungsvorgaben des Justizvollzugsgesetzes nicht nur auf dem Papier stehen, sondern real umgesetzt werden können? – Das sind alles Dinge, über die man sich unterhalten kann. Dabei machen wir auch gern mit. Wir können auch über die Ausfinanzierung der Stellen reden. Dabei bin ich auf die CDU gespannt, die für den Fall ihrer Regierungsbeteiligung ehrgeizige Pläne für die Ausfinanzierung der Justizvollzugsanstalten hatte. Sie werden sich sicher erfolgreicher, noch erfolgreicher mit dem Finanzsenator auseinandersetzen können, als wir es gemacht haben. Wenngleich ich finde, dass wir da nicht so schlecht waren. Über all diese Dinge kann man diskutieren.

Aber: Die Vollzugsanstalt steht, sie ist fast fertig. Vielleicht kann man die Debatten darüber, ob man sie errichten sollte oder nicht, jetzt ad acta legen. Sie ist da, und wir müssen damit jetzt sinnvoll umgehen. Sie muss einem sinnvollen Zweck dienen und sie muss gut geführt werden. Das ist das Entscheidende. Alles andere ist jetzt irrelevant. Da haben Sie uns an Ihrer Seite und wir können im Einzelnen darüber diskutieren, wie man das gestaltet.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem wir entschieden haben, Heidering zu bauen, gab es in den Berliner Justizvollzugsanstalten eine massive Überbelegung. Das Land Berlin ist wegen rechts-, ja sogar wegen verfassungswidriger Unterbringung seinerzeit vom Kammergericht verurteilt worden. All diese Dinge haben wir im Hinterkopf zu behalten. Wir sollten jetzt keine alten Schlachten schla-

(Dr. Klaus Lederer)

gen, sondern eine vernünftige Strategie entwickeln, wie wir den Berliner Justizvollzug zukunftsfähig machen. Dafür, Kollege Behrendt, können wir von der Oppositionsbank gemeinsam streiten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Reinhardt.

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Lederer! Es ist natürlich so, wenn Sie sagen, es gebe keinen Redebedarf, dann müsste ich die vier Minuten und 50 Sekunden jetzt mit irgendwelchen anderen Sachen füllen.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ich habe
nur zwei Minuten geredet! –
Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Deshalb schlage ich vor, dass wir uns doch dem Kern des Ganzen zuwenden, nämlich der Art und Weise, wie wir in Berlin Justizvollzugsanstalten betreiben wollen, wie der Vollzug aussehen soll. Ich kann mich an der Stelle nur dem Kollegen Behrendt anschließen: Diese Haftanstalt außerhalb von Berlin ist nicht sinnvoll. Darauf möchte ich gern im Folgenden noch eingehen.

Ich wundere mich im Übrigen auch, weshalb dieses Thema hier mit Würmern und Phallussymbolen belegt wird.

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN]

Ich glaube, wir können hier Besseres im Parlament machen, und würde mich freuen, wenn wir das auch machen.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE):
Der Knast steht jetzt aber! –
Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Wir haben die Situation, dass im letzten Jahr von Frau von der Aue noch gesagt worden ist, dass wir in Berlin eine Überbelegung mit Häftlingen haben. Die Situation hat sich anscheinend geändert. Im Januar gab es eine Debatte in diesem Haus, in der vonseiten des Senats explizit gesagt wurde, dass die Entwicklung der Gefangenzahl nicht prognostiziert werden könne, es sei unklar, wie sich das entwickle. Im Grund sei alles unklar, man könne darüber überhaupt nicht sinnvoll reden. – Wenn das nicht klar ist, dann brauchen wir auch keine weiteren Gefängnisse. Ich befinde mich da in guter Tradition. Zahlreiche Bürgerrechtsorganisationen haben eine klare Position, wenn es um Haftvollzug geht: Mehr Gefängnisse führen zu einem Anwachsen der Gefangenzahlen. Insofern bin ich streng dafür, dass wir uns an den Richtlinien der Humanistischen Union orientieren, die emp-

fehlt, keine zusätzlichen Gefängnisse zu schaffen, wenn es nicht unbedingt nötig ist.

[Sven Kohlmeier (SPD): Ist hier aber notwendig!]

– Ja, wenn es notwendig ist, weshalb konnte die Senatorin es dann nicht belegen?

[Sven Kohlmeier (SPD): Hat sie belegt!]

Insofern sehe ich die Notwendigkeit hier nicht gegeben.

Ich möchte einen wichtigen Aspekt erwähnen. Wir haben uns den Standort bei Großbeeren angeschaut, und da kommen wir zu einem Thema, das der Kollege Lederer angesprochen hat, nämlich die Resozialisierung – ein Begriff, den die Grünenfraktion gern benutzt.

[Beifall bei den PIRATEN]

Es geht hier um die Frage, wie weit ist der lokalisierte Platz eigentlich entfernt? Vom nächsten Bahnhof sind es etwa 1,4 km. Das ist eine schöne Strecke. Da muss man unter anderem auch über die Autobahn, und das eben nur, wenn man die Möglichkeit hat, öffentlichen Personennahverkehr zu benutzen. Insofern ist die Lokation außerhalb von Berlin schwierig, und zwar aus mehreren Gründen. Die Resozialisierung soll eigentlich dadurch unterstützt werden, dass für Häftlinge eine Nähe des Wohnortes gegeben ist. Diese Nähe des Wohnortes ist sinnvoll, weil die Angehörigen dann die Möglichkeit haben, ihre Angehörigen im Gefängnis zu besuchen. Das heißt, eine Haftanstalt in Brandenburg für Berliner Häftlinge widerspricht dem Grundsatz, dass eine Resozialisierung das Ziel der Haft sein soll, und ist deswegen grundsätzlich abzulehnen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

In der Tat haben Sie recht, es geht hier um einen Staatsvertrag, und wir müssen über diesen Staatsvertrag abstimmen bzw. ihn verweisen. Trotzdem ist es eine grundsätzliche Frage, die sich auch stellen sollte. Außer Floskeln konnte ich aber Ihrem Beitrag, Herr Kollege Kohlmeier, leider überhaupt nichts entnehmen.

[Beifall bei den PIRATEN]

Insofern habe ich immer noch keine Gründe gehört, warum wir uns diesem Staatsvertrag beugen sollten, nur weil er im Moment im Raum steht. Deswegen würde ich unserer Fraktion empfehlen, den Staatsvertrag in dieser Form abzulehnen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Entschuldigung! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Oberg?

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Ja, meinetwegen können Sie gern eine Frage stellen!

Lars Oberg (SPD):

Danke, dass Sie mir die Möglichkeit geben, eine Zwischenfrage zu stellen, Herr Kollege! Wie schätzen Sie denn das Thema „Wohnortnähe in Flächenstaaten“ ein, zum Beispiel in Niedersachsen, in Bayern oder in NRW? Da sprechen wir von ganz anderen Distanzen als zu einem unmittelbaren Vorort von Berlin, der maximal 35 bis 50 km von dem Heimatort des Berliners, der hier inhaftiert wird, entfernt liegt.

[Zuruf von der SPD: Da brauchen Sie einen Transrapid!]

Betrachten Sie das als grundsätzlich menschenunwürdig, oder wie schätzen Sie das im Verhältnis zur bundesdeutschen Praxis im Allgemeinen ein?

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Herr Kollege! Es gibt auch Gefängnisse in Russland. Da sind die Entfernungen noch größer. Das ist aber kein Grund dafür, in Berlin größere Entfernungen als notwendig zurückzulegen.

[Beifall bei den PIRATEN und den GRÜNEN]

Die Menschenunwürdigkeit muss im Einzelfall geprüft werden. Darauf kann man keine pauschale Antwort geben. – Ich bin am Ende meiner Rede und danke für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung der Gesetzesvorlage an den künftig für Recht zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich komme zur

lfd. Nr. 9:

Große Anfrage der Piratenfraktion
Drucksache [17/0023](#)

Überwachungssoftware an Berliner Schulen

Zur Begründung der Großen Anfrage rufe ich ein Mitglied der Piratenfraktion auf. – Bitte!

Christopher Lauer (PIRATEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Zöllner! Erst einmal freue ich mich, dass Sie diese Anfrage sofort beantworten. – Zur Begründung: Am 21. Dezember hat ein Herr Josef Erhard, seines Zeichens Ministerialdirektor im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, den Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53

Urheberrechtsgesetz auch für das Land Berlin unterschrieben. Der Vertrag, abgeschlossen zwischen den Ländern, der VG WORT, der VG Musikedition, der Zentralstelle Fotokopieren an Schulen und einer Reihe durch die VdS Bildungsmedien vertretenen Verlage, regelt, wie viel Geld die Länder an Rechteinhaber abdrücken müssen, damit das Kopieren von Unterrichtsmaterialien an Schulen legal bleibt. Die Gesamtbelastung für die Länder beträgt von 2011 bis 2014 – das kann man nachlesen – viele, viele Millionen Euro – 32 600 000, um genau zu sein. Nach dem Königsteiner Schlüssel wären das für Berlin von 2011 bis 2014 ungefähr 1,6 Millionen Euro.

Dieser Vertrag, meine Damen und Herren, lieber Herr Zöllner, ist ganz großes Tennis, weil er die technischen Realitäten des 21. Jahrhunderts ignoriert. Die Piratenfraktion fand ihn so gut, dass wir dazu 26 Fragen formuliert haben. Diese Fragen liegen Ihnen hier vor. – Polemik über verhungerte Schulbuchautoren – – Entschuldigung! Da habe ich jetzt meinen eigenen Kommentar vorgelesen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Heiterkeit bei den GRÜNEN]

Wir kennen ja eines der dringendsten Probleme in diesem Land, die Horden von Schulbuchautoren und -autorinnen, die in unseren Straßen herumlungern und betteln, weil sie kein Geld für ihre Arbeit bekommen. Das ist komisch, denn die Verlage erhalten Geld durch den Kauf der Unterrichtsmaterialien durch die Eltern, die Verlage erhalten Geld durch den Kauf von Unterrichtsmaterialien durch die Schulen und die Lehrkräfte. Die Verlage erhalten Geld durch Abgaben für die Fotokopiergeräte, und sie erhalten Geld auf Computer und Datenträger. Das reicht anscheinend nicht. Der Vertrag betrifft die Arbeit von Lehrern, weil ihnen und ihren Schulen bei dem Verstoß Disziplinarmaßnahmen angedroht werden. Uns interessiert, inwiefern die Berliner Schulen in die Ausarbeitung des Vertragswerks einbezogen worden sind.

Der Vertrag sieht weiterhin vor, das interessiert uns besonders, dass auf mindestens 1 Prozent der Computer – der von Schulen genutzten Computer; das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, das ist sehr lustig, sie müssen den Schulen noch nicht mal gehören – eine Software installiert werden soll. Auf diesen Computern soll nach Digitalisaten gesucht werden. – Was ist ein Digitalisat? – Das ist Neusprech für eine digitale Kopie, eine verlustfreie Kopie von Unterrichtsmaterial. – Uns ist hierbei nicht klar, wie die Durchsuchung eines Computers vonstatten gehen soll, ohne dabei das Recht auf informationelle Selbstbestimmung zu verletzen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der LINKEN]

– Vielen Dank! – Uns ist weiterhin nicht klar, wer diese Daten überhaupt erheben soll und wie mit den erhobenen

(Christopher Lauer)

Daten verfahren wird. Ich bin mir aber sicher, Sie werden eine ganz sichere Variante präsentieren.

Herr Zöllner! Sie haben vorhin gesagt, es gehe nicht um die Überwachung von Lehrkräften, sondern um den Schutz vor Raubkopien. Seit wann müssen Schulen vor Raubkopien geschützt werden?

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der LINKEN]

Vielleicht sind das linksradikale Raubkopien, die diese Schulen anzünden wollen. Herr Zöllner, ich lache hart! Wir reden hier von verlustfreien Kopien, die von Lehrern angefertigt werden, damit Kinder etwas lernen. Wenn Sie mir jetzt sagen, es muss kontrolliert werden, dass Kinder etwas lernen ...

Herr Zöllner! Vorhin, bei der Anfrage der Linken, haben Sie demonstriert, dass Ihnen nicht ganz klar ist, worum es geht. Sie haben das Wort „Trojaner“ abgelehnt. Wir können es gern auch „Currywurst“ nennen, wenn es der Entscheidungsfindung hilft. Es geht darum – ich wiederhole mich –, dass hier Rechner überwacht werden sollen. Sie haben von geistigem Eigentum gesprochen. Im Grundgesetz steht, Eigentum verpflichtet. Wer wird denn hier verpflichtet? – Doch nicht die Eigentümer, Herr Zöllner! Diese versuchen, hier ihre alten, nicht mehr tragfähigen Geschäftsmodelle durchzusetzen, und Sie helfen ihnen dabei. Hier werden Schüler und Lehrkräfte gegängelt. Warum gibt die Stadt Berlin nicht – sagen wir zum Beispiel – 1,6 Millionen Euro für die Erstellung von Schulbüchern unter einer Creative Commons License aus? Dann müssen wir auch nicht solche komischen Verträge abschließen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Wir werden, glaube ich, viel Spaß daran haben. Sie haben gesagt, Sie wissen nicht, ob es solch eine Software überhaupt schon gibt und wann sie programmiert wird. Jetzt freuen wir uns alle sehr auf Ihre Antwort. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat nunmehr Herr Senator Dr. Zöllner das Wort. – Bitte!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann Sie, sehr verehrte Dame, meine Herren der Piraten, beruhigen. Es wird in Berlin und auch in den übrigen Bundesländern, wie Sie es in Ihrer Großen Anfrage formulieren,

keine Überwachungssoftware geben. Richtig ist: Die Kultusministerkonferenz hat sich in den letzten Monaten verstärkt mit dem Thema des Urheberschutzes auseinandergesetzt. Ich gehe davon aus, dass die Wahrung des Urheberrechts im Interesse aller Abgeordneten, die in diesem Hause vertreten sind, ist.

[Beifall bei der CDU]

Wir befinden uns dabei in einem laufenden Prozess, in dem eine Reihe unterschiedlicher Interessen miteinander abzuwägen sind. Es ist das Geheimnis des Parlamentarismus und der Öffentlichkeitsvertretung, dass es unterschiedliche Interessen gibt.

Lassen Sie mich vorwegschicken, dass der in den vergangenen Tagen kursierende Begriff des Schultrojaners die Situation meines Erachtens mehr verschleiert als erhellt. Wir sollten die Diskussion mit Sachlichkeit führen. Daher bin ich sogar dankbar. Ich habe ein Interesse daran gehabt, die Große Anfrage nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern sie schnell zu beantworten, weil sich so auch einige Vorwürfe in der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang klarstellen lassen können.

Der seit 2004 bestehende Gesamtvertrag zu § 53 Urhebergesetz lief zum 31. Dezember 2010 aus. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, vertreten durch Ministerialdirektor Erhard, wurde von der KMK gebeten, einen neuen Gesamtvertrag auszuhandeln. Dieser neue Vertrag wurde am 21. Dezember 2010 unterzeichnet, in der Amtschefkonferenz der KMK am 10. Februar 2011 einstimmig gebilligt und nach einstimmigem Beschluss der Finanzministerkonferenz mit Datum vom 31. März 2011 rechtskräftig.

Eine Beteiligung von Schulen oder Beschäftigungsvertretungen im Rahmen der Vertragsverhandlungen erfolgte selbstverständlich nicht. Die Schule kann im Sinne des § 7 Abs. 1 Schulgesetz nicht Vertragspartner der Verwertungsgesellschaften nach § 1 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz sein.

[Zuruf von Martin Delius (PIRATEN)]

Auch die Beteiligung der Personalvertretungen an diesen Verhandlungen gehört nicht zu den Aufgaben der Personalvertretungen nach § 72 Personalvertretungsgesetz Berlin.

Die Verhandlungspartner der Verlage sind zunächst und allein die Länder. Es ist jetzt erst die Aufgabe der Verlage, eine Software zu entwickeln, die Urheberrechtsverletzungen auf den Schulrechnern – ich betone: Schulrechnern! – identifizieren könnte. Erst nach Vorlage der Software wird das Land Berlin – wie alle anderen Länder auch – den Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit einbeziehen. Diese Prüfung wird nach Vorlage der Software durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unter Nutzung der wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes in Kooperation

(Senator Dr. Jürgen Zöllner)

mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit erfolgen. Wir werden eine jeweilige umfassende juristische und technische Prüfung der Software sicherstellen.

Da diese Software bisher nicht vorliegt, hat die Senatsverwaltung selbstverständlich noch keine Maßnahmen zur Umsetzung des § 6 Abs. 4 des Gesamtvertrags vorgenommen; wie hätten wir auch können? – Aus dem gleichen Grunde können auch noch keine Angaben über mögliche Kosten und die Auswahl der Schulen gemacht werden.

Ebenso wenig ist bisher der Auswahlmodus der Schulen festgelegt worden. Ich kann aber jetzt schon versichern: Im Lande Berlin wird eine solche Software erst dann zur Anwendung kommen, wenn vorab sichergestellt ist, dass durch diese Software die Persönlichkeitsrechte der Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler nicht berührt werden.

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Ist ja wohl das Mindeste!]

Es wird diese Software in Berlin nur dann geben, wenn sichergestellt ist, dass grundsätzlich und ausschließlich festgestellt werden kann, ob und welche urheberrechtlich geschützten Werke im Verstoß zu § 52a bzw. § 53 Urhebergesetz auf den schulischen Speichermedien existent sind. Deshalb werden ebenfalls die genauen Modalitäten zur Verwendung der gesammelten Daten nach Vorlage der Software noch mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit abgestimmt.

Der Senat geht davon aus, dass die Daten zunächst ausschließlich der zuständigen Senatsverwaltung zur Verfügung stehen und den Verlagen von der Senatsverwaltung in einer Form übermittelt werden, die keine Rückschlüsse auf personenbezogene Daten zulässt.

Es ist selbstverständlich klar, dass es keine pauschale Verurteilung der Lehrkräfte und Schulen gibt. In enger Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten werden wir diese Software detailliert prüfen und erst dann in Berlin einsetzen, wenn alle Vorbehalte ausgeräumt sind.

[Pavel Mayer (PIRATEN): Also nie!]

Zu dem Schlenker in Ihrer Rede, dass ich von der Sache nichts verstehe, mache ich nur, aber gerne, diese zwei Bemerkungen: Ich habe selber schon Programme geschrieben, als Sie möglicherweise noch gar nicht das Licht der Welt erblickt hatten.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der CDU –

Martin Delius (PIRATEN): Ja, so hört sich das an!]

Zweitens sage ich Ihnen dann auch: Es mag sein, dass ich nicht ausreichend etwas davon verstehe, aber ich verstehe zumindest, dass man personengeschützte Daten nicht auf „CC“ an alle Welt verschicken darf, weil dieses sicher eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der LINKEN –
Oh! von den PIRATEN –
Weitere Zurufe von den PIRATEN]

– Ich habe das nur in Reaktion auf diese charmante Kommentierung meiner Fähigkeiten gesagt.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Das Ross ist hoch!]

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Ich gehe davon aus, dass das meine letzte Rede in diesem Haus war. Ich will keine Bilanz ziehen und auch vermeiden, gute Ratschläge zu geben. Ich will nur eine persönliche Bemerkung machen: Was ich oft in diesen Jahren nicht für möglich gehalten hätte: Sie werden mir fehlen! – Ich bedanke mich!

[Heiterkeit und allgemeiner Beifall]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Dr. Zöllner! – Zur Aussprache steht den Fraktionen nun eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Piratenfraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Lauer.

Christopher Lauer (PIRATEN):

Herr Zöllner! Vielen lieben Dank für die Antwort! Ich finde das sehr charmant, dass Sie sich vor meiner Geburt mit Computern beschäftigt haben.

[Senator Dr. Jürgen Zöllner: Verstehe!]

Das bringt aber alles nichts, wenn Sie das nicht im Moment tun. Nach Ansicht der Piratenfraktion – das haben wir schon einmal gesagt – –

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

– Wie bitte? Ich habe das akustisch nicht verstanden.

[Lars Oberg (SPD):

Da kennen Sie den Senator mal richtig schlecht!]

– Gut, dann nehme ich das zurück und behaupte das Gegenteil.

[Heiterkeit –

Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

– Wir können das jetzt zehn Minuten so weitermachen. Ich mache das gern.

[Zurufe]

Sie haben gerade versucht, diese Anfrage zu beantworten. Das hat irgendwie nicht ganz funktioniert. Mir sind ein paar Sachen aufgefallen. Ich wiederhole mich noch einmal: Es geht hier um ein Geschäftsmodell, das nicht mehr zeitgemäß ist. Wir werden dieses Problem, dass man Werke verlustfrei kopieren kann, an Schulen, Behörden oder sonstwo, immer haben. Was wir im Moment machen, das ist, dass wir den Verlagen Rechte einräumen – jetzt wird es spannend –, die Schulen und Lehrer zu dis-

(Christopher Lauer)

ziplinieren. Sie machen ein Vertragswerk. Ich hatte Sie eben auch gefragt, wer da dieser Ansprechpartner ist, den wir seit dem 1. März haben sollten, und da wussten Sie auch nicht, wer das ist. Ich weiß nicht, wie das hier geplant ist.

Sie sagen weiterhin – das ist auch sehr interessant –, dass diese Software von den Verlagen selbst programmiert werden und dann erst dem Datenschutzbeauftragten vorgelegt werden soll. Wie soll das genau funktionieren? Dann sagt der Datenschutzbeauftragte, hättet ihr mich vorher gefragt, dann hättet ihr das nicht so programmiert. Unserer Meinung nach ist das grundsätzlich nicht möglich.

[Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Wie wollen Sie auf einem Computer ein Programm installieren, das diesen Computer systematisch durchsucht und dann sagt, okay, ich nehme jetzt nur das, was in meiner Datenbank drin ist? Wie soll das funktionieren? Ich benenne die Dateien um, mache einen JPG, und dann kann meine Software das nicht mehr durchsuchen. Was soll das denn?

Das ist das Problem. Die Kultusministerkonferenz – oder wer auch immer, das ist auch nicht richtig hervorgegangen – trifft sich und sagt, wir machen da irgendwie einen Vertrag, wunderbar, und dann gibt es eine Software.

[Sven Kohlmeier (SPD): Die machen Schnick, Schnack, Schnuck, und schon ist der Vertrag da!]

– Ja, genau! Sie haben das sehr schön beschrieben, und ich freue mich gleich auch auf Ihre Antwort.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

– Ja, oder Sie werden mich gleich wieder irgendwie anpimmeln. Da kommen dann wieder irgendwelche Phal-lussymbole.

[Heiterkeit]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Lauer – bitte!

[Unruhe]

Christopher Lauer (PIRATEN):

Ich freue mich schon darauf. – Also, noch einmal: Wir haben das grundsätzliche Problem Computer, die verlustfreie Kopie. Wir schützen Geschäftsmodelle aus dem letzten Jahrtausend.

[Unruhe]

Ich betone noch einmal, dass die Stadt Berlin auch andere Möglichkeiten hätte. Ich finde es insbesondere auch sehr interessant, dass Sie gesagt haben: Eine Einbeziehung der Betroffenen war nicht vorgesehen. Es kann sein, dass es ein Gesetz gibt, das sagt, wir beziehen Betroffene nicht

ein, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass, wenn man die Betroffenen fragt, nämlich die Schüler und Lehrer, die es grundsätzlich gut fänden, wenn man sie vorher gefragt hätte, insbesondere wenn es darum geht, ihre Computer zu überwachen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der LINKEN]

Das heißt, wir werden dann eine Software vorgelegt kriegen, die wird von den Verlagen sein, und da wird wahrscheinlich der Quellcode auch wieder nicht offen sein. Dann wird das irgendwo im Internet auftauchen, dann wird wieder irgendeine Zeitung darüber berichten, dann werden wir uns alle amüsieren. Dann wird – – Wie bitte?

[Daniel Buchholz (SPD):
Und Sie können noch eine Rede halten!]

– Ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Buchholz! Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, dann melden Sie sich einfach. Ansonsten hat der Kollege Lauer das Wort.

Christopher Lauer (PIRATEN):

Ich muss auch mal sagen – ich habe noch ein paar Minuten: Ich war schon auf Bundesparteitagen der Piratenpartei. Die hat mehr Veranstaltungsdisziplin als das, was hier gerade passiert.

[Beifall bei den PIRATEN]

Wir sind gespannt auf den Quellcode, der wird dann irgendwann auftauchen. Irgendwann wird man feststellen, dass sich das alles nicht umsetzen lässt. – Vielen lieben Dank für die Antwort, Herr Zöllner. Ich bedanke mich auch für Ihre Arbeit insgesamt und wünsche Ihnen alles Gute. – Vielen lieben Dank!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Was hat er uns denn jetzt hier erzählt?]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Als nächstes hat der Abgeordnete Kohlmeier für die SPD das Wort. – Ich bitte, Herr Kollege Lauer, beim nächsten Mal auf gewisse unparlamentarische Ausdrücke wie „anpimmeln“ zu verzichten.

[Heiterkeit –
Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN –
Zurufe von den PIRATEN]

Sven Kohlmeier (SPD):

Wieder was gelernt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten! – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Datenschutzbeauftragter Dr. Dix! Herzlich willkommen in unserem Hause zu diesem spannenden Thema!

Ich möchte mich gleich zu der Großen Anfrage der Piratenfraktion einlassen, aber –

[Dr. Gabriele Hiller (LINKE):
Schneller, noch schneller reden!]

– ja, ja, vielleicht können wir ein bisschen zeiteffektiv arbeiten – aber lassen Sie mich zunächst den Kollegen von den Piraten gratulieren, und zwar möchte ich Ihnen gleich zweifach gratulieren: zum einen, weil sie die Worte des Präsidenten aus der ersten Sitzung sofort umgesetzt haben. Der Präsident hat in der letzten Sitzung gesagt:

Es gibt auf politische Inhalte kein Urheberrecht ...

Das gibt es tatsächlich nicht. Deshalb ist es urheberrechtlich unbedenklich, dass Sie die Kritik des SPD-Netzpolitikers Lars Klingbeil an dem geplanten Softwareeinsatz als Plagiatsoftware aufnehmen. Das freut mich, dass wir offensichtlich inhaltlich gar nicht so weit voneinander entfernt sind.

Ich muss Ihnen noch aus einem weiteren Grund gratulieren. Sie haben es tatsächlich in nur einer Plenarsitzung geschafft, zu einem Politikergeschwafel zu kommen, welches Sie bei uns etablierten Parteien bisher immer kritisiert haben:

[Oh! von den PIRATEN –
Beifall bei der SPD –
Martin Delius (PIRATEN): Nur besser!]

26 kleinteilige Fragen mit Unter- und Schachtelsätzen. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen: Ihre Frage Nr. 25, eine typische Politikerrhetorik:

Wie kann die Software auf den von den Schulen genutzten Rechnern und Speichersystemen installiert werden, insbesondere auf den nicht selbst betriebenen, die gemäß des Vertrags ebenfalls geprüft werden müssen?

[Martin Delius (PIRATEN): Korrekte deutsche Sätze!]

Ich bin wirklich überrascht über den so schnell vollzogenen Anpassungsprozess der fulminant für ihre Andersartigkeit gefeierten Piratenfraktion.

Worum geht es in der Anfrage? – Sie befragen den Senat zu Überwachungssoftware an Berliner Schulen. Dem Senat wird hier vorgeworfen, anhand eines sogenannten Schultrojaners – Sie bezeichnen es laut Ihrer Fraktionsitzung ja so – Berliner Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer ausspionieren zu wollen. Das ist falsch, und auch die Begrifflichkeit Trojaner ist falsch. Sie müssten doch als vermeintlich Sachverständige eigentlich wissen, dass

es sich bei einem Trojaner zumindest um ein Programm handelt, welches heimlich überwacht.

[Christopher Lauer (PIRATEN):
Und Sie überwachen offen!]

Dies, hat der Senator eben dargelegt, wird überhaupt nicht passieren. Mehr Transparenz kann man von dem Senator gar nicht erwarten, als hier über einen solchen Einsatz einer Software zu berichten, die noch nicht einmal im ersten Bit oder ersten Byte fertiggestellt ist. Damit sind doch Ihre Sorgen völlig unbegründet, die Sie mit dieser Anfrage aufmachen.

[Zuruf von Philipp Magalski (PIRATEN) –
Weitere Zurufe von den PIRATEN –
Uwe Doering (LINKE):
Wer hat da was von Disziplin gesagt?]

Auch wird der Berliner Datenschutz einbezogen werden. Wir haben uns darüber mit dem Berliner Datenschutzbeauftragten ausgetauscht. Er hat selbstverständlich gesagt, dass es seine Aufgabe ist. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn er bei der Erstellung des Vertrages mit einbezogen worden wäre.

[Zuruf von den PIRATEN: Ah!]

Der Berliner Datenschutzbeauftragte wird nach § 24 Absatz 3 Satz 3 des Berliner Datenschutzgesetzes auf jeden Fall vor dem Einsatz der vorgesehenen Software rechtzeitig eingebunden werden. Das möchte ich an dieser Stelle zusichern, dass das auch entsprechend erfolgt. Der Senator hat das für die Berliner Verwaltung ebenfalls getan.

Und der Berliner Datenschutzbeauftragte sagte mir zu, dass er die Software hinsichtlich ihrer technischen und datenschutzrechtlichen Unbedenklichkeit einer eingehenden Prüfung unterziehen wird. Ich habe da ein hohes Vertrauen in den Senat und in den Datenschutzbeauftragten. Diese Überprüfung sollten wir abwarten, denn derzeit kann nichts überprüft werden, weil einfach noch nichts vorliegt.

Das Ziel dieser Software soll die Überwachung von Schulnetzwerken sein, um den Urheberrechtsschutz der Schulbuchverlage sicherzustellen. Sicherlich – und da bin ich durchaus bei Ihnen – kann man über den Umfang des Urheberrechtsschutzes streiten. Auch ich sehe da an vielen Stellen Handlungsbedarf. Aber wir sind hier im Land Berlin, und die Handlungsmöglichkeiten des Landes Berlin sind hier begrenzt, da es sich um eine bundesrechtliche Frage handelt und diese auf Bundesebene zu klären ist. Da wir von der derzeitigen Bundesregierung jedenfalls keinen Fortschritt zu erwarten haben, freue ich mich auf Sie, dass wir es möglicherweise 2013 gemeinsam schaffen, dies zu ändern. Natürlich wünsche ich mir auch, dass wir dann zu einem fortschrittlichen und der Allgemeinheit vielleicht mehr nutzenden Urheberrecht kommen werden. Auf der anderen Seite darf man aber auch nicht vergessen, dass das Urheberrecht sinnvoll sein

(Sven Kohlmeier)

kann, denn das Urheberrecht schützt auch Urheber in ihren geistigen und persönlichen Beziehungen zum Werk.

[Martin Delius (PIRATEN): Auch!]

– Auch!

Der Vertrag, den Sie hier vorgelegt haben oder auf den Sie hier rekurrieren, ist ja von allen Bundesländern der KMK unterzeichnet worden. Alle Parteien und alle Fraktionen sind in irgendeiner Weise daran beteiligt, weil die entsprechenden Bildungsministerien von allen Fraktionen außer von Ihrer gestellt werden. Die müssen nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, alle entweder völlig bekloppt oder völlig behämmert sein, dass sie einen solchen Vertrag unterzeichnet haben.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Oder beides! –
Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Im Hinblick auf das Sonderkündigungsrecht habe ich mir den letzten Paragraphen noch einmal angeschaut. Da ist durchaus ein Sonderkündigungsrecht oder ein Kündigungsrecht enthalten. Möglicherweise kommen wir dazu – ich glaube, Absatz 2 des Vertrags war es –, dass der Vertrag selbst überhaupt nicht zum Tragen kommt.

Der Zeitpunkt Ihrer Anfrage, liebe Kollegin und liebe Kollegen von der Piratenfraktion, ist meines Erachtens falsch gewählt. Sie reden im Prinzip über noch ungelegte Eier. Es gibt diese programmierte Software für die Überwachung bisher noch nicht. Die Verlage sind laut Vertrag beauftragt, auf eigene Kosten eine solche Software zu entwickeln.

[Zurufe von den PIRATEN]

Wenn diese dann fertig ist, gibt es glücklicherweise eine Reihe von Hürden, die es im Land Berlin zu überwinden gilt, bevor die Software auch nur auf einem einzigen Schulrechner von diesen 1 Prozent Schulrechnern installiert wird. Nach der Vorlage der Software wird es eine ausführliche technische und juristische Prüfung geben. Hierzu wird der Berliner Beauftragte für Datenschutz mit einbezogen. Ich kann Ihnen versichern, zumindest aus der Erfahrung der letzten Legislaturperiode, Herr Dr. Dix kontrolliert und prüft bei unseren Senatsverwaltungen immer besonders gerne und besonders intensiv. Erst wenn ausgeschlossen ist, dass die Persönlichkeitsrechte von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern verletzt werden, könnte die Software – ich sage: könnte! – nach vorheriger Information der Schulen zum Einsatz kommen.

Ich habe mir bei aller Aufregung den Vertrag in § 6 Absatz 4 Satz 2 noch einmal angeschaut. Darin steht, dass der Einsatz der Software die technische und datenschutzrechtliche Unbedenklichkeit der Software voraussetzt. Ich möchte jetzt den Schulbuchverlagen überhaupt nicht reinreden und anheimstellen, ob diese Formulierung überhaupt zu erreichen ist, aber möglicherweise könnte sich diese Formulierung auch als Pyrrhussieg der Verlage

herausstellen und den Einsatz der Software von vornherein ausschließen, weil diese Bedenken überhaupt nicht ausgeräumt werden könnten.

Ein Letztes, liebe Kollegin und liebe Kollegen von der Piratenfraktion: Ich möchte es vermeiden, Ihre moralischen Maßstäbe und Ihre netzpolitische Kompetenz als Anlass für Häme oder auch für Spott über die hier schon genannten Datenschutzpanne zu machen,

[Christopher Lauer (PIRATEN):
Dann lassen Sie es doch!]

möchte aber feststellen, dass dort, wo Menschen arbeiten, auch Dinge übersehen werden oder möglicherweise auch Fehler gemacht werden. Selbst in den netzaffinsten Bereichen unseres Lebens arbeiten heutzutage zum Glück immer noch Menschen. Üben wir also Nachsicht, wenn Menschen arbeiten und Entscheidungen treffen, die in den Augen einiger nicht vollständig mit den eigenen Vorstellungen übereinstimmen. Denn nur durch die Menschen wird das Leben schöner, nicht durch Netzwerkkarten und Patchkabel.

Und dir, lieber Jürgen Zöllner: Auch uns wirst du fehlen!
– Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Statzkowski. – Bitte!

Andreas Statzkowski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor uns liegt eine Große Anfrage mit insgesamt 26 Fragen. Wollen wir zu Beginn gleich einmal festhalten, die Masse allein macht es nicht. Ich meine, dass man hier zu Recht fragen sollte, inwieweit man die Sachverhalte vorab vorstellend ausreichend recherchiert hat. Ich meine, dass sich viele Fragen dann von selbst erledigt hätten und dementsprechend viele Antworten zu einzelnen Themen, die angesprochen wurden, bereits im Einzelnen vorliegen.

Außerdem muss man die Frage stellen, ob denn die Große Anfrage zum richtigen Zeitpunkt heute hier gestellt worden ist. Wir müssen immerhin festhalten, dass der Vertrag bereits 2010 geschlossen wurde und auch nicht vom Land Berlin, sondern von der Kultusministerkonferenz

[Özcan Mutlu (GRÜNE): Berlin hat das mitgetragen!]

und dass die Auswirkungen frühestens im Jahr 2012 bzw. noch viel später erst eintreten werden bzw. können, so dass dementsprechend aus meiner Sicht ein Zeitdruck in der Form nicht zu erkennen ist.

(Andreas Statzkowski)

[Zuruf von Pavel Mayer (PIRATEN)]

Wir haben es hier mit zwei wichtigen Rechtsgütern zu tun, die abzuwägen sind, nämlich mit der Privatsphäre, dem einzuhaltenden Datenschutz auf der einen Seite und dem Schutz des Urheberrechts auf der anderen Seite. Ich finde es bedauerlich, wenn auch in der Großen Anfrage nicht klar wird, dass es hier um eine Abwägung von schwierigen Rechtsgütern geht und dass man es sich insoweit nicht ganz so einfach machen kann, wie es sich die Fraktion der Piraten bei der Großen Anfrage aus meiner Sicht gemacht hat.

Hinzu kommt, dass allein die Begriffsfindung, die in der Öffentlichkeit Verwendung gefunden hat, indem man von Schultrojanern sprach, völlig danebenliegt, weil bei einem möglichen Einsatz der Software die Schulen von dem Einsatz wissen und dementsprechend mit dem Bewusstsein dessen im Einzelnen umgegangen werden kann.

[Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ein Trojaner ist es aber!]

– Wenn ein Trojaner auf meinem PC installiert ist, dann weiß ich das in der Regel gerade eben nicht, und genau da liegt das Problem und der Unterschied zu der Software, die hier an diskutiert ist. – Auf mindestens einem Prozent der öffentlichen Schulen soll diese Software eingesetzt werden. Sie soll dann Inhalte auf dem Schulserver mit Textbausteinen aus Schulbüchern vergleichen. Sie soll dann im Schulintranet, nicht aber in E-Mails oder geschützten Bereichen wie in eigenen Dateien nach Urheberrechtsverstößen fahnden. Nicht erlaubt ist es beispielsweise, dass Lehrer Schulbuchseiten einscannen. Entdeckt die Software solche unerlaubten digitalen Kopien, kann es zu Maßnahmen der Schulbehörde kommen. Diese entscheidet aber allein, und selbstverständlich soll und kann diese Information auch nur an die Schulbehörde gehen.

Die Kultusministerien halten ihre Lehrkräfte, meine ich, zu Recht dazu an, Arbeitsblätter und Schulaufgaben kreativ zu gestalten, individuell auszubauen und den Unterricht nicht nur strikt nach dem Schulbuch zu machen. Um dieser Aufgabenstellung gerecht zu werden, basteln viele Lehrer und Lehrerinnen Arbeitsblätter mit eigenen Texten, Textpassagen, die aus Schulbüchern übernommen werden, und Bildern aus den verschiedensten Quellen. Damit diese Praxis für die Kollegen vor Ort rechtlich abgesichert ist, existiert der Gesamtvertrag zur Einräumung und Vergütung von Ansprüchen nach § 53 des Urhebergesetzes zwischen den Bundesländern und den Schulbuchverlagen. Diese erhalten jährlich eine Vergütung in Millionenhöhe dafür, dass diese Lehrkräfte aus ihren Büchern kopieren dürfen; 2011 z. B. 7,3 Millionen Euro, 2012 werden es schon 7,8 Millionen sein. Allerdings lässt selbst dieser gute Vertrag den Lehrern nicht grenzenlose Handlungsfreiheit. Eine digitale Speicherung über den Kopiervorgang hinaus und ein digitales Vertei-

len sind durch diesen Gesamtvertrag nicht abgedeckt – wo mit Sicherheit ein erheblicher Mangel zu erkennen ist.

Der Berliner Datenschutzbeauftragte Dix, der heute auch schon begrüßt und erwähnt wurde, hält den Einsatz einer derartigen Plagiatssoftware – so konnte man es der Presse entnehmen – für unbedenklich, wenn die Schulen vorab darüber informiert und die Rechner nicht heimlich durchsucht werden. Außerdem müsse klar sein, dass die Software nur nach Plagiaten sucht und nicht beliebige Funktionen nachgeladen werden können, die nichts mit der Überwachung des Urheberrechts zu tun haben. Eine jede Schule, so wird Herr Dix zitiert, ist allerdings selbst dafür verantwortlich, dass diese Software nur nach Plagiaten sucht.

Hier haben wir natürlich das Problem, mit dem wir uns in der Vergangenheit schon des Öfteren beschäftigt haben, dass die Schulen häufig alleingelassen werden mit den einzelnen Problemen im Umgang mit Computern vor Ort. Gerade aus diesem Grund hält die CDU-Fraktion es für dringend notwendig, dass man ein Gesamtkonzept strickt, um mit dem Problem als solchem umzugehen. Darauf möchte ich jetzt im Einzelnen eingehen.

Dazu gehört beispielsweise, dass Schulbuchverlage sich viel stärker als bisher den neuen Herausforderungen der neuen Medien annehmen müssen. Mehr digitale Angebote von Schulbuchverlagen sind dringend notwendig; hier liegen bislang zu wenige Alternativangebote vor. Ich möchte aber gerade, weil wir im Berliner Parlament sind, ausdrücklich einen Berliner Schulbuchverlag loben, der sich deutlich von den anderen Schulbuchverlagen unterscheidet, das ist der Cornelsen-Verlag aus Wilmersdorf.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ausreichende Angebote für die digitalen Whiteboards sind ebenfalls dringend erforderlich. Und wenn bei dem einen oder anderen die Schulzeit schon etwas zurückliegt, dann sei darauf hingewiesen, dass ein digitales Whiteboard eine elektrische Tafel ist, die an einen Computer angeschlossen ist. Das Bild wird im Regelfall von einem Beamer projiziert. Auf einem digitalen Whiteboard lassen sich über jedes vom Computer angezeigte Bild handschriftliche Ergänzungen vorlegen. Auch hier sind dringend Erweiterungen notwendig. In Großbritannien gibt es inzwischen 500 000 digitale Whiteboards in den Schulen, in Deutschland sind es zur Zeit noch um die 30 000. Man rechnet allerdings damit, dass die Zahl in den nächsten Jahren dramatisch zunehmen wird. Auch hier sind die Schulbuchverlage gefragt, damit den Kollegen vor Ort ausreichend Material zur Verfügung gestellt werden kann.

Klar ist, dass der Einsatz einer möglichen Software, wenn sie denn im Einzelnen vorliegen sollte, nur die Schulcomputer betrifft und weder den Arbeits- noch den Privatcomputer der Kollegen. Wichtig ist, dass die klare Abgrenzung einer möglichen Software dementsprechend

(Andreas Statzkowski)

vorgenommen wird, dass sie nur den dafür vorgesehenen Aufgaben gerecht werden kann, und dass man insbesondere Lösungen findet, die unterschiedlichen Formen der Datenspeicherung hiermit zu erfassen. Wenn heute und hier darüber diskutiert wurde, ob dies im Einzelnen möglich ist, dann wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit herausstellen, dass hier frei nach Shakespeare diskutiert wird: Viel Lärm um Nichts.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es selbstverständlich, dass die Erkenntnisse einer Software nur und ausschließlich an die Dienstbehörde gehen und dass es eine Beteiligung des Datenschutzbeauftragten gibt. Aber wenn die Software vorliegen sollte, ist eine Beteiligung der Personalräte und der Betroffenenvertreter eine Selbstverständlichkeit. Ausreichende Alternativangebote auch in Form ausreichender Lehr- und Lernmittel sind ebenfalls etwas, was Lehrerverbände an dieser Stelle zu Recht anmahnen. Ich denke, dass auch die Frage einer digitalen Vervielfältigung und deren vertragliche Absicherung in diesem Zusammenhang diskutiert werden muss, genauso wie die Persönlichkeitsrechte der Kollegen vor Ort. Insoweit ist es wichtig, sich ausgewogen und abgewogen mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Insoweit sind Pressemitteilungen, wie sie beispielsweise die Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag abgegeben hat, kontraproduktiv. Da wird gefordert,

dass das Bildungswesen den privatwirtschaftlichen Verwertungslogiken entzogen werden und die Nutzung von Schul- und Bildungsmaterial unter freien Lizenzen gefördert werden muss.

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN]

Aus der Sicht der CDU-Fraktion hat sich damit wieder einmal bewiesen, dass die Linken nichts dazugelernt haben, dass sie eine problematische Einstellung zur Privatwirtschaft haben. Ich frage mich, wo denn hier die Alternative liegen soll. Wahrscheinlich in den alten Staatsverlagen mit staatsstreuen Inhalten à la Linke. Das ist nicht die Auffassung der CDU-Fraktion.

[Beifall bei der CDU]

Wir sollten an dieser Stelle festhalten, dass die Nichtbeachtung des Urheberrechts in der Regel erhebliche Mehrkosten für diejenigen bedeutet, die sich rechtskonform verhalten. Für jeden Einzelnen von uns, der in den Laden geht und etwas käuflich erwirbt, bedeutet dieses erhebliche Mehrkosten. Ob der Einsatz einer besonderen Software sinnvoll ist, bleibt abzuwarten. Er bedeutet mehr als nur diesen Einsatz, sondern eine Vielzahl von begleitenden Maßnahmen, wie ich sie im Einzelnen erwähnt habe.

Auch vonseiten der CDU-Fraktion wünschen wir dem Kollegen Zöllner alles Gute weiterhin für seinen Lebensweg!

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Wolfgang Brauer (LINKE): Eine lange Rede
ohne viel Sinn!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Abgeordnete Gelbhaar.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dix! Am 21. Dezember letzten Jahres hat Berlin einen Vertrag mit den Schulmedienverlagen abgeschlossen. Dieser Vorgang wurde durch Markus Beckedahl auch in netzpolitik.org veröffentlicht. Markus Beckedahl – wir erinnern uns – wurde von diesem Haus auf Vorschlag der Grünen einvernehmlich im April 2010 in den Medienrat der Berliner Medienanstalt gewählt. Ich möchte mich bei ihm dafür bedanken, dass er diesen Vorgang in die Öffentlichkeit getragen hat. So ist die öffentliche Debatte überhaupt erst ermöglicht worden.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Und diese Debatte – so zeigt sich – ist mehr als nötig. Die Unterzeichnung dieses Vertrages hat nämlich weitreichende Konsequenzen, von einer Systemänderung bei der Abgeltung der Ansprüche der Schulbuchverlage über offene Datenschutzfragen bis hin zu drohenden Disziplinarmaßnahmen gegen eigene Lehrkräfte.

Vorneweg: Es ist vollkommen unstrittig, dass ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen notwendig ist. Ein solcher Ausgleich wird seit 1958 stets gefunden. Die gesetzliche Regelung ist dort sehr klar. So erhält z. B. die VG WORT – sie wurde schon angesprochen – für das Anfertigen von Fotokopien von den Bundesländern eine pauschale Vergütung für die Rechteinhaber. Diese ausgleichende Praxis wird seit über einem halben Jahrhundert geübt und vollzogen. Daher ist es jetzt völlig unverständlich, warum ein Systemwechsel eingeleitet wird. Warum wird nun der Weg weg von einer Pauschalabgeltung wie bisher hin zu einer verdachtsunabhängigen Überprüfung gesucht?

[Beifall bei den GRÜNEN und bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Sicherlich – das lesen wir alle – gibt es viele Verstöße gegen das auch nicht mehr ganz zeitgemäße Urheberrecht. Deswegen fordern die Grünen auf Bundesebene die Novellierung des Urhebergesetzes. Das Urheberrecht ist nämlich für viele Bürgerinnen und Bürger schlicht nicht nachvollziehbar. Jedoch hier in diesem Vorgang stehen nicht Bürgerinnen und Bürger auf der einen und Schulbuchverlage auf der anderen Seite, sondern hier steht der Staat den Verlagen gegenüber. Beide haben es stets geschafft, einen akzeptierten Ausgleich zur Abgeltung der Urheberrechtsansprüche zu finden. Warum also nun diese verdachtsunabhängige Prüfung? War der Lobbydruck der Schulbuchverlage so hoch, Herr Zöllner?

(Stefan Gelbhaar)

[Beifall bei den GRÜNEN und bei den PIRATEN –
Senator Dr. Jürgen Zöllner: Ja!]

Aber das ist nicht alles. Mit diesem Vertrag hat Jürgen Zöllner zudem das Datenschutzinteresse der Lehrerinnen und Lehrer, der Schülerinnen und Schüler außen vor gelassen. Diese Software wird in dem Vertrag selbst gerade mal in einem einzigen Satz beschrieben und da steht so sinngemäß: Die Verlage werden eine Plagiatssoftware zur Verfügung stellen, mit welcher digitale Kopien von für den Schulgebrauch bestimmten Werken identifiziert werden können. – Das heißt, wir wissen nicht, wie die Software arbeitet, es ist im Vertrag nicht definiert. Herr Zöllner hat sich hier eine Software aufdrängen lassen, deren Wirkung und Umfang er nicht kennt. Die Verlage haben völlig freie Hand.

[Beifall bei den PIRATEN]

Welche Daten sollen von der Software gesammelt werden? Welche davon sind datenschutzrechtlich unbedenklich und welche nicht? Und mit welchem Datenmaterial soll die Software eigentlich berechnete von unberechneten Kopien unterscheiden können?

[Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Herr Zöllner! Es ist vertraglich eben nicht vereinbart, wer die Software prüft, die da auf unsere Schulrechner soll. Das steht da schlicht nicht drin.

[Zurufe von Özcan Mutlu (GRÜNE)
und Sven Kohlmeier (SPD)]

– Das steht dort nicht drin. Dann prüfen nach Ihrer Auffassung 16 Datenschutzbeauftragte. Alles klar!

[Beifall bei den PIRATEN –
Sven Kohlmeier (SPD): So ist das
im Föderalismus!]

Es ist unklar, wie die Plagiatssoftware Daten erhebt und wem und wie diese Daten zur Verfügung gestellt werden. Und all das ohne Information der Schulen! Von anonymisierter Weitergabe der Daten steht auch nichts im Vertrag. Und da steht auch nicht im Vertrag, dass der Datenschutzbeauftragte zuständig ist. Auch wenn das in den Berliner Gesetzen drinsteht, dann sollte man es auch in den Vertrag hineinschreiben, dann weiß es auch der Vertragspartner.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei den PIRATEN –
Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Aber das ist nicht alles, es geht noch schlimmer. Da lese ich Ihnen jetzt mal § 6 Nr. 6 vor. Da verpflichtet sich Berlin nämlich, „

bei Bekanntwerden von Verstößen gegen die in diesem Gesamtvertrag festgelegten Vorgaben für das Vervielfältigen von urheberrechtlich geschützten Werken gegen die betreffenden staatlichen Schulleiter und Lehrkräfte disziplinarische Maßnahmen einzuleiten.

[Dr. Klaus Lederer (LINKE): Hört, hört!]

Das heißt, dass der Berliner Bildungssenator und die Senatsverwaltung den eigenen Ermessensspielraum in Bezug auf die Einleitung von Disziplinarverfahren vertraglich aufgegeben haben. Das ist nicht nur rechtlich äußerst bedenklich, das ist vor allem politisch Ausdruck eines so bislang nicht bekannten Misstrauens des Senats gegenüber den eigenen Lehrkräften.

[Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Das finde ich nicht hinnehmbar.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kohlmeier?

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Nein! – Jürgen Zöllner hat einem Vertrag zugestimmt, der die Lehrer, also seine eigenen Leute, nicht nur unter Generalverdacht stellt, sondern in dem er sich verpflichtet, bei einem Verstoß, egal wie gering, Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, das heißt im Extremfall, schon bei einer falschen Kopie. Herr Zöllner verkennt völlig, dass er weder Aufklärungsbehörde noch Zuträger der Schulmedienverlage ist. Deswegen ist der Vertrag in dieser Form in der Tat eine Zumutung. Die Große Anfrage kam daher auch zur rechten Zeit, wenn auch einige wesentliche Fragen nicht gestellt wurden. Herr Zöllner, lassen Sie diesen Vertrag nicht so stehen! – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Frau Abgeordnete Kittler das Wort.

Regina Kittler (LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Zöllner! Als ich am 24. Oktober 2011 meine letzte Mathematikstunde im Grundkurs 12 hatte, hielt ich – und meine Schülerinnen und Schüler auch – ein Buch aus dem Jahre 2010 mit einem schon ganz passablen Zusatzangebot in der Hand. Da gab es nämlich eine CD-ROM – das ist sie – mit multimedialen Zusatzangeboten, allerdings nicht mit dem digitalisierten Buch. Ein Atlas, mit dem ich seit 2008 arbeite, ist da schon einen Schritt weiter. Hier gibt es einen Online-Schlüssel, mit dem die Karten und weitere aktuelle Zusatzangebote digitalisiert im Netz genutzt werden können. Durch die Nutzung entstehen keine weiteren Kosten, im Gegenteil, alle Karten können auch ohne den Premiumbereich zur Erreichung der Unterrichtsziele genutzt werden. So steht es

(Regina Kittler)

sogar im Buchdeckel. Das Ende der analogen Welt in der Schule ist also in Sicht.

Statt nun die Kultusminister mit den Verlagen, die Unterrichtswerke herstellen, einen Weg beraten, wie zukünftig alle diese digitalisiert nutzen können, schicken sie einen nun als Hilfsodysseus getarnten bayerischen Ministerialdirektor, der, wie man hört, inzwischen wohl schon im Ruhestand ist, um den hier schon umfänglich hinterfragten Vertrag auszuhandeln – einen Vertrag, den die Bundesjustizministerin, Frau Leutheusser-Schnarrenberger, im Bayerischen Fernsehen aus Datenschutzgründen für unmöglich hält und der sie zu Recht auf die Palme bringt.

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN –
Beifall von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Sie will den Einsatz des Programms zur Suche von Raubkopien stoppen lassen. Wie vorhin zu hören war, halten Sie, Herr Senator Zöllner, das Gleiche für unbedenklich. Sie, Herr Zöllner, sind offensichtlich der Meinung, dass hier niemand überwacht wird, sondern dass Sie vielmehr Schulen und Lehrerinnen und Lehrer vor Raubkopien schützen wollen, also die Lehrerinnen und Lehrer vor sich selbst, oder wie soll ich das verstehen?

Aber zurück zum Vertrag: Mal ganz abgesehen davon, dass die Kultusminister hier offensichtlich den bayerischen für alle handeln ließen – warum eigentlich? –, wurde eine öffentliche Debatte dazu ja wohl ganz verpasst. Insofern sind auch unsere und die Fragen der Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion nach der Wahrnehmung der Verantwortung durch den Berliner Senat völlig angebracht.

Und ich frage als Lehrerin für meine Kolleginnen und Kollegen, wo hier die Fürsorgepflicht des Dienstherrn sichtbar wird. Müsste er sich nicht schützend vor die Landesbediensteten in den Schulen stellen, wenn die durch Dritte unter Generalverdacht genommen werden?

[Beifall bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und den
PIRATEN]

Hier überwacht der Dienstherr seine Angestellten und Beamtinnen und Beamten. Das greift doch ins Arbeits- und Beamtenrecht ein. Das ist doch wohl mitbestimmungspflichtig. Hier müssen Personalräte beteiligt werden, noch dazu, wo im Vertrag eindeutig dienstrechtliche und zivil- und strafrechtliche Maßnahmen angedroht werden.

Im Vertrag werden viele Fragen nicht einmal angerissen, die den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Lehrkräfte, aber natürlich auch der Schülerschaft betreffen. Im schulinternen Netz sind hochsensible Daten zu jeder Schülerin und jedem Schüler und ihren Eltern enthalten. Da gibt es außerdem für jede Lehrerin und jeden Lehrer die Möglichkeit, Daten zu speichern. Wie sicher sind diese zukünftig? Wer stellt die technische und datenrechtliche Unbedenklichkeit der von netzpolitik.org als Schnüffel-

software für unheimliche Online-Durchsuchungen bezeichneten Software fest? Ist überhaupt über Risiken und Nebenwirkungen diskutiert worden? Wenn ja, mit wem? Darf der Staat überhaupt, um wirtschaftliche Interessen von Unternehmen zu schützen – und das möchte ich hier sehr wohl noch mal betonen –, Lehrer- und Schülerschaft überwachen und ausspionieren? Wo ist die gesetzliche Grundlage für diesen Eingriff in das Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme? Und wo endet dieser Eingriff? Was passiert, wenn eine Lehrerin ihren privaten Laptop mit in die Schule bringt und den auch im Unterricht benutzt? Wird der dann in die Kontrolle gleich mit einbezogen?

Uns interessieren natürlich auch die Kosten, die dem Land entstehen. Spannend ist, wie diese bei der Haushaltsnotlage Berlins gedeckt werden sollen, personell und sachlich. Was man hier an Überprüfungen hören konnte, das bedeutet schon, dass hier Personen heran müssen, und das bedeutet schon, dass auch Sachkosten entstehen werden. Das kann mir hier keiner vormachen, dass das nicht so ist.

Was sich uns auch nicht erschließt, ist der Anstieg der durch die Länder an die Rechteinhaber nach § 5 zu zahlenden Vergütung für die zulässigen Kopien von Lehrwerken. Wieso steigt dieser Betrag in einem Zeitraum von nur vier Jahren, also von 2011 bis 2014, von 7,3 auf 9 Millionen Euro an? Neben der Aufklärung aller Fragen erwartet die Fraktion Die Linke, dass der Senat den gesamten Vertrag infrage stellt und eine rechtliche Überprüfung fordert

[Beifall bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und den
PIRATEN]

und dass Schulträger oder Schulen, die sich dem Verfahren verweigern, nicht belangt werden. Letztendlich sollte sich das ganze Land Berlin dem Verfahren verweigern. Das Land Berlin darf einen solchen Eingriff in die Grundrechte nicht zulassen. Ihre Worte, Herr Zöllner, die hörte ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Sollte es dazu kommen, dass dieser Vertrag Anwendung findet, sehe ich eine Flut von Protesten, eingelegten Widersprüchen oder auch Prozessen voraus – von Datenschützern, Gewerkschaften, Personalräten.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Regina Kittler (LINKE):

Ich bin gleich fertig! – Ich bin zwar nicht Cassandra, aber ich sehe, dass den Trojanern eine Niederlage droht. – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN]

(Regina Kittler)

Jetzt kann ich gern noch eine Frage beantworten – bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Sehr geehrte Frau Kittler! Ich freue mich über Ihre Position und Ihre Empfehlung. Würden Sie denn Ihrer eigenen Fraktion im Brandenburger Landtag empfehlen, diese Position auch einzunehmen?

Regina Kittler (LINKE):

Unbedingt!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Wunderbar! Danke schön!

Regina Kittler (LINKE):

Bitte!

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Nun hat für die Fraktion der Piraten für die verbliebene Redezeit von fünf Minuten und 30 Sekunden der Abgeordnete Morlang das Wort.

Alexander Morlang (PIRATEN):

Das ist ja viel mehr, als ich brauche. – Kurz zum Anfang: Wir haben das Ding übrigens nie Trojaner genannt.

[Sven Kohlmeier (SPD): Doch!
In Ihrer Fraktionssitzung!]

Die CDU in Brandenburg hat das Thema dann auch eingebracht. Die findet die 26 Fragen anscheinend auch ganz gut und stellt sie dann einfach. Sharing is caring – schön, dass wir endlich mal in der Lage sind, politische Inhalte gemeinsam zu nutzen!

Es ist ganz interessant: Wir haben ungefähr 300 000 Schüler in der Schülerdatenbank – so wurde es vorhin gesagt. Ich habe mal nachgesehen: Wir haben in Deutschland ca. 800 000 Lehrer, und wir wollen auf einem Prozent der Systeme diese Software installieren. Das ist durchaus ein interessanter Aspekt. Das heißt, wir haben ungefähr 1 500 bis 3 000 PCs, auf denen eine Software zum Ausforschen von Netzwerken ist, an denen Schüler sitzen, deren IT-Kompetenz höher ist als die ihrer Lehrer. Das heißt, wir geben ungefähr 1 500 Schülern ein echt wertvolles Werkzeug an die Hand. Ich glaube nicht, dass sie den Source-Code jemals sehen werden. Er wird wahrscheinlich die Qualität eines Staatstrojaners haben. Das heißt, wir werden ungefähr 14 Tage brauchen, um herauszufinden, wie man das Ding fernsteuert. Damit haben dann ungefähr 300 000 Schüler in Berlin Zugriff auf die PCs ihrer Lehrer. Sehr interessantes Konzept!

[Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Da kommt das Thema Vorsorge des Dienstherrn gleich wieder ran, weil ich glaube, der kann da gar nicht vorsorgen, zumindest nicht, wenn diese Software auf den Systemen ihrer Lehrer installiert ist. Ich persönlich hätte es als Schüler gut gefunden, wenn ich nicht nur in der Lage gewesen wäre, meine Lehrer im Netzwerk in die Irre zu führen, sondern auch leicht Zugriff auf die Arbeiten und Zeugnisse gehabt hätte. Da hätten wir uns eine Menge Wetten sparen können!

Das heißt, wir haben da einen Trojaner, und zwar tatsächlich einen Trojaner und nicht ein Trojanisches Pferd, denn diese Software ist das Pferd, das den Trojaner dann darstellen wird, und der Schüler wird dann dieses Pferd nutzen, um den Rechner der Lehrer zu nutzen. Das heißt, Sie werden das einfach nicht stattfinden lassen. Sie können das einfach nicht stattfinden lassen, denn das politische Desaster, auf das Sie sich da zubewegen, wird Ihnen so derartig die Köpfe und Hälse brechen, dass Sie sich darauf gar nicht einlassen können!

Aber wir können das natürlich alles einmal ausprobieren: Wir verteilen Überwachungssoftware an Tausende von Schülern und gucken, was diese Schüler Kreatives damit machen. Be my guest! – Wir werden eine Menge Spaß dabei haben. – Danke!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der SPD hat für die verbliebene Redezeit von drei Minuten und 30 Sekunden der Abgeordnete Kohlmeier das Wort. – Bitte!

[Sven Kohlmeier (SPD) trägt einen
Laptop zum Rednerpult –
Dr. Gabriele Hiller (LINKE): Das darf er
nicht mitnehmen! –
Unruhe]

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Klarstellungen möchte ich mir erlauben. Zum einen gegenüber der Fraktion der Piraten: Sie haben eben gesagt, Sie hätten das Wort Schultrojaner nie verwendet. Nach den mir vorliegenden Ausführungen zur Fraktionssitzung vom 8. November 2011 heißt es, dass für den Schultrojaner fünf Minuten Begründung und zehn Minuten Redezeit im Ältestenrat festgelegt sind. Und zu Ihrem Antrag – Fraktionssitzung vom 1. November 2011 – schreiben Sie: Antrag: Große Anfrage Schultrojaner. Die Piratenfraktion stellt eine Große Anfrage bezüglich der sogenannten Schultrojaner zur nächsten Plenarsitzung.

(Sven Kohlmeier)

Das Wort Schultrojaner ist nicht irgendwoher erfunden. Das Wort Schultrojaner ist von Ihnen selbst in den Raum gestellt worden.

[Zurufe von den PIRATEN]

Ich bin jetzt auch fertig mit Ihnen, liebe Kollegen von den Piraten.

Zu den Grünen: Dass die Grünen immer die Guten in diesem Hause sind, das haben wir schon mitbekommen.

[Gelächter bei den GRÜNEN]

Sie bleiben sich konsequent treu. Es soll offensichtlich auch in der neuen Legislaturperiode so sein. Es ist aber tatsächlich ein bisschen unredlich, unserem Schulsenator vorzuwerfen, welchen Vertrag er abgeschlossen hat. Nach meinem Kenntnisstand gibt es in drei Bundesländern grüne Bildungsminister – im Land Baden-Württemberg, im Land Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Mir ist bisher nicht bekannt, dass der ehemalige Landesvorsitzende Gelbhaar den drei grünen Bildungsministern vorgeworfen hat, welchen schlechten Vertrag sie abgeschlossen haben.

Ich musste mir tatsächlich erlauben, meinen Rechner mit nach vorne zu nehmen, um mal zu zitieren, und zwar aus Nordrhein-Westfalen. Die grüne Ministerin in Nordrhein-Westfalen schreibt – ich lese das jetzt vor –:

Mittlerweile konnten sich die Länder der Bundesrepublik Deutschland mit den Rechteinhabern über eine neue Vereinbarung verständigen, die den Schulen und Lehrkräften Rechtssicherheit bietet. Die neue Vereinbarung gestattet es den Lehrkräften, nach wie vor Fotokopien in Klassensatzstärke für den Unterrichtsgebrauch herzustellen, und zwar auch aus Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien.

Es heißt dort weiter auf der Internetseite des Schulministeriums, wie hervorragend man diese Vereinbarung begrüßt.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Ein bisschen abrüsten, mal in andere Bundesländer schauen und ein bisschen an die eigene Nase fassen!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Kohlmeier! Gestatten Sie eine Kurzintervention?

Sven Kohlmeier (SPD):

Ich bin jetzt fertig! – Selbstverständlich gern!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Bitte Herr Abgeordneter Gelbhaar!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Zwei Anmerkungen dazu: Seit wann ist dieser Vertrag bekannt? Vielleicht sagen Sie dazu ein paar Worte, denn dann können Sie mir auch erklären, wie ich als ehemaliger Landesvorsitzender das in meiner Amtszeit hätte tun sollen.

Zweitens: Sie haben vollkommen recht – wir werden selbstverständlich auch parteiintern diese Fragen stellen. Aber nichtsdestotrotz: Wir befinden uns hier in Berlin und deswegen habe ich als Abgeordneter dieses Hauses in Berlin diese Frage gestellt. Ich glaube, man muss dort, wo man arbeitet, die richtigen Fragen stellen, und dann ist das auch richtig so.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Möchten Sie antworten, Herr Kohlmeier? – Bitte!

Sven Kohlmeier (SPD):

Kollege Gelbhaar! Sie sind doch gut vernetzt. Ich gehe also davon aus, dass Ihnen rechtzeitig bekannt ist, dass es diesen Vertrag gibt, und dass Sie eine gute und ausführliche regelmäßige Absprache mit den anderen Bundesländern, mit den anderen Landesverbänden Ihrer Partei führen.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Zeigen Sie mir die Drucksache!]

Das Dilemma, das Sie aufgeführt haben, ist genau das Dilemma, das der Senat ebenfalls hat. Sie ziehen sich darauf zurück, Sie stellen sich hier vorne hin und kritisieren, dass dieser Vertrag abgeschlossen wurde, in Kenntnis – Klammer auf –, dass drei grüne Bildungsminister genau das Gleiche getan haben. Gleichzeitig ziehen Sie sich zurück und sagen: Ich habe nichts gewusst. Woher soll ich denn wissen, dass das damals gewesen ist?

Woher soll denn der Senator heute Auskunft gegenüber einer Software geben können, die irgendwann in der Zukunft vielleicht einmal produziert wird, deren Einsatz völlig unbekannt ist,

[Unruhe bei den GRÜNEN]

außer dass in dem Vertrag in § 6 Abs. 4 steht, dass es diese Software irgendwann einmal geben wird?

[Martin Delius (PIRATEN): Wozu dann der Vertrag?]

Das Dilemma müssen Sie dann hier einmal aufklären. Auch wenn Sie neu im Parlament sind, kann man das von Ihnen erwarten, Kollege!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Martin Delius (PIRATEN):Kaufen Sie immer
die Katze im Sack?]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Danke schön! – Nun hat für die Fraktion der Grünen für die verbliebene Redezeit von vier Minuten und 24 Sekunden der Abgeordnete Mutlu das Wort.

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gegenstand unserer heutigen Diskussion zeigt in aller Deutlichkeit und ist ein weiterer Beweis dafür, dass die KMK in ihrer Struktur und in ihrer Funktionsweise längst auf den Prüfstand gehört.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der LINKEN –
Beifall bei den PIRATEN –
Martin Delius (PIRATEN): Jawohl!]

Diese KMK-Vereinbarung zeigt auch, dass die Damen und Herren der KMK-Bürokratie fern jeder Realität sind, indem sie einen Vertrag unterzeichnen, in dem eine Software genannt wird, von der bisher niemand konkrete Kenntnis hat. An dieser Stelle wundert es mich auch, dass der Datenschutzbeauftragte – bei allem Respekt, Herr Dix – einer Software eine Unbedenklichkeitsbescheinigung geben kann, deren konkrete Auswirkungen auf das Schulleben, auf die IT-Struktur der Schulen er nicht kennt.

Dem Dachverband der Schulbuchverlage ist es in der Tat – wie wir hier mehrheitlich gehört haben – gelungen, den Kultusministern der Länder einen Vertrag aufzuschwatzen, der Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler gleichermaßen unter Generalverdacht stellt, wie die Justizministerin Frau Leutheusser-Schnarrenberger richtigerweise feststellt. Ich sage an dieser Stelle: Geht es noch? Warum dieses Misstrauen?

Die Unterzeichner der Vereinbarung bezeichnen den Schultrojaner vornehm als – das sage ich bewusst – Plagiatsoftware und sagen, das sei keine Überwachungssoftware. Was tut denn diese Software? – Genau das, was unter Schultrojaner zu verstehen ist, sie späht die Computer der Schulen aus, ob irgendwo Urheberrechtsverletzungen stattgefunden haben. In der Tat ist es sehr schwierig, wie das die Kollegen von den Piraten auch betont haben, zu differenzieren. Wie diese Software genau vorgehen soll, stellt uns alle vor Fragen, die bisher niemand beantworten konnte. Die Konsequenz der Vereinbarung ist zweifelsohne – auch wenn es nicht zugegeben wird – eine Schnüffelsoftware mit höchstem Segen der KMK. Das ist ein Skandal!

[Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN
und bei den PIRATEN]

Dass einige private Schulbuchverlage zur Wahrung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen die Schul-EDV infiltrieren dürfen und die Computer der Lehrerinnen und Lehrer – wenn auch eingeschränkt – ausspähen dürfen, wollen und dürfen wir als Parlamentarier nicht akzeptieren.

Gemäß der Vereinbarung sollen die Schulbuchverlage ab dem nächsten Jahr eine eigene Schulschnüffelsoftware bundesweit auf die Schulcomputer installieren dürfen und nach rechtswidrigen Kopien aus den Schulbüchern oder ähnlichen Medien suchen können. Entdeckt einer dieser Schultrojaner eine sogenannte Raubkopie, sollten fernüberwachte Lehrkräfte disziplinarisch von ihren Dienstherren belangt werden. Das ist eine Klausel im Vertrag, die keiner von den Bildungsministern hätte unterzeichnen dürfen.

[Beifall bei den GRÜNEN und
den PIRATEN]

An dieser Stelle darf die Frage erlaubt sein: Wer kontrolliert denn die Kontrolleure? Oder: Wie wird denn von der Schuladministration sichergestellt, dass die Plagiatsoftware nicht missbraucht wird? Mit welchen technischen und personellen Vorkehrungen, mit welchen Mitteln soll ein Bundesland, das pleite ist, dem vorbeugen? Welche Behörde ist konkret zuständig? Und auch das wissen wir nicht: Wie wird der Datenschutz gewährleistet?

[Sven Kohlmeier (SPD): Der Datenschutzbeauftragte!]

Ich frage mich auch – weil in diesem Vertrag kein Sonderkündigungsrecht für die Länder vorgesehen ist –, was passiert, wenn tatsächlich bei der Überprüfung der Software die Missstände entdeckt werden. Was passiert denn da? – Ich sehe keine Klausel, dass die Länder dann von diesem Vertrag zurücktreten können.

Interessant ist auch die Frage nach den Kosten. Bereits im Jahr 2011 hat die KMK vereinbart, Gebühren in Höhe von 7,3 Millionen Euro zu bezahlen. Die Länder sollen das bezahlen. Die Gebühren steigen sukzessive und werden im Jahr 2014 9 Millionen Euro bei gleichzeitigem Rückgang der Schülerzahlen betragen. Da frage ich mich auch, was da passiert ist!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Ja, ich komme zum Schluss! – Bei der gesamten Debatte wird gänzlich außer Acht gelassen, welche Konsequenzen und Auswirkungen dieser Schultrojaner auf die Schulentwicklung und die Pädagogik vor Ort haben wird. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass sehr viele Lehrerinnen und Lehrer an dieser Stelle auf veraltete Materialien zurückgreifen werden, dass sie keinen Computer einsetzen

(Özcan Mutlu)

werden, um einer Kontrolle oder einem eventuellen Missbrauch vorzubeugen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssen jetzt wirklich zum Ende kommen!

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Wenn Sie mir erlauben, würde ich gern einen Satz zu Herrn Zöllner sagen, außerhalb der Rede.

[Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD –
Nein! von der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Bitte, nein! Tut mir leid!

Özcan Mutlu (GRÜNE):

Herr Zöllner! Vielen Dank! Wir werden Sie vermissen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit ist die Große Anfrage begründet, beantwortet und besprochen.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 10:

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [17/0016](#)

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten
Rechtsverordnungen**

Die Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen bitten um Überweisung der Verordnung mit der lfd. Nr. 6 – VO-Nr. 17/006 – Verordnung über die Festsetzung von erforderlichen Breiten für Winterdienstmaßnahmen auf Gehwegen – an den künftig für Umwelt zuständigen Ausschuss. Von den weiteren Verordnungen wird hiermit Kenntnis genommen.

Wir kommen zu

lfd. Nr. 11:

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer
Entscheidung
Drucksache [17/0009](#)

**Berlin lehnt das Schwarzgeldabkommen mit der
Schweiz ab**

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt

die Fraktion der Linken. Das Wort hat Frau Dr. Schmidt. – Bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach einer hitzigen Debatte zu Software und Trojanern kommen wir jetzt wieder zum lieben Geld. – Die Linksfraktion fordert mit diesem Antrag, das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt abzulehnen. Wir fordern den Senat auf, die Ratifizierung dieses Abkommens im Bundesrat abzulehnen.

[Beifall bei der LINKEN]

Dazu will ich im Wesentlichen zwei Gründe anführen. Zum einen sollte der Bund im Hinblick auf die Einnahmesituation der Länder und Kommunen ein Interesse daran haben, bei der Durchsetzung von Steuerforderungen hart zu verhandeln. Allerdings kann und wird das Abkommen hierzu nicht umfassend greifen, denn es enthält zahlreiche – nein, es enthält zu viele Umgehungsmöglichkeiten. Die einfachste und schnellste Form, um der Besteuerung des deutsch-schweizerischen Abkommens zu entgehen, besteht in der Kontenauslagerung in eine ausländische Niederlassung derselben Bank. Der Bankmitarbeiter bleibt für den Kunden derselbe, lediglich das Konto ist dann vielleicht in Hongkong oder Singapur. Somit kann die Zahlungsverpflichtung nicht mehr durchgesetzt werden.

Des Weiteren ist nicht alles, was irgendwo bei Schweizer Banken liegt, zu versteuerndes Kapital. Zu den Vermögenswerten im Sinn des Abkommens zählen beispielsweise nicht die Inhalte von Schrankfächern. Es gibt Hinweise, dass die Nachfrage nach Schrankfächern in der Schweiz in den letzten Wochen deutlich angestiegen ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Mit dem Vertrag soll auch die pauschale Nachversteuerung von bisher unsteuerterem Altvermögen in der Schweiz geregelt werden. Schätzungen gehen von bis zu 300 Milliarden Euro aus. Die pauschale Besteuerung, die zwischen 19 und 34 Prozent liegen soll, ist für die meisten Betroffenen deutlich niedriger als ihr persönlicher Einkommensteuersatz, zu dem sie ihr Geld eigentlich hätten versteuern müssen. Es geht hier also um Steuermindereinnahmen in Milliardenhöhe, die der Allgemeinheit entzogen werden. Das widerspricht in eklatanter Weise dem Prinzip der Steuergerechtigkeit und damit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung entsprechend Artikel 3 unseres Grundgesetzes. Ich spreche hier vor allem die Kolleginnen und Kollegen der CDU an. Erklären Sie das doch mal dem normalen Steuerzahler, dem Bürger, der Bürgerin auf der Straße, wo doch schon jetzt Lohneinkünfte höher besteuert werden als Kapitaleinkünfte!

(Dr. Manuela Schmidt)

Zum Zweiten will ich auf das fragwürdige Rechtsverständnis in diesem Abkommen hinweisen. In Artikel 7 Abs. 7 steht, dass alle Steueransprüche vor dem Stichtag 31. Dezember 2002 komplett ohne jede Abgeltungsteuer erlöschen. Damit werden unzählige Milliarden Euro ohne Nachzahlung oder Strafe legalisiert. Gleichzeitig sollen die der pauschalen Nachbesteuerung unterfallenen Steuerflüchtlinge straffrei und anonym bleiben. Ich frage Sie besorgt: Was ist das für ein Rechtsverständnis? Es geht um hinterzogene Gelder. Jeder kleine Diebstahl wird – zu Recht! – strafrechtlich verfolgt. Wenn es aber darum geht, dass bis zu 300 Milliarden Euro un versteuert bleiben, dann soll das mit einer Amnestie belohnt werden. Mit der Linken ist das nicht zu machen!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Insgesamt bedeutet das Abkommen keine konsequente Bekämpfung von Steuerbetrug, und es bedeutet die Legalisierung von erheblichen Steuermindereinnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe.

Herr Buchholz! Sie haben vorhin gefragt, wo die Mehreinnahmen herkommen. Ich sage es Ihnen: Lehnen Sie die Ratifizierung dieses Abkommens im Bundesrat ab! Stimmen Sie unserem Antrag zu, und lassen Sie nicht zu, dass wir hier auf Steuereinnahmen verzichten! Bleiben Sie konsequent in Ihrer Forderung nach Steuermehreinnahmen für die Länder und Kommunen! – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN und bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die Fraktion der SPD hat nun Frau Flesch das Wort.

Kirsten Flesch (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen von der Linken! Es ist ein wirklich komplexes Thema, das Sie hier jetzt mal kurz durchwinken möchten. Komplex, kontrovers, höchst kompliziert!

[Wolfgang Brauer (LINKE):

Also brauchen wir einen Sonderausschuss!

Und man sollte auch darüber nachdenken, ob man erst nachdenkt und dann entscheidet oder ob man erst entscheidet und dann vielleicht nachdenkt. Sie wollen ganz auf die Schnelle dieses Thema beschließen und abräumen,

[Uwe Doering (LINKE):
Was heißt „auf die Schnelle“? Im Bundesrat
wird demnächst entschieden!]

obwohl dieses Steuerabkommen landauf, landab in den Parlamenten heftig diskutiert wird. Es wird im Bundestag diskutiert, es wird bei uns diskutiert, und die Schweizer müssen sogar noch eine Volksabstimmung machen. Ich weiß nicht, ob das die richtige Philosophie ist, eine Ent-

schließung abzuräumen und sich dann mit dem Thema nicht mehr zu beschäftigen, oder ob es sinnvoller ist, dem Senat aufzugeben, bestimmte Forderungen im Bundesrat zu verhandeln. Ich weiß auch nicht, ob Ihre potenziellen 300 Milliarden Euro, an die wir ja nur rankommen, wenn wir entsprechend viele CDs zugespielt bekommen –

[Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Da kommen
wir doch ohnehin ran!]

also potenzielle, virtuelle 300 Milliarden Euro Steuereinnahmen –, tatsächlich sehr viel helfen.

All das sind Fragen, weshalb wir – die Fraktion der SPD und die Kollegen von der CDU – sagen: Wir möchten dieses Thema in den Ausschüssen besprechen.

[Uwe Doering (LINKE): Das wäre dann
nach der Bundesratssitzung!]

Denn – und da gebe ich Ihnen recht – dieses Abkommen ist nicht gut.

[Zurufe von der LINKEN]

Aber man kann versuchen, es nachzuverhandeln, und ich denke, das ist der richtige Weg. Dabei sind dann wichtige Forderungen einzubringen, und erst wenn man damit scheitert, kann man sagen: Lieber kein Abkommen als ein schlechtes Abkommen!

Die Forderung, die Nachbesteuerung auf eine vernünftige finanzielle, also eine reelle Zahlenbasis zu stellen – –

[Uwe Doering (LINKE): Aber Ende November,
Anfang Dezember ist es im Bundesrat!]

– Kollege Doering! Ich möchte nicht lauter werden müssen, aber ich möchte mich noch gerne selber verstehen.

[Uwe Doering (LINKE): Aber Sie müssen
trotzdem etwas dazu sagen, was im Bundesrat
beschlossen werden soll!]

Auch die Steuersätze in der Pauschale zwischen 19 und 34 Prozent sind fragwürdig. Auch da müsste nachverhandelt werden. Und natürlich dürfen die deutschen Steuer- und Strafverfolgungsbehörden keine zahnlosen Tiger bleiben. Aber das sind Forderungen, die man nicht mehr erheben kann, wenn man sagt: Ich entschließe jetzt – nein!

Wir werden das in den Ausschüssen beraten. Wir werden im Zweifel dem Senat aufgeben, im Bundesrat entsprechende Verhandlungen zu führen.

[Uwe Doering (LINKE): Im Zweifel! –
Udo Wolf (LINKE): Nach der
Bundesratsentscheidung!]

Wir müssen darüber nachdenken, ob potenzielle Steuereinnahmen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie bekommen, sondern wo wir nur vermuten, dass sie da sind, und an die wir nur durch am äußersten Rand der Legalität

(Kirsten Flesch)

erwirtschaftete Daten rankommen könnten, besser sind als ein solches Abkommen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Flesch?

[Zurufe von der LINKEN]

Kirsten Flesch (SPD):

Nein, vielen Dank! – Vielleicht kommt man zu dem Ergebnis: Kein Abkommen ist besser als dieses Abkommen! – Aber ich denke schon, dafür sollten wir uns die Zeit nehmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –

Uwe Doering (LINKE) und Udo Wolf (LINKE):
Nach der Bundesratssitzung!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Danke sehr! – Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnete Dr. Graf das Wort. – Bitte!

Dr. Florian Graf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt ist in der Tat – da gebe ich der Kollegin Flesch recht – ein sehr vielschichtiges, komplexes und auch sehr ernstes Thema. Frau Kollegin Dr. Schmidt! Ich finde nicht, dass Sie das in der gebotenen Ernsthaftigkeit angegangen sind, sondern es war Populismus und nichts anderes, was Sie hier dargelegt haben.

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von der LINKEN]

Ich glaube auch, dass man das im Lichte dessen diskutieren muss, was möglich und machbar ist, denn wir haben hier keine einseitige Vereinbarung, die wir abschließen können, sondern wir müssen das in einer Verhandlung mit der Schweiz erreichen. Wenn wir einmal ehrlich sind: Was hat denn der Druck, den wir in den letzten Jahren gegenüber der Schweiz aufzubauen versucht haben, gebracht? – Er hat nichts gebracht. Also ist der Weg eines Abkommens dann doch wohl der vernünftigste Weg, denn Steuergerechtigkeit ist ein sehr hohes und wirklich wichtiges Gut.

Deshalb muss man aus meiner Sicht bei diesem gesamten Abkommen folgende Prämissen sehen: Die erste ist die berechnete Durchsetzung von Steueransprüchen deutscher Behörden, und zwar konsequent. Hierbei gibt das Abkommen einen Weg für die Zukunft und für die Vergangenheit auf. Für die Vergangenheit ist schon gesagt worden, dass un versteuerte Vermögenswerte mit einem

Steuersatz zwischen 19 und 34 Prozent pauschal versteuert werden sollen, und damit ebnet man – zwar anonym – den Weg aus der Steuerflucht. Aber auch für die Zukunft wählt man eine pauschale Abgeltungsteuer – unabhängig davon, ob in Deutschland oder in der Schweiz Vermögenswerte oder Einkünfte erzielt wurden.

Der Weg ist auch nicht neu. Das letzte Mal ist dieser Weg der Steueramnestie 2004 von der rot-grünen Bundesregierung gegangen worden. Was waren die wesentlichen Elemente, die Rot-Grün 2004 aufgelegt hat? – Eine strafbefreiende Erklärung und eine pauschale Besteuerung von 25 Prozent, abzüglich Werbungskosten, was effektiv 15 Prozent bedeutete! Und am Ende hat man von den prognostizierten 50 Milliarden Euro an Mehreinnahmen nur 1,5 Milliarden Euro realisiert.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE):
Genau das ist das Problem!]

Insofern verspricht das jetzige Abkommen schon allein durch die Vorauszahlung der Schweiz in Höhe von 2 Milliarden Franken, die gleich fließen – wobei insgesamt ein zweistelliger Milliardenbetrag erwartet wird – finanziell für Bund und Länder mehr.

Man muss auch sehen, dass ein solches Abkommen durch die pauschale Besteuerung für die Zukunft dazu führt, dass es ein unkalkulierbares Entdeckungsrisiko für Steuerhinterzieher gibt, was einen Abschreckungseffekt hat – ähnlich wie die von Ihnen, Frau Kollegin von der Linken, offenbar favorisierte Form des CD-Ankaufs. Ich finde, Abschreckungseffekte sind wichtig, um Steuerflucht zu verhindern. Das Entscheidende ist doch, dass die Steuerflucht unattraktiv gestaltet wird – dadurch, dass sie pauschal besteuert wird.

Ihr Vorgehen lässt viele Fragen offen. Sie sagen nicht, dass Sie nachverhandeln wollen, sondern Sie wollen, dass das Abkommen im Bundesrat abgelehnt wird. Wollen Sie, dass es kein Abkommen gibt? – Wenn es aber kein Abkommen gibt, wäre die Folge, dass die alte Rechtslage gilt, und das heißt, dass Sie diejenigen, die Sie heute nicht haftbar machen können, nicht haftbar machen. Stattdessen gehen Sie dann einen Weg des geringsten Widerstandes und lassen die Rechtslage so, wie sie ist. Ich würde dann doch lieber die bekannten Möglichkeiten durch ein Abkommen nutzen.

Oder aber Sie sagen am Ende, dass Sie ganz auf die Einnahmen verzichten, denn das, was Sie hier beziffern – die Vermögenswerte, die in die Schweiz transferiert werden –, ist virtuell. Sie können die Steuersünder doch gar nicht haftbar machen. Dass das Ganze anonym läuft, trägt doch auch dazu bei, dass man hier über eine pauschale Besteuerung vorgehen kann.

Also ich teile das, was Frau Flesch gesagt hat. Es gibt viele Fragen, die in dem Zusammenhang zu klären sind. Das wollen wir gemeinsam im Ausschuss tun, und dann

(Dr. Florian Graf)

sehen wir auch, wie sich der Senat im Bundesrat verhalten kann.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der Grünen hat nun der Abgeordnete Esser das Wort. – Bitte!

Joachim Esser (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Herzlichen Glückwunsch zur tadellosen Sitzungsleitung – gleich beim ersten Mal!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Uwe Doering (LINKE): Na, na –
noch ist die Sitzung nicht zu Ende!]

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Willkommen wieder hier in diesem Theater! Frau Flesch! Herr Graf! Ja, ich finde, man muss abwägen, aber meine Grundthese wäre: Was wir über dieses Abkommen wissen, zeigt, dass diese Abwägung bei Ihnen falsch ausfällt, dass Sie sich dieses Abkommen schönreden und dass die Linkspartei insbesondere, weil hier Gefahr im Verzuge ist, nicht nur mit dem Inhalt des Antrags, sondern auch mit der Bitte um eine Sofortabstimmung völlig richtig liegt, wofür sie unsere Unterstützung hat.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN]

Ja, das ist eine trockene Materie. Aber der Bund der deutschen Kriminalbeamten hat das Abkommen meines Erachtens richtig auf den Begriff gebracht: Dies ist die größte Begnadigung deutscher Straftäter, die die Geschichte je gesehen hat, sagt der Bund der deutschen Kriminalbeamten.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN]

Das Abkommen schlage den Steuerfahndern fast sämtliche Instrumente aus der Hand.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Es werden nicht nur die Steuerhinterzieher amnestiert, sondern es werden auch die Mitarbeiter der Schweizer Banken, die eigentlich Beihilfe zur Steuerhinterziehung und andere Delikte begangen haben, amnestiert. Die Einzigen, die von dieser Amnestie ausgenommen sind, sind die Mitarbeiter bei Schweizer Banken, sofern sie Taten nach Schweizer Recht begangen haben. Das heißt im Klartext, dass es diejenigen sind, die die Steuer-CDs entwendet haben und damit maßgeblich zur Aufdeckung Tausender von Straftaten in Deutschland beigetragen haben. Sie sind die Einzigen bei diesem Abkommen, die nicht straffrei ausgehen. Ich finde das skandalös.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Nun kann man sich natürlich – genau wie Sie das gesagt haben – fragen: Was bekomme ich denn dafür? Herr

Graf, ich habe mir einmal die Mühe gemacht – Sie kennen mich –, mir die einschlägigen Foren, Zeitschriften und Artikel anzuschauen, in denen – was völlig in Ordnung ist – Steuerberater, Rechtsanwaltskanzleien etc. die Betroffenen beraten, wie man sich jetzt zu der Sache praktisch verhalten soll, wenn man Geld in die Schweiz hinterzogen hat. Daraus – das kann man grob sagen – entstehen drei Gruppen. Es gibt eine Gruppe derer, die versteuertes Geld in den letzten acht Jahren in die Schweiz gebracht haben und die normale Kapitalerträge und Zinseinkünfte gehabt haben. Denen wird geraten, dass sie mit dieser Abgeltung besser dastehen, als sie ansonsten an Steuern hätten zahlen müssen; sie haben damit nichts zu verlieren.

Ferner gibt es die Gruppe derer, die in der letzten Zeit wiederum aus versteuertem Einkommen ihre Kapitalbeträge in der Schweiz aufgestockt haben. Denen wird geraten, dass die Abgeltung nachteilig ist. Es wäre möglicherweise besser, sie zeigten sich selbst an.

Dann gibt es die dritte Gruppe – das ist der eigentliche Skandal –, die einen echten und richtig hohen steuerlichen Vorteil erzielen, indem sie nicht versteuerte Schwarzeinkünfte in den letzten Jahren in die Schweiz verbracht haben und in erheblichem Maß nicht deklarierte Erbschaften, Schenkungen, verschwiegene Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Provisionen und Tantiemen in die Schweiz getragen und daraus Einkünfte erzielt haben. Diese kommen durch dieses Verfahren auf eine maximale Belastung von 34 Prozent. Sie hätten bei einer Normalbesteuerung in Deutschland mit über 50 Prozent zur Ader gelassen werden müssen. Das ist nicht nur meiner Ansicht nach unter Gerechtigkeitsaspekten und allen anderen Aspekten, die man hier diskutieren kann, ein politischer Skandal, sondern wirft auch schwerwiegende verfassungsrechtliche Fragen auf. Kann es rechtlich überhaupt so gehen, dass ausgerechnet die Gruppe, die die schwersten Vergehen begangen hat, diejenige ist, die aus dem Abkommen am allerbesten herauskommt? Wohl kaum!

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Nikolaus Karsten (SPD)]

Andere Dinge sind schon genannt worden.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Joachim Esser (Grüne):

Es sind beispielsweise die Umgehungsmöglichkeiten genannt worden, beispielsweise das Konto geht woanders hin, die Bank und der Mitarbeiter bleiben gleich. Die Erbschaftsteuer ist in der Sache nicht verhandelt. Letztendlich läuft es in der deutschen Steuersystematik auch auf eine Zementierung des Systems der Abgeltungsteuer

(Joachim Esser)

hinaus. Das ist etwas, was wir auch nicht unbedingt wollen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sie müssen wirklich zum Schluss kommen.

Joachim Esser (Grüne):

Frau Präsidentin! Sie waren heute so korrekt und müssen es auch zu mir sein. – Damit bin ich am Ende, habe aber vielleicht erklärt, warum ich der Meinung bin, die Abwägung treffen zu können; ich lehne dieses Abkommen ab.

[Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der Piraten hat der Abgeordnete Reinhardt das Wort.

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Danke schön! – Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme der Kollegin Flesch zu, dass das ganze Thema äußerst komplex ist und durchaus auch länger diskutiert werden kann. Die Frage ist natürlich auch, welches Medium man dafür wählt. Die Piratenpartei hat dafür sechs Tage gebraucht. Wir haben LiquidFeedback genutzt, unser Online-Abstimmungssystem, und haben ein Ergebnis erzielt.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Nicht schon wieder!]

Sie sind gerade Zeuge einer historischen Situation. Wir haben 391 Dafür-Stimmen, 22 Enthaltungen und 64 Ablehnungen. Das entspricht einer Zustimmungsrate von 86 Prozent. Wir unterstützen den Antrag der Linken und lehnen das Steuerabkommen mit der Schweiz ab.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN]

Trotzdem möchte ich noch etwas zu den Inhalten sagen.

[Zuruf]

Offensichtlich ist der Kompromiss faul. Warum wird also dieser faule Kompromiss geschlossen? – Es geht darum zu sagen: Wir wollen etwas Geld, weil es besser ist, als vielleicht gar kein Geld zu bekommen. Das ist natürlich eine Mischung aus Faulheit oder Feigheit oder auch einfach eine Kapitulation vor den Umständen. Diese Kapitulation vor den Umständen ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Stattdessen unterbreiten wir einen konstruktiven Vorschlag. Man schaut einfach einmal, wo das meiste Steuergeld aufgetrieben wird, das hinterzogen wird. Das ist relativ einfach. Es kommt durch Steuerfahnder. Man

staune: Ein Steuerfahnder nimmt pro Jahr etwa eine Million Euro ein. Er spült eine Million Euro in die Kassen mit Geld, das durch ihn aufgespürt wurde. Ein Betriebsprüfer nimmt etwa 1,2 Millionen Euro ein. Ich muss Ihnen nicht erklären, dass dies ein Vielfaches von dem ist, was diese Person im Land Berlin kostet.

Jetzt könnte man sich sicherlich denken, es seien doch alle Stellen für Steuerprüfer besetzt. Spannenderweise ist das nicht so. Es gibt 700 unbesetzte Stellen in der Finanzverwaltung, wodurch dem Land Berlin jährlich ein dreistelliger Millionenbetrag an Steuern entgeht. Ich fordere Sie hiermit auf, diese Menschen einzustellen, um dieses Geld einzutreiben.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN]

Was bedeutet das Steuerabkommen? Welche Wirkung entfaltet es auf den Bürger? Die Kollegin der Linken ist darauf schon eingegangen. Es wirkt so, als würde das Gerechtigkeitsempfinden an bestimmten Bürgern abprallen. Too Big to Jail, wäre hier der richtige Ausdruck. Das ist nicht das, was das Richtige in dieser Situation ist.

Herr Kollege Graf! Ein Wort möchte ich noch zu Ihnen sagen: Sie sagten, das Abkommen sei gut, weil es das Einzige sei, was wir im Moment aushandeln könnten. Deswegen sei es anzunehmen. Diese Argumentation erinnert mich jetzt an die Debatte, die wir vorhin zum Schultrojaner und zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag sowie zu vielen, vielen anderen Verträgen geführt haben, zu denen die Union sagt, sie nehme lieber das als gar nichts. Ein Abkommen ist besser als keines. Das ist aber nicht unsere Position. Wenn das Abkommen abzulehnen ist, lehnen wir es auch ab. Das fordern wir an dieser Stelle auch.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die antragstellende Fraktion hat sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der SPD beantragt jedoch die Überweisung an den künftig für Recht zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss, worüber ich zuerst abstimmen lasse. Wer dem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung angenommen. Danke schön!

Der Tagesordnungspunkt 12 war Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Nummer 4.3. Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15 stehen auf der Konsensliste.

(Vizepräsidentin Anja Schillhaneck)

Meine Damen und Herren! Dies war unsere heutige Tagesordnung. Die nächste, die 3. Sitzung findet am Donnerstag, dem 24. November 2011 um 13 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

[Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr]

Anlage 1

Konsensliste

Vorbehaltlich von sich im Laufe der Plenarsitzung ergebenden Änderungen haben Ältestenrat und Geschäftsführer der Fraktionen vor der Sitzung empfohlen, nachstehende Tagesordnungspunkte ohne Aussprache wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 5:

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0010](#)

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“

Erste Lesung

vertagt

Lfd. Nr. 13:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0006](#)

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2010 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

an künftigen Haupt

Lfd. Nr. 14:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0007](#)

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2010 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

an künftigen Haupt

Lfd. Nr. 15:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0014](#)

Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2010

an künftigen Haupt